



Politische Berichte

Nummer 23 / 12. Jahrgang

8. November 1991

G 7756 D Preis 1,50 DM

In dieser Ausgabe: Dresdner Manifest der CDU * Mumia Abu-Jamal: Dringender Aufruf * Demonstrationen gegen Kurdenprozesse * Metallindustrie: Kurzarbeit, Entlassungen * Land ohne Bauern? Landwirtschaft in Ostdeutschland

EG: Großraum-Markt und Militärpakt

BRD drängt auf WEU-Eingreiftruppe / EG-Efta-Großraum-Markt wird Widersprüche vertiefen

Am 9. 10. 12. wollen die EG-Regierungschefs über den Ausbau der EG zur Politischen Union und zur Wirtschafts- und Währungsunion beschließen. Wichtige Vorentscheidungen dafür sind gefallen. Ab 1993 bilden EG und Efta einen „gemeinsamen Wirtschaftsraum“, der den großen Konzernen noch schrankenloseres Wirtschaften als bisher

schon erlaubt. Gleichzeitig drängt u.a. die BRD zum Aufbau einer WEU-Interventionsstreitmacht. Das Gerede von der „friedlichen Wirtschafts- und Handelsmacht EG“ tritt in den Hintergrund. Der wachsende EG-Markt erfordert offenbar für die EG-Riesenkonzerne zwingend einen waffenstärkenden, militärisch interventionsfähigen EG-Staat.

Hinsichtlich des Aufbaus einer WEU-Interventionsstreitmacht, die zunächst zur endgültigen Aufteilung und Unterordnung Jugoslawiens unter das Kommando der EG-Monopole eingesetzt werden soll, aber durchaus auch in anderen Regionen (Zaire, Türkei bzw. Kurdistan) zum Einsatz kommen soll, berichteten die Minister Genscher und Stoltenberg nach der Tagung der WEU-Außen- und Verteidigungsminister am 29. Oktober in Bonn, man habe „eine Annäherung in wichtigen Fragen ... einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur“ (1) erzielt. Stoltenberg ergänzte, man habe den WEU-Staaten „auch die Hauptpunkte der deutsch-französischen Initiative“ erläutert (Aufbau eines „multinationalen Korps“ aus Streitkräften beider Staaten, evtl. auch

weiterer WEU-Staaten, was für den BRD-Imperialismus den Vorteil hat, daß er bei den angestrebten Militärinterventionen nicht von seinen EG-Verbündeten isoliert werden kann). An einen Rückzug von BRD-Verbänden aus der NATO sei nicht gedacht. Stoltenberg: „Aber es ist vorstellbar, daß einige Verbände einen doppelten Auftrag, eine doppelte Rolle übernehmen.“ (ebda.) Wie weitgehend die Vormachtbestrebungen der BRD auch international sind, hatte bereits vor Monaten der Botschafter a.D. und stellvertretende Präsident der „Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik“, Günther van Well, in einem Vortrag beschrieben: „... Frankreich sollte einverstanden sein, daß im Falle eines bewaffneten Angriffs auf einen NATO-Verbündeten die Bei-

standsverpflichtung der NATO Vorrang hat. Amerika sollte anerkennen, daß bei einer Bedrohung der europäischen Sicherheit außerhalb des NATO-Gebiets die WEU/EG die Führung der westlichen Friedens- und Stabilitätspolitik übernimmt.“ (2) Gemeint ist: Im Falle eines militärischen Konflikts mit der SU (hier umschrieben als „Angriff auf einen NATO-Verbündeten“) soll die Bündnisverpflichtung der USA bestehen bleiben. Bei anderen Interventionen (van Well benutzt hier die groteske Formel „Bedrohung der europäischen Sicherheit außerhalb des NATO-Gebiets“) beanspruchen die westeuropäischen Imperialisten, voran die BRD, künftig weltweit die „Führung der westlichen Friedens- und Stabilitätspolitik“. Schon in dieser Woche wird auf dem NATO-Gipfel in Rom über diese „Arbeitsteilung“ beraten und gerungen werden, am 18. November tagt erneut der WEU-Ministerrat.

Das diesen politischen Überlegungen zugrundeliegende Expansionsprogramm der BRD-Konzerne in Europa und auf dem Weltmarkt hat durch den Beschluß über den gemeinsamen Wirtschaftsraum von EG und Efta zusätzliche Nahrung bekommen. Der neue Wirtschaftsraum wird von Anfang an streng hierarchisch aufgebaut: Was immer EG-Staaten und -Konzerne an Normen für den Wirtschaftsverkehr aufstellen oder auch einreißen, müssen die Efta-Staaten und -Konzerne nachvollziehen. Etwa 1500 Rechtsakte der EG müssen schon jetzt einseitig von den Efta-Staaten nachvollzogen werden. Diese Befehlshierarchie zwischen EG und Efta soll den Druck auf die Efta-Staaten, der EG beizutreten, bewußt steigern und tut das auch schon. Unmittelbar nach Verkündung des Beschlusses über den gemeinsamen Wirtschaftsraum kündigte die Schweiz an, sie werde die formelle Aufnahme in die EG beantragen. Österreich und Schweden haben ihre Beitrittsanträge bekanntlich bereits eingereicht. Die damit entstehende Großraum-Marktwirtschaft EG-Efta wird die Möglichkeiten der großen Konzerne, einzelne Belegschaften, ja ganze Regionen gegeneinander auszuspielen, noch einmal erheblich steigern.

Quellen: (1) Pressemitteilung Nr. 1231/91 des Auswärtigen Amtes; (2) zit. nach Europa Archiv 18/1991, Seite 534 f. — (rül)



Nach Auflegen des Waffendeals BND-Mossad will die Parlamentarische Kontrollkommission (PKK) für die Geheimdienste mehr Befugnisse. Sie will künftig die Haushalte der Geheimdienste kennen, Beamte befragen und Akteneinsicht nehmen. Die Regierung scheint dazu bereit — wohl in der Erwartung, daß dann die Geheimdienste ungestört weitermachen können. Zumal die PKK kaum Kontrollrechte wahrnimmt — schon im letzten Bundestag waren die Grünen aus der PKK ausgeschlossen, derzeit sind weder PDS noch Grüne in ihr vertreten. — (rül)

Der Bund zahlt nicht für Flüchtlinge

Unterhalt und Unterkunft von Aussiedlern wird gefördert

Im folgenden einige Gesichtspunkte zu der Frage, wie es Bundes- und Landesregierungen in den letzten drei Jahren (1988 bis 1990) gelungen ist, um die Zuwanderung von 417 450 Flüchtlingen zwei sommerfüllende Überflutungskampagnen zu entfachen und im gleichen Zeitraum die vierfache Zahl von Aus- und Übersiedlern (ca. 1 764 500) relativ geräuschlos aufzunehmen.

Mit der Unterbringung der Aussiedler haben die einzelnen Gemeinden nichts zu tun, es gibt keine Zuweisungsquoten. Die unteren Verwaltungsbehörden regeln die „vorläufige Unterbringung“, d.h. sie richten Übergangswohnheime ein, mieten Pensionen etc. an. Der Bund fördert den Bau von Übergangswohnheimen durch ein Zinssubventionsprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau. Zwischen November 1989 und Juli 1990 haben die Länder 1,4 Mrd. DM Kredite bei der Kreditanstalt aufgenommen und damit Investitionen für über 2 Mrd. DM getätigt. Am 5. 7. 90 hat der Bundestag zusätzlich ein Gesetz verabschiedet, mit dem der Bund den Ländern für 1990 500 Millionen DM für Übergangswohnheime zur Verfügung stellte.

Die Aussiedler beziehen in den meisten Fällen keine Sozialhilfe, die von Kommunen aufgebracht werden müßte, sondern Lohnersatzleistungen aus den Sozialversicherungen. Eigens für Aussiedler wurde das Eingliederungsgeld geschaffen, auf das alle Aussiedler Anspruch haben, die in ihrem Heimatland gearbeitet haben und dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. In der Regel sind

Aussiedler erst nach drei Jahren auf Sozialhilfe angewiesen.

Das Land trägt auch für Asylbewerber zunächst alle Kosten: die Kostenmiete und die Sozialhilfe. Die Kommunen bekommen aber Flüchtlinge nach Quoten zugewiesen und müssen ihre Unterbringung alleine regeln. Theoretisch könnten die Kommunen auch für Flüchtlinge Wohnungen bauen. Wenn sie dafür aber Kredite aufnehmen, bekommen sie vom Land nur 7 % Zinsen erstattet und eine Abschreibung von 5 %. Bei den derzeitigen Zinsen am Kapitalmarkt von über 9 % müßten die Kommunen also draufzahlen, zumal sie die Kosten für Planung und Verwaltung selber tragen müßten.

Sobald die Flüchtlinge abgelehnt sind, zahlen sie nicht mehr für die Quote der Gemeinden. Obwohl sie nach wie vor in der Gemeinde leben, werden sie vom Land so behandelt, als seien sie nicht mehr da. Für Flüchtlinge, die abgelehnt, aber noch nicht abgeschoben sind, zahlt das Land nur noch 50 % der Sozialhilfe. Für Flüchtlinge, die abgelehnt sind, aber als De-facto-Flüchtlinge anerkannt werden, müssen die Kommunen die gesamte Sozialhilfe aufbringen. Das dürfte ein Hauptstachel für die Proteste der Gemeinden sein und würde auch die Rufe nach schnellerer Abschiebung zum Teil erklären. Klar ist jedenfalls, daß die Weigerung von Bund und Ländern, für die Aufnahme von Flüchtlingen in irgendeiner Weise Vorsorge zu treffen und die Kommunen zu unterstützen, ein wesentlicher Grund für den Aufruhr in den Gemeinden sein dürfte. — (bab/uld)

Bundesluftwaffe verstärkt „Türkeihilfe“



Trotz anhaltender Proteste gegen die türkischen Kurdenmassaker (Bild: Demonstration in Celle am 26. 10.) will die Bundesregierung ihre Militärhilfe für die Türkei nicht verringern. Im Gegenteil: Sechs Flugzeuge des Jagdgeschwaders 71 „Richthofen“ aus Wittmund werden nächste Woche für ca. zwei Wochen nach Eskisehir verlegt, um mit der türkischen Luftwaffe gemeinsam zu üben. Im „Austausch“ wird eine türkische Einheit im nächsten Jahr zur „Ausbildung“ in die BRD kommen. — (rül, Bild: res)

Republikaner verzichten auf Kandidatur in Schleswig-Holstein

Entgegen ihren ursprünglichen Ankündigungen nehmen die „Republikaner“ nicht an der schleswig-holsteinischen Landtagswahl im April 1992 teil. Der Republikaner-Bundesvorstand beschloß, zugunsten der DVU zu verzichten, die bereits ihre Kandidatur angekündigt hatte, um deren Chancen nicht zu behindern. Ganz freiwillig passiert das wohl nicht, da Teile des schleswig-holsteinischen Landesverbandes, darunter auch Teile des Landesvorstandes unter Thomas Schröder (Lübeck), in den letzten Wochen die „Republikaner“ verlassen haben.

Quelle: Pressemitteilung der „Deutschen Liga“ — (u.b.)

Ärzteverbände gegen Einfrieren der Krankenversicherung

Bundesgesundheitsministerin Hasselfeldt (CSU) hat verkündet, sie wolle die Beitragssätze der Gesetzlichen Krankenversicherung auf eine fixierte Obergrenze einfrieren. Vor diesem Vorschlag warnte der Vorsitzende des Verbandes der niedergelassenen Ärzte (NAV-Virchow-Bund), Erwin Hirschmann. Nach

seiner Auffassung wäre mit der Einführung einer solchen Obergrenze die Verschlechterung der ärztlichen Versorgung programmiert. Hasselfeldts Überlegungen knüpfen an die (angeblich „zeitlich bis 31. 12. 1991 begrenzte“) Sonderregelung im Einigungsvertrag an, wo die Krankenversicherungsbeiträge für Ostdeutschland per Gesetz auf 12,8 % festgelegt worden waren. Diese Regelung soll jetzt auf die westlichen Bundesländer „rückübertragen“ werden. Hasselfeldts Vorstoß würde bei Realisierung bedeuten: Differenzierung der Krankenkassen nicht nach Beitragsätzen, sondern nach Leistungen: Die AOKs haben immer höhere Beitragsätze als die Ersatzkassen, weil ihre Mitglieder Arbeiter, Rentner usw. sind. Dürfen die AOKs die Beiträge nicht mehr erhöhen, müssen sie weniger Leistungen anbieten als die anderen Kassen (Ersatz-, Betriebs- und andere Kassen). Die Zweiklassenmedizin würde offiziell verkündet. — (wjw/AGG)

„Illegale Wanderungen“: europaweit schärfere Kontrollen

Innenminister aus 27 europäischen Staaten haben Ende Oktober in Berlin auf Einladung von Innenminister Schäuble

zwei Tage lang über schärfere Polizei- und Grenzkontrollen gegen sogenannte „illegale Wanderungen“ beraten. Vereinbart wurde, Rahmenabkommen vorzubereiten, die nach Inkrafttreten ermöglichen, zwischen allen Staaten polizeilich Personendaten auszutauschen, Grenzkontrollen zu verschärfen, Fluggesellschaften, die Personen ohne Einreisevisa transportieren, mit Regressforderungen zu überziehen und illegal eingereiste Personen bei Entdeckung schneller abzuschleppen. Gegen internationale Schlepperbanden soll gemeinsam vorgegangen werden — wie, soll eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des österreichischen Innenministers klären. Die Polizeiverfolgung von Reisenden und Flüchtlingen vor allem aus den osteuropäischen Ländern wird durch die Beschlüsse verschärft, diese werden künftig erheblich stärker beschneifelt und schikaniert und schneller eingesperrt werden. Über Maßnahmen, wie zum Beispiel hiesige Kapitalisten, die solche „illegalen“ Wanderarbeiter zu elendesten Bedingungen ausbeuten, schärfer bestraft werden, ist auf der Konferenz noch nicht einmal beraten worden, geschweige denn, daß dazu irgendwelche Vereinbarungen getroffen wurden. — (rül)

Stahl: IG Metall erwartet harte Tarifaueinandersetzung

Die Forderungen der IG Metall seien „Lichtjahre“ von den Möglichkeiten der Stahlindustrie entfernt. Außerdem seien die Verhandlungen nicht Abschuß der Tarifbewegung 1991, sondern Auftakt für 1992. Mit diesen Positionen gingen die Stahlkapitalisten in die ersten Tarifverhandlungen für die 126 000 Beschäftigten der west- und norddeutschen Stahlindustrie am 25. 10. Damit ist klar: Die Kapitalisten wollen deutlich unter dem Metall-Abschuß vom Mai bleiben. Entsprechend geht der Verhandlungsführer und Leiter des IG Metall-Betriebs Dortmund inzwischen von einer „ruppigen und knochenharten“ Tarifaueinandersetzung aus. Mit ihrer Forderung nach einer Vorweganhebung von 23 DM pro Monat auf den Ecklohn (1,1 %) plus 10,5 % will die IG Metall die immer noch bestehende Differenz der Stahltarife zur Metallverarbeitung wieder schließen. Da die Teuerungsrate gestiegen ist und umfangreiche Steuer- und Abgabenerhöhungen in Kraft traten, ist die Prozentforderung 0,5 % höher als bei Metall. Eine strukturwirksame Mindestforderung lehnte die Tarifkommission allerdings ab. — (wof/AGM)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Aktuell in Bonn

VDN-Renten gekürzt

Einen neuen sozialen Kahlschlag, der zugleich politischer Natur ist, vollzieht die Bundesregierung: Am 1. 1. 92 sollen den überlebenden Pensionären der Ex-DDR, die Renten als „Verfolgte des Naziregimes“ (VdN) erhalten, die Bezüge massiv gekürzt bekommen. Lagen diese bisher bei 1400 und 1700 DM monatlich, so werden sie nun auf einheitlich maximal 750 Mark begrenzt. Gegenüber der Behauptung, solche Pensionen hätten nur SED-Loyale erhalten, antwortet der Betroffene Walter Janka, selbst unter der SED lange in Haft: „Mindestens die Hälfte der Betroffenen waren Juden, die weder in der SED noch sonst irgendwie politisch aktiv waren.“

Medizin-Gebührenanhebung später

Vom 1. 1. auf den 31. 10. 92 verschoben hat Gesundheitsministerin Hasselfeldt die unter Blüm beschlossene Regelung, wonach Kranke für alle Medikamente, für die keine Festpreise vereinbart sind, 15 % des Preises, maximal 10 DM zahlen sollen. In der Regierung war befürchtet worden, das frühe Inkrafttreten könne die Landtagswahlen in Baden-Württemberg negativ beeinflussen. Die SPD hatte eine Verschiebung um drei Jahre verlangt. Zugleich läßt die CSU-Ministerin eine Gesetzesnovelle vorbereiten, um die Festlegung von Festpreisen für Medikamente zu beschleunigen, „Wirtschaftlichkeitsprüfungen“ gegen Krankenhausbelegstellen zu erleichtern, ärztliche Behandlungsmöglichkeiten unter dem Vorwand der Kostendämpfung einzuschränken und eine Krankenversicherungskarte einzuführen.

Stasi-Schnüffellesetz

Das sogenannte „Stasi-Unterlagengesetz“ steht vor seiner Verabschiedung, nachdem sich Regierungsparteien und SPD im Ausschuß einigten. Die Behörde zur Verwaltung der Stasi-Unterlagen wird dem Innenministerium unterstellt. Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit werden wie Schwerverbrecher eingestuft: Ihre Akten werden erst nach 15 Jahren gelöscht. Bis dahin können Medien, Staatsanwälte und öffentliche Stellen Auskünfte bei der Behörde einholen. Wer immer in den letzten 40 Jahren mit der DDR-Staatssicherheit zu tun hatte, ist stigmatisiert, kann erpreßt und bedroht werden. Für westdeutsche Staatschutzbehörden tun sich damit zahlreiche ganz legale Möglichkeiten auf, neue „Mitarbeiter“ zu pressen. Bündnis 90 und PDS lehnen das Gesetz ab.

Streit um Abtreibungspille

Die „Abtreibungspille“ RU 486 befindet sich derzeit in Frankreich und Großbritannien in der medizinischen Testphase. Hierzulande wird getestet, wie sich auf diesem Gebiet der frauenfeindliche Kampf intensivieren bzw. verschleiern läßt. Für den CSU-MdB Jäger handelt es sich um eine „Todespille“, die die „Massentötung verbilligt und ver-

einfacht“. Rita Süßmuth und Frauenministerin Merkel sind für die Pille. Doch dieselben machen an der entscheidenden Front der frauenfeindlichen Politik mit: bei der Verschärfung des § 218.

BRD-Balten „hilfe“

Fast jedes Bundesministerium in Bonn ist bereits in irgendeine Form von „Baltikum-Hilfe“ verwickelt. Die „Hilfsangebote“ kommen einer Okkupation gleich: Wirtschafts- und Finanzministerium wollen noch im November Investitionsförderungsverträge, Hermes-Bürgschaften und „kurzfristige Geschäfte“ anbahnen. Bundesbank und Finanzministerium wollen beim Aufbau von Steuerbehörden und Zentralbanken helfen, u.a. durch Entsendung pensionierter Zentralbankmitglieder aus Frankfurt. Die Treuhand „hilft“ bei der Privatisierung, Möllemann will gemischte Wirtschaftskommissionen einrichten, Blüm beim Aufbau von Arbeitsämtern helfen, die Post will Glasfaserkabel verlegen, das Verkehrsministerium Eisenbahner ausbilden, das Verteidigungsministerium NVA-Restbestände liefern und und und ... (Quelle: FAZ, 31.10.91)

Siebenbürger Sachsen

Mit einem „Ehrenteller der Bundesrepublik Deutschland“ wurde er ausgezeichnet, seit 1989 ist er Vorsitzender der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen, soeben dirigierte er in der Paulskirche die Gedenkfeier „850 Jahre Siebenbürger Sachsen“ — Dankwart Reissenberger. Derselbe war zur NS-Zeit in Rumänien u.a. verantwortlicher Schriftleiter von „Der HJ-Führer“, Zeitschrift der Hitler-Jugend-Führer-Elite.

Treue Hand der Bosse & Banker

Die Skandale um die Treuhand nehmen kein Ende. Nachdem aufgedeckt wurde, daß der Vorsitzende des Treuhand-Unterausschusses, Christian Neuling (CDU), zugleich noch Treuhand-Kunde (Aufkäufer) und Kontrolleur von selbst eingekauften Treuhand-Grundstücken der Minol AG, in deren Aufsichtsrat wiederum Neuling sitzt, ist, kam nun zutage: Der Hamburger Abrißunternehmer Thesenfitz ergaunerte sich verschiedene Ex-DDR-Unternehmen mit bereits 3000 Beschäftigten zu Schleuderpreisen u.a. durch den Trick, daß er bei Verhandlungen zusammen mit dem Ex-Banker Ludwig Poullain (72) und einem CDU-MdB Günter Marten aufkreuzte.

Was kommt demnächst?

Vom 7. bis 8. 11. tagt in Rom der NATO-Gipfel über die künftige NATO-Strategie. Am 8. 11. soll sich der Verfassungsausschuß von Bundestag und Bundesrat konstituieren. Am 12. 11. wählt die SPD-Fraktion ihren neuen Fraktionschef. Am 18. 11. berät die WEU erneut über den Aufbau einer Eingreiftruppe. Am 9./10. 12. beraten in Maastricht die Staats- und Regierungschefs der EG.

Krupp will einen Groß-Konzern schmieden

Kapitalkonzentration bedeutet Rationalisierung und weniger Einflußmöglichkeiten

Krupp-Chef Cromme gibt sich siegesicher, auch wenn er bisher erst über 24,9 % der Aktien von Hoesch verfügt. Angeblich findet der zunächst geheimgehaltene Kauf von Hoesch inzwischen breite Zustimmung bei den Hoesch-Anteilseignern, so daß Krupp auch ohne die 12 %, die die WestLB hält, eine Mehrheit erreichen kann. Weitere Zustimmung erhofft sich Cromme von der Vorlage eines Unternehmenskonzeptes, das in Gesprächen zwischen den Vorständen erarbeitet werden soll. Bei diesen Gesprächen bleibt dem Hoesch-Vorstand sicherlich keine Wahl, andererseits wurde bekannt, daß Möglichkeiten zur Kooperation von beiden Vorständen schon seit mehreren Monaten ausgelotet wurden.

Gelingt Krupp die Übernahme von Hoesch, so entstände der elftgrößte Konzern der BRD, nur wenig kleiner als der größte westdeutsche Stahlkonzern Thyssen. Krupp hatte 1990 59000 Beschäftigte und einen Jahresumsatz von 15,6 Mrd. DM. Hoesch hatte 52000 Beschäftigte und einen Umsatz von 12,6 Mrd. DM. Durch den Verkauf des Rüstungsbetriebs Atlas Copco an den Bremer Vulkan hat Krupp einen Teil der 500 Mio. DM flüssig gemacht, die für den Kauf des Hoesch-Aktienpaketes benötigt wurden. Die Tatsache, daß Krupp und Hoesch zusammen über einen Cashflow, d.h. über eine „Kriegskasse“ von 2,1 Mrd. DM verfügen, zeigt die Möglichkeiten des neuen Konzernriesen.

Cromme geht es um die Verbesserung der Position von Krupp auf dem Weltmarkt. Die Folge der Übernahme von Hoesch wäre eine Verschärfung der Konkurrenz, die ebenso schärfere Rationalisierungsmaßnahmen nach sich ziehen würde. Die Möglichkeiten dazu wachsen in einem Konzern natürlich —

rund 70 % der Produktion von Krupp und Hoesch überschneiden sich.

Vor allem die Beschäftigten von Hoesch befürchten die Folgen: Der Wegfall der Hauptverwaltung in Dortmund ist erklärtes Ziel von Cromme — der Protest gegen die Übernahme ist deswegen auch im Angestelltenbereich stark. Daneben ist aber auch die Flüssigphase des Stahlwerkes gefährdet: Krupp-Rheinhausen ist moderner, als Hochöfen und Stahlwerk in Dortmund, gleichzeitig hat Rheinhausen durch die Lage am Rhein erhebliche Transportkostenvorteile. Hinzu kommt, daß Krupp das EKO-Stahlwerk in Eisenhüttenstadt in der ehemaligen DDR übernehmen will. Neben dem Standort Rheinhausen könnte dieses Stahlwerk als vorgeschobener Posten der Ostexpansion bei auf Jahre niedrigeren Löhnen das zweite Standbein von Krupp-Stahl werden.

Von Rationalisierungsmaßnahmen ebenso betroffen wäre die Weiterverarbeitung. Die Stahlproduktion macht bei Krupp nur noch 30 % des Umsatzes, bei Hoesch 25 % aus. Vor allem im Maschinen- und Anlagenbau liegen viele „Synergieeffekte“, die Cromme wahrnehmen will. Hier werden vermutlich auch viele Krupp-Betriebe unmittelbar betroffen sein.

Ein weiterer Gesichtspunkt des Deals ist die Beseitigung von Mitbestimmungsrechten. Bei den Fusionsverhandlungen der letzten Jahre — 1980 waren Verhandlungen zwischen Krupp und Hoesch schon einmal weit fortgeschritten, sie scheiterten an Störaktionen von Thyssen — mußten die Mitbestimmungsgremien eingeschaltet werden, die Betriebsräte wurden zumindest informiert. Durch den heimlichen Kauf von Aktien hat Krupp die Arbeit-

nehmersvertreter in beiden Aufsichtsräten diesmal ebenso vor vollendete Tatsachen gestellt wie die Betriebsräte. Unter diesem Gesichtspunkt setzt der Aktienkauf durch Krupp tatsächlich neue Maßstäbe, wenn er auch nur möglich war, weil Hoesch einer der wenigen Konzerne in der BRD ist, dessen Aktien noch verhältnismäßig weit gestreut sind.

Entsprechend läßt Krupp-Chef Cromme keinen Zweifel daran, daß er die bei Hoesch als einzigem Stahlkonzern in der BRD noch in der Holding bestehende Montanmitbestimmung beseitigen will. Bei allen anderen, auch bei Krupp, gibt es die Montanmitbestimmung nur noch in den Stahlgesellschaften. Auch wenn sie in der Praxis nicht viel mehr als eine Verzögerung von Rationalisierungsentcheidungen bewirkte, wären diese geringen Möglichkeiten jedenfalls weg. Auf Konzernebene könnten die Kapitalisten erheblich ungestörter ihre Pläne schmieden — ohne mögliche Stimmengleichheit im Aufsichtsrat und ohne einen von der IG Metall vorgeschlagenen Arbeitsdirektor.

Trotz dieser Aussichten ist die SPD-Landesregierung von NRW offensichtlich nicht gewillt, der Übernahme von Hoesch durch Krupp entgegenzuwirken. Ministerpräsident Rau, der offiziell seit Ende September informiert ist, ist Mitglied des Kuratoriums der Krupp-Stiftung, der formellen Eignerin der Friedrich Krupp GmbH. NRW-Wirtschaftsminister Einert hat die Fusion mehrfach grundsätzlich begrüßt. In einer Vereinbarung mit der IG Metall und den Betriebsräten mußte die Landesregierung am 11. 10. 1991 allerdings zusichern, daß zumindest die WestLB ihre Aktien nicht verkauft, „solange kein unternehmerisches Konzept vorliegt“. Als Kriterien für ein solches Konzept wurden die Sicherung der Standorte und Arbeitsplätze sowie der Montanmitbestimmung genannt.

Diese Positionen laufen auf eine „sozialverträgliche“ Kapitalkonzentration hinaus, auch wenn sie einige Bruchstellen enthalten. Die Kritik an der weiteren Zentralisierung wirtschaftlicher und damit auch politischer Macht ist dagegen stark unterentwickelt. Auch in der IG Metall und vor allem bei Krupp gibt es Hoffnungen nach dem Motto „je größer, desto besser“. Bei den Vertretern der Kommunalpolitik in Dortmund scheint zumindest klarer zu sein, daß ihr Einfluß auf Entscheidungen des Konzerns bei einem Erfolg des Deals noch geringer wird. Eine an kommunalen und regionalen Entwicklungszielen orientierte Politik wird unter den Bedingungen weiterer Kapitalkonzentration immer schwieriger werden.

Quellenhinweis: „Handelsblatt“ 11. 24., 28. und 29. 10.; „Der Spiegel“ Nr. 42 vom 14. 10.; „Stahl/Metall-Extra“ vom 17. 10.; „Metall“ 21 vom 18. 10. 1991 — (wof)



20000 demonstrierten am 17.10. in Dortmund. Bei der Kundgebung sprachen Vertreter der Belegschaft, der IG Metall und der Stadt.

Kritik am Bonner Wohnungsbau-Programm

Weniger Sozialwohnungen, steigende Preise und Steuermilliarden in die falschen Taschen

Der Verband Deutscher Makler (VDM) teilte jetzt mit, daß die Mieten in der BRD weiter steigen werden. In 11 der 61 untersuchten Städte liegen die Höchstmieten für Wohnun-

gen schon bei 20 DM pro Quadratmeter und mehr. Wohnungsbau-subsidien-Milliarden also weiter nur für Bodenspekulation, hohe Mieten und steigende Baupreise?

Es gibt immer weniger Sozialwohnungen in den westlichen Bundesländern der BRD. Dies nicht deshalb, weil sie abgerissen würden. Vielmehr fallen immer mehr erstmals mit staatlichen Mitteln oder verbilligten Krediten gebaute Wohnungen aus der Sozialbindung heraus, weil die Kredite zurückgezahlt und die Bindungsfristen abgelaufen sind. So kommt es, daß 1978 noch 30 Prozent aller Mietwohnungen Sozialwohnungen waren, 1986 noch 22 Prozent und heute nur noch 19 Prozent. Die Politik der Bundesregierung verschärft diesen Trend.

Kritiker des jetzt verabschiedeten Wohnungsbauprogramms gehen davon aus, daß die zusätzlichen rund 2,5 Mrd. DM mit denen nach Meinung der Bundesbauministerin Schwaetzer über 85000 neue Sozialwohnungen gefördert werden sollen, durch steigende Preise wesentlich in den Taschen der Bauwirtschaft und den Grundstückseigentümern landen werden. Bewiesen wird diese Befürchtung damit, daß in den letzten zehn Jahren das Fördervolumen im sozialen Wohnungsbau weitgehend unverändert

geblieben ist, während sich die Zahl der geförderten Wohnungen in diesem Zeitraum halbiert hat. Frau Schwaetzer versteht es zwar, ihre Klientel mit Wohnungsbauumilliarden zu versorgen, jedoch nicht billige Wohnungen — z.B. durch drastische Maßnahmen im Bodenrecht — zu schaffen.

Der Deutsche Mieterbund (DMB) kritisiert, daß die im Januar in der Koalitionsvereinbarung versprochenen Mietrechtsverbesserungen nicht eingehalten werden. Die Begrenzung der Mietsteigerungen in „wohnungspolitischen Brennpunkten“ von 20 auf 30 Prozent in drei Jahren läßt genauso auf sich warten, wie die Verschärfung des Mietwucherparagrafen und die Begrenzung der Maklerprovision auf zwei Monate. Die Mittel im sozialen Wohnungsbau, die um nur 240 Mio. DM erhöht wurden, fließen in die Förderung im dritten Förderweg mit kürzeren Sozialbindungen und leichter durchsetzbaren Mieterhöhungen. Für Ballungsgebiete soll es ab 1992 ein Dreijahres-Sonderprogramm mit je 700 Mio. DM von Bund und Ländern geben. Auch hier sollen die Mieten

in größere Nähe zur Marktmiete möglich werden. Die Einkommensgrenzen dürfen im sozialen Mietwohnungsbau künftig um 60 Prozent und nicht mehr nur um 40 Prozent überschritten werden. Für neue Wohnungen ab 1992 entsteht eine neue Baualtersklasse bei der Berechnung des Wohngeldes. Mit der Anhebung der Miethöchstbeträge um annähernd 20 Prozent wird aber nicht nur das Wohngeld gezielt für Neubauten verbessert, sondern können auch die Mieten stärker erhöht werden. Mietanpassungsklauseln sollen als Alternativen zum gesetzlichen Vergleichsmietenprinzip möglich werden. Dabei sollen die Wohnungsmieten an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten gekoppelt werden. Der Mieter erhält dafür einen zehnjährigen Kündigungsschutz. Für diese Regelung zeigt der DMB eher Interesse und hofft auf eine Mietpreisdämpfung in den Ballungsgebieten. Diese Rechnung geht aber nur dann auf, wenn es zu einer allgemeinen Anhebung der Löhne und Gehälter kommt.

Quellen: Mieterzeitung 11/91, SZ 26./27. 10., Bayernkurier 26. 10. — (dil)

Das ZK der MLPD schreibt uns

Der angebliche „Doppelcharakter der Wiedervereinigung“

Das ZK der MLPD protestierte mit dem unten abgedruckten Brief gegen die Meldung „MLPD: DDR-Annexion hauptsächlich fortschrittlich“ in Politische Berichte 20/91, S. 1. — (uld)

„Eigentlich hätten wir von den Politischen Berichten einen marxistisch-leninistischen Standpunkt zur Wiedervereinigung erwartet. Wenn dies schon nicht der Fall ist, so doch zumindest eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Standpunkt der MLPD. Auch diesbezügliche Erwartungen sind wohl zu hoch gegriffen, denn in eurer kurzen Notiz zu einem Rote-Fahne-Artikel (Nr. 39/91) zur Wiedervereinigung mit der Überschrift: „MLPD: DDR-Annexion hauptsächlich fortschrittlich“ ist dir nur eine plumpe Entstellung gelungen. Wir protestieren entschieden gegen diese Entstellung unseres Standpunkts. Die Aussage, daß die MLPD die Annexion der DDR hauptsächlich fortschrittlich findet, widerspricht den Ausführungen des von euch zitierten Rote-Fahne-Artikels. Dort heißt es zum Doppelcharakter der Wiedervereinigung: „einerseits die reaktionäre Einverleibung der DDR durch die westdeutschen Monopole im Stil moderner Raubritter; andererseits das fortschrittliche Bestreben der Massen nach Wiedervereinigung.“ Das heißt eben, daß die Einverleibungspolitik

der Monopole nicht fortschrittlich ist. Diesen Standpunkt vertritt die MLPD schon seit ihrer Gründung, und die Entwicklung in den letzten beiden Jahren hat ihn wiederum bestätigt. Fortschrittlich ist das Interesse der Massen an der Überwindung der Spaltung der Nation, und das war die hauptsächliche Triebkraft in der Entwicklung zur Wiedervereinigung. Auch der Standpunkt, daß die Nation die Basis für die Arbeiterklasse ist, auf der sich der Klassenkampf entfaltet und die ihr die besten Kampfbedingungen bietet, stimmt mit den Klassikern des Marxismus-Leninismus überein. Wenn du diesen Standpunkt als „chauvinistisch“ kennzeichnest, ist das eine üble Verdrehung und auch Ausdruck davon, daß du die Wirklichkeit nicht richtig begreifst. Der Klassenkampf ist international, aber nur diese Seite und nicht auch die nationalen Besonderheiten des Kampfes, der Arbeiterklasse und ihrer Führung zu sehen, ist einseitig und sektiererisch. Im Sinne und Interesse einer sachlichen Auseinandersetzung fordern wir eine Richtigstellung, d.h. richtige Wiedergabe unserer Position in den Politischen Berichten. Interessierten Lesern der Politischen Berichte empfehlen wir, den betreffenden Artikel in der Roten Fahne selbst zu lesen. Mit freundlichem Gruß, Peter Borgwardt“

Das Dresdner Manifest der CDU

Christlicher Fundamentalismus, Expansion, Untertanengeist

Die Folgen des Anschlusses der DDR an die BRD sind für Ideologie und Politik der Union. Die Versicherung, die neuen Länder würden unter Bedingungen der Marktwirtschaft aufblühen, war trügerisch.

Für die Politik der Union ist problematisch, daß die westdeutsche Kapitalistenklasse praktisch geschlossen den Kurs einschlug, die in der DDR vorhandenen Produktionsmittel als erstes zu vernichten, um sodann die verbleibenden wesentlichen Produktivkräfte — die menschliche Arbeitskraft und den Boden — zu ihren Bedingungen unter Kontrolle zu bringen. Den Kapitalisten blieb, den Gesetzen der Marktwirtschaft folgend, nach kaum eine andere Wahl. Sie konnten mit ihren Überkapazitäten die Nachfrage profitlicher bedienen. Eine Fülle staatlicher Eingriffe in das Wirtschaftsleben mußte beschlossen werden, um ein völlig freies Austoben der Marktkräfte, konkret der Unternehmer, zu verhindern.

Da der Staat wegen der Wahlen nicht unbeeinflusst von der Bevölkerung handeln kann, wird so eine grundlegende Strategie des Konservatismus gefährdet. Diese Strategie besteht darin, Wirtschaftsaufgaben weg vom Staat, weg von Bund, Ländern und Gemeinden hin auf die großen Konzerne zu übertragen und so den Einfluß der nicht besitzenden Klassen auf das Wirtschaftsgeschehen in Richtung Null zu bringen. Zielstrebig brachte man in den achtziger Jahren die sogenannte Staatsquote von 47,5 % 1980 auf 44,6 % 1989 zum Sinken, nun steigt sie wieder.

Das führt zu einer Politisierung aller mit dem Wirtschaften zusammenhängenden Fragen, und das war es eigentlich, was man vermeiden wollte. Wie wenig die Union über eine Strategie für diese Situation verfügt, zeigen die krampfhaften und rechtsstaatlich immer weniger haltbaren Bemühungen, die alten DDR-Betriebe irgendwie zu verschauern, nur um sie dem Einfluß der politischen Öffentlichkeit zu entziehen.

Für die Ideologie der Union ist problematisch, daß die Marktwirtschaft der christlichen Ideologie die brutale Kehrseite weist. Auf mittlere Sicht noch ärger wird sich aber auswirken, daß eine unternehmerische Mobilisierung der DDR-Bevölkerung nicht gelungen ist. Dies hat materielle Gründe, denn es fehlt das Kapital, der Markt ist voll und die Konkurrenten sind eingeführt. Soweit die Großkonzerne investieren, setzen sie Personen ein, die ihre Geschöpfe, auf ihrem Mist gewachsen und mit ihren Methoden lenkbar sind. Materiell ohne Chance, als Unternehmer oder im Unternehmen anderer als Manager voranzukommen, können auch die Willigsten kaum Ressentiments gegenüber Konkurrenz- und Wettbewerbsdenken überwinden.

Mithin stellt sich für die Union die schwierige Aufgabe, der Staatspolitik Ziele vorzusetzen, die Hoffnung wecken. Dem Dresdner Parteitag, den die CDU vom 15. bis 17. Dezember abhalten will, wird ein Antrag des Bundesvorstandes der CDU vorliegen zu einem „Dresdner Manifest. Die Zukunft gemeinsam gestalten. Die neuen Aufgaben deutscher Politik“.

Wenn die Delegierten auf die Linie des Manifestes eingestimmt werden können, werden wir es in der darauffolgenden Zeit mit einer vor Macht- und Herrschaftsanspruch strotzenden Union zu tun haben, die zu wachsenden Risiken bereit ist. Das Stichwort lautet Expansion.

Christen führen Nichtchristen auf den rechten Weg zum Glück

In der DDR wurden die christlichen Kirchen nicht wie in der BRD gefördert. Sie waren auf freiwillige Beiträge ihrer Mitglieder angewiesen und mußten mit der Kraft der Überzeugung wirken. Selbst in der BRD, in der den Kirchen Unsummen zur Verfügung stehen, in der ihnen vom Staat ein weiter Wirkungskreis zugeschnitten und gesichert wird, in der ein christliches Bekenntnis dem Fortkommen dient, selbst in der BRD hat die Christgläubigkeit abgenommen. Der Anschluß der DDR hat den religiös nicht fähigen Bevölkerungsteil so weit wachsen lassen, daß die CDU als christliche Partei dies wahrnehmen muß. Sie stellt sich der Aufgabe, indem sie eine Programmgrundlage für gemeinsames Han-

deln von Christen und Nichtchristen herausarbeitet. Ausdrücklich muß darauf hingewiesen werden, daß diese Gemeinsamkeit nicht etwa, wie es nahe liegen würde, im Bereich sachlich bestimmbarer politischer Ziele gesucht wird, sondern, ziemlich unverföhren, wo man sich doch an Nichtchristen wendet, im fundamentalen Bereich der Glaubenslehre:

„In Europa hat ein neues Zeitalter der Freiheit begonnen. Die Völker haben die ihnen aufgezwungenen totalitären Herrschaftssysteme abgeschüttelt. Mit ihrem Einsatz für Freiheit, Selbstbestimmung, Demokratie und Soziale Marktwirtschaft haben die Menschen die marxistische Theorie und die sozialistische Praxis eindrucksvoll widerlegt. Wir sind verpflichtet, die materiellen und ökologischen, aber auch die seelischen Wunden, die der Sozialismus geschlagen hat, zu heilen und unseren Beitrag zu Gerechtigkeit, Frieden und zur Bewahrung der Schöpfung zu leisten.“

Der Sozialismus hat die Welt als verfügbare Materie betrachtet und behandelt. Er hat den Menschen als Werkzeug mißbraucht und zu einem Kollektivwesen degradiert. Wir aber begreifen die Welt in ihrem Eigenwert als Schöpfung Gottes; wir haben jetzt die Chance, in ihr die Würde des Menschen voll zur Geltung zu bringen.“

Das christliche Menschenbild gibt uns die ethische Grundlage für verantwortliches Handeln. Es bewahrt uns zugleich vor dem Trugschluß, eine vollkommene Welt schaffen zu können. Nach unserem Verständnis ist der Mensch frei, zur Solidarität verpflichtet und zur Gestaltung einer gerechteren Welt berufen. Auf dieser Grundlage ist gemeinsames Handeln von Christen und Nichtchristen möglich.“

Die Union nimmt mit dieser Darlegung zur Kenntnis, daß es in der BRD eine namhafte Anzahl Nichtchristen gibt, so viele, daß ein „gemeinsames Handeln“ massenhaft, in allen gesellschaftlichen Hinsichten, sei es in Politik, Wirtschaft oder Familie unumgänglich vorkommt. Wie verhält sich's nun mit den Normen, die sie diesem gemeinsamen Handeln unterstellen will? Die verwendeten Begriffe sind nicht nur doppeldeutig, sie werden auch noch täuschend angewendet. Es handelt sich dabei nämlich um Abgrenzungen.

* *Der Mensch = frei.* Damit soll zurückgewiesen werden, daß das Handeln der Menschen in einem hohen Grade von sozialen Zwängen geprägt ist, von denen sie sich befreien wollen. Es gibt viele christliche Richtungen, die dieses Streben nach Befreiung anerkennen und auf dieser Grundlage zu einem gemeinsamen Handeln mit Nichtchristen kommen.

* *Der Mensch = zur Solidarität verpflichtet.* Da steht nicht, der Mensch ist solidarisch, da steht: verpflichtet! So wird die Solidarität als Gebot formuliert, das beim menschlichen Handeln allgemein zu beachten ist. Inhaltlich gemeint ist die bekannte Nächstenliebe, ein Gebot, das z. B. auch eine aus Christen bestehende Rationalisierungskommission irgendwie zu beachten hat, während sie z. B. Minderleister aussiebt. Solidarität hingegen ist eine Verhaltensweise der arbeitenden Klassen der modernen Gesellschaft, die als praktische Kritik der durch die Lohnarbeit erzeugten Konkurrenz entsteht, und zwar durch Einsicht in Interessen.

Selbstverständlich gibt es christliche Gläubige, auch Theologen zuhauf, denen bekannt ist, daß in den arbeitenden Klassen Interesse und humanitäre Ziele nicht so konträr ausfallen, wie in den gehobenen Kreisen.

* *Der Mensch = zur Gestaltung einer gerechteren Welt berufen.* In der Forderung nach Gerechtigkeit steckt als Maßstab die Schöpfung und Gottes Gebot. Dadurch wird die Welt gerechter, daß die Einzelnen, das Gute, das ihnen geboten ist, auch tun. Die Freiheit, das Gute zu tun, kann, diese Lehre gibt es und die gewählte Formulierung ist ihr verpflichtet, durch Anwendung von Zwang geweckt werden.

Verfolgen wir diese Begrifflichkeit: frei — solidarisch — gerechtere Gestaltung in einen Sachbereich, z. B. den des Schwangerschaftsabbruches, haben wir den sittlichen Hintergrund des Memmingen § 218-Prozesses.

Die Union hätte auch als christliche Partei nicht solche extrem konservativen

Bestimmungen setzen müssen. Sie hat es getan, weil sich Christen und staatsgläubige Nichtchristen in eine gemeinsame Denkfigur verschlingen können: Was hier Gott und sein Gebot, ist dort die Obrigkeit und ihre Anordnungen. Winkt den einen hinieden innere Ruhe und ewiger Lohn, bietet den anderen die staatliche Ordnungsmacht Sicherheit und Chancen dar. Man trifft sich bei der CDU als Untertan. Mit diesem Ziel vermischt der Parteivorstand der Union die Bereiche von Glauben und Politik und bezieht dabei eine theologische Extremposition.

Kriegslust und Kriegsziel

Die Union, besonders Kohl, haben die Anschlußbewegung in der DDR durch Versprechen angeheizt, die nicht eingehalten wurden. Es gibt zwar — vorwiegend im Westen — Anschlußgewinner, aber es gibt auch unter den Wählern der Union massenhaft Anschlußverlierer. Zu bewerkstelligen, daß die einen die anderen vertrauensvoll weiterwählen, ist knifflig. Wer in einer Welt knapper Mittel die bisherigen Anschlußgewinner bei der Stange halten und bisherigen Verlierern

Hoffnung machen will, muß neue Gegenstände zur Debatte stellen, z. B. „Schlesien und Böhmen“, denn mit Kleinigkeiten gibt sich Kohl nicht ab. Vor das Verteilen hat die christliche Wertordnung das Besitzen gestellt, und vor das Besitzen das Aneignen. Über „Schlesien und Böhmen“ zu sprechen ist sinnlos, solange den Streikkräften die Hände gebunden sind durch die Verfassung. Denn: „Schlesien und Böhmen“ — das gibt Streit, das ist sicher, und da braucht es Kräfte. Die Union stellt sich die Sache so vor:

„Das wiedervereinigte Deutschland muß seine Verantwortung in Europa und in der Welt neu überdenken. Die scheinbare Stabilität des Ost-West-Konfliktes gehört der Vergangenheit an. Der tiefgreifende Wandel bringt Risiken mit sich, er eröffnet aber vor allem neue Chancen.“

Die CDU will eine Politik verwirklichen, durch die eine dauerhafte europäische Friedensordnung geschaffen wird, die sich auf die gemeinsamen europäisch-atlantischen Werte der Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, auf Menschenrechte, Selbstbestimmung und Minderheitenschutz sowie auf einen allgemeinen Wohlstand in sozialer Sicherheit gründet.

Wir können unseren Beitrag zur Friedenssicherung und Gestaltung einer neuen Weltordnung nur leisten, wenn wir gleichzeitig im Inneren Freiheit und Stabilität sichern, Wirtschaft und Gesellschaft leistungsfähig erhalten und Gerechtigkeit und Solidarität üben.

Die Bewältigung dieser Herausforderungen erfordert neue Ideen, neue Prioritäten und entschlossenes Handeln.

Deutschland muß in enger Abstimmung mit seinen Freunden, Nachbarn und Partnern seiner gewachsenen internationalen Verantwortung gerecht werden. Deshalb wollen wir die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, daß sich Einheiten der Bundeswehr auch an Einsätzen zur Friedenssicherung und zur Wiederherstellung des Friedens im Rahmen von Maßnahmen der Vereinten Nationen oder einer europäischen Streitmacht beteiligen können.“

Bei den bisherigen Bemühungen, die Verfassungsfessel zu sprengen, berief man sich bislang stets auf die Pflicht, an UNO-Missionen auch teilzunehmen.

Nun hat die UNO, sie sei, was man will, immerhin eine Satzung. Es gibt Tagungen. Abstimmungen: Wie unpraktisch! Ginge es darum, den Frieden in „Schlesien und Böhmen“ zu sichern, könnte sein, daß der menschlichen Umwelt das Verständnis „für die Deutschen“ ausgeht. Deswegen strebt die Union nach einer Formulierung, die Einheiten der Bundeswehr auch erlaubt, im Rahmen einer europäischen Streitmacht in einen Krieg zu ziehen.

Was soll eigentlich die Formulierung „Schlesien und Böhmen“? Dazu das Dresdner Manifest:

„Im Verhältnis zu unseren Nachbarn im Osten kommen uns die Erfahrungen und Kenntnisse der Menschen in den neuen Bundesländern, der Heimatvertriebenen und der in ihrer angestammten Heimat verbliebenen Deutschen besonders zugute, um Brücken der Verständigung zu bauen. In besonderer Weise tragen wir Verantwortung für die in anderen Staaten lebenden Deutschen.“

Wir wollen durch die Schaffung von Euro-Regionen, z. B. zwischen Schlesien, Böhmen und Sachsen, eine grenzüberschreitende, regionale Zusammen-

zu einem Mittel aktiv gestaltender Politik. Es wäre irrig, die Zweckbestimmung: — Frieden und Freiheit — als Einsatzschränke aufzufassen. Die Freiheit ist in jedem Krieg gefährdet, denn mindestens eine der Streitparteien läßt die andere nicht tun, wie sie will. Aber der Friede? Die Mittel der BRD, die Nachbarländer zu destabilisieren, sind erschreckend groß geworden. Es ist gegenwärtig überhaupt kein Problem, durch deutsches Geld einen blutigen Unfrieden zu stiften, zu dessen Beilegung die Bundeswehr dann beizutragen hätte.

Herr- und Knecht-Mentalität

Mit der Ostexpansion, die die Union der deutschen Gesellschaft als Heilmittel eingeben will, ist die Unterdrückung der in der BRD lebenden Ausländer verbunden. Die zur Bereitstellung dieses Millionenheeres entrechtete gehaltene Arbeitskräfte entwickelten Herrschaftstechniken müssen als Kolonialordnung angesehen werden. Sie bieten sich als Verwaltungstechniken für ganze Gebiete an. Im Dresdner Manifest heißt es dazu:

„Wir wenden uns entschieden gegen Ausländerfeindlichkeit, Diskriminierung und Gewalt. Wir stellen uns schützend vor alle Menschen, die bei uns leben. Ausländische Arbeitnehmer haben durch ihre Arbeit zu unserem Wohlstand beigetragen; in vielen Bereichen kann nicht auf sie verzichtet werden.“

Ausländer, die auf Dauer bei uns leben wollen, sollten bereit sein, die deutsche Staatsbürgerschaft mit allen Rechten und Pflichten zu erwerben; wir wollen für sie die Möglichkeiten der Einbürgerung weiter erleichtern.“

Auf diese Weise schreibt die Union den Rechtsstatus der hier lebenden Ausländer fest. Es handelt sich um eine Abgabe an jede Verbesserung von Aufenthaltsrecht usw. Auch wird keineswegs ein Rechtsanspruch auf Einbürgerung angeboten. Außerdem will die Union in diesem Zusammenhang das Grundrecht auf Asyl abschaffen.

Die Union, die in diesem Manifest u. a. behauptet, gegen eine grundlegende Verfassungsreform zu sein, bereitet in Wirklichkeit eine Verfassungsdemontage vor. Sie ist, wie man aus Äußerungen ihrer Vertreter entnehmen muß, bereit, eine Staatswirklichkeit zu schaffen, die der Verfassung vorausseilt. Dabei kommt es zu einem Wechselspiel zwischen gesellschaftlichen Kräften, für die die Union sich nicht verantwortlich machen läßt, und staatlichem Handeln. Es ist ein Bereich, in dem von Offenheit und Klarheit in der Politik lange nicht mehr die Rede sein kann, hier herrscht, was bei den Faschisten als die germanische List bezeichnet wurde: Lug und Trug.

Scheinbar ist die offizielle Politik gegen die Ausländerfeindlichkeit, tatsächlich hat sie diese durch entrechtende Gesetze zu Opfern prädestiniert. Sie folgt aus den von ihr offiziell verurteilten Verbrechen die Notwendigkeit, die Ausländer, Einwanderer und Asylsuchenden noch schärfer zu unterdrücken.

Scheinbar liegt die offizielle Politik im Streit mit den Vertriebenenverbänden, scheinbar schließt sie Verträge, die diese einschränken. Real wird der Boden bereitet für eine wirtschaftliche Kolonialbewegung, wird im Schulterschluß mit den Vertriebenenverbänden der Kapital-export in den Osten mit einer Volksgruppenpolitik verbunden.

Scheinbar werden der Militärpolitik Zügel angelegt, in Wirklichkeit wird das Streifbrot zugeritten und die Einwohner und Bürger für künftige Kolonialkriege in Anspruch genommen.

Immerhin stößt diese Entwicklung auch auf Widerstand. Ein allgemeines Ergebnis dieses Widerstandes, der weit ins bürgerliche Lager hineinreicht, ist die Feststellung, daß für die Politik, mit der besonders die Union liebäugelt, Verfassungsänderungen erforderlich sind. Unsicher ist allerdings, was die Herrschenden tun werden, wenn sie befürchten müssen, die Mehrheit für die Verfassung, die sie nötig haben, nicht zusammenzubringen. Wenn sie nicht Widerstand fürchten müssen, werden sie sich verhalten, als gäbe es die Verfassung nicht.

Quelle: Dresdner Manifest. Antrag des Bundesvorstandes der CDU an den 2. Parteitag, Dresden, 15. bis 17. Dezember 1991 — (maf, rül)



Internationale Umschau



Südafrika/Azania. Mit einem zweitägigen Generalstreik, zu dem neben den unabhängigen Gewerkschaftsdachverbänden Cosatu und Nactu auch die Befreiungsorganisationen ANC und PAC aufgerufen haben, protestierten am Montag und Dienstag Hunderttausende von Azaniern gegen die Einführung der Mehrwertsteuer, die Nahrungsmittel, Strom, Hausmieten und andere Lebensmittel um zehn Prozent verteuert. Außerdem wird die Mehrwertsteuer seit dem 1. September z.B. auch auf Land- und Hauskäufe erhoben. In den Bergwerken und in der Automobilindustrie wurde überhaupt nicht produziert. Die Kapitalisten — vor allem die Bergwerkskonzerne — versuchten, mit Werkschutz und Streikbrechern den Protest niederzuschlagen. Auch die Polizei griff Demonstrationen an. Werkschutzeinheiten und Polizei brachten ca. 20 Streikende um. — (uld)

Polen: Sieben Vertreter der „Deutschen“ im Parlament

Mit sieben Vertretern sind die vom revanchistischen „Bund der Vertriebenen“ gelenkten und von der Bundesregierung finanziell geförderten „Freundschaftskreise“ der „deutschen Minderheit“ im künftigen polnischen Parlament vertreten. Die Wahlbeteiligung in ihren Gebieten lag — wie im übrigen auch in ganz Polen — bei knapp über 40 %, die „Freundschaftskreise“ erhielten zumeist ca. 40 bis 50 % der abgegebenen Stimmen, also unter einem Fünftel der Stimmen aller Wahlberechtigten. Das bürgerliche Lager ist überrascht und verärgert über das Ergebnis der Nachfolgepartei der früher regierenden Polnischen Arbeiterpartei: Ihre „Vereinigte Linke“ wurde mit über 10 % der Stimmen zweitstärkste Partei im Parlament. — (rül)

Ein Todesurteil und 41 Urteile zu lebenslanger Haft

Mit diesen Urteilen und Haftstrafen zwischen 33 Monaten und 20 Jahren gegen 553 Angeklagte endete der Prozeß der türkischen Militärjustiz gegen die revolutionäre Organisation Devrimci Sol in Ankara. 582 Angeklagte wurden freigesprochen. Devrimci Sol war sofort nach dem Militärputsch 1981 verboten worden. Der Massenprozeß gegen insgesamt 1243 Angeklagte hatte 1982 begonnen. Damals forderten die Militärstaatsanwälte in 500 Fällen die Todesstrafe. Die meisten Angeklagten sitzen seit mehr als zehn Jahren in Untersuchungshaft. — (uld)

ČSFR: Berufsverbotesgesetz trotz starker Kritik verabschiedet

Am 17. 10. 91 billigte Präsident Havel ein vom Parlament Anfang Oktober verabschiedetes Gesetz, das für fünf Jahre den Ausschuß aller ehemaligen Parteifunktionäre ab Kreisvorstandsebene, Mitarbeiter der Geheimpolizei sowie Mitglieder der Volksmiliz aus dem Staatsapparat, der Verwaltung, der Armee, der Polizei und den Staatsunternehmen vorsieht. Das Gesetz wird nach dem Kollektivschuldprinzip rund 468 000 Menschen betreffen, d.h. es gibt für die Betroffenen in der Regel keine Berufungsmöglichkeit oder ähnliches. Widerstand gegen das Gesetz gab es vor allem seitens der KPČ und ehemaliger Kommunisten, die nach ihrer Wandlung bspw. zu Anhängern der „Charta 77“ bereits einmal von Säuberungen betroffen waren, so des Parlamentspräsidenten Dubček und des Außenministers Dienstbier. Die Gegner des Gesetzes vermuten, sicher zurecht, daß es sich vor allem um eine Maßnahme zur Beschleunigung der Privatisierungen handele, da ja ausschließlich — meist erfahrene — Führungskräfte in Staatsunternehmen betroffen seien. Zudem kritisieren führende Betriebswirte, daß das Gesetz zu einer „Ausblutung“ der großen tschechoslowakischen Staatsbetriebe führe, was vornehmlich der westeuropäischen Konkurrenz nütze bei deren Bestreben, aufzukaufen oder niederzukonkurrieren. — (uga)

Freiheit für Leonard Peltier!

In den letzten Wochen wurde ein neuerlicher Versuch eingeleitet, Leonard Peltier aus der Haft zu befreien. Dieser war 1977 wegen angeblichen Mordes an zwei FBI-Beamten angeklagt und zu zweimal lebenslänglich verurteilt worden — ein offensichtlicher Racheakt von FBI und US-Justiz. 1973 hatte Leonard Peltier, einer der Führer der 1968 gegründeten *Amerikanischen Indianer-Bewegung* (AIM), zusammen mit ca. 120 Indianern an der 71 Tage dauernden bewaffneten Besetzung von zwei Gebäuden in Wounded Knee in der Indianer-Reservation Pine Ridge teilgenommen. Seit Wounded Knee, schrieb eine Untersuchungskommission 1977, habe das FBI „in systematischen Bemühungen den Versuch unternommen, AIM und seine Führer und Anhänger aufzureiben, einzuschüchtern und auf andere Weise zu „neutralisieren“. 1975 wurden zwei FBI-Beamte erschossen, die unter fadenscheinigen Vorwänden in die Pine-Ridge-Reservation eingedrungen und Schüsse gegen die Häuser dort wohnender Indianer abgegeben hatten. Peltier wurde verhaftet und verurteilt. Er wurde zunächst im berüchtigten Hochsicherheitsgefängnis von Marion eingekerkert, später in Leavenworth. Aufgrund der Haftbedingungen verlor er die Sehfähigkeit seines rechten Auges und ist inzwischen von völliger Erblindung bedroht. Seit seiner Verurteilung haben er, seine Verteidiger und Unterstützer nichts unversucht gelassen, das Verfahren wieder aufzurollen. Dabei haben sie viele Beweise für illegale Machenschaften von FBI und Justiz ans Tageslicht gefördert. So konnten sie beweisen, daß die Schüsse auf die FBI-Beamten nicht aus der angeblichen Tatwaffe abgefeuert sein konnten. Eine wichtige Belastungszeugin sagte aus, sie habe unter Druck der Behörden falsche Aussagen gemacht. Die Staatsanwaltschaft unterdrückte entlastende Beweise usw. usf. Doch obwohl sogar 75 Kongreßmitglieder und kirchliche Persönlichkeiten die Wiederaufnahme unterstützten, scheiterten alle Bemühungen — bis heute. Kürzlich aber hat ein „Mister X“ öffentlich ausgesagt, die Beamten getötet zu haben. Seither entwickelt sich in den USA eine breite Kampagne, die jetzt endlich die Freilassung des seit 16 Jahren willkürlich inhaftierten Leonard Peltier durchsetzen will. — (scc)

El Salvador: FMLN bietet Waffenstillstand an

Bei den „Friedensverhandlungen“ zwischen der salvadorianischen Befreiungsbewegung FMLN und der regierenden Junta in Mexiko unter Aufsicht der Vereinten Nationen will die Befreiungsbewegung einen „informellen Waffenstillstand“ anbieten. Das kündigten Vertreter der FMLN in Mexiko-Stadt letzte Woche an. Wenige Tage vorher hatte die salvadorianische Armee rund 25 Kilometer nördlich der Hauptstadt San Salvador eine neue „Offensive“ gegen Stellungen der Befreiungsbewegung gestartet. Wenn die Armee die Offensive nicht einstellt, will die FMLN ihre militärischen Aktionen verstärken. Stellt sie die Offensive ein, sei die FMLN zu einem sofortigen Waffenstillstand bereit, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden. — (rül)



Der UNO-Sicherheitsrat hat das am 23. Oktober in Paris unterzeichnete Friedensabkommen für Kampuchea einstimmig gebilligt. Bereits in zwei Wochen soll mit der Stationierung einer UN-„Friedenstruppe“ und dem Aufbau einer „vorübergehenden UN-Verwaltung“ begonnen werden, die bis 1993 freie Wahlen organisieren soll. 10 000 Mann aus 22 Nationen sollen in Kampuchea stationiert werden, kündigte die UNO an. Die Finanzierung des Einsatzes werde zu zwei Dritteln von den USA und Japan übernommen, heißt es. Das verstärkt Zweifel an der Neutralität der UN-Truppen. Bereits vor Monaten hatten westliche Berichtersteller sorgenvoll berichtet, die Unterstützung für die Roten Khmer auf dem Lande sei groß und ein Wahlsieg der Befreiungsbewegung nicht auszuschließen. Bild: Guerillas der Roten Khmer. — (rül)

Gegen Imperialismus + Weltmarkt

Kuba: Anstrengungen gegen Blockade und Wirtschaftskrise

Mit einem Bündel von Rationierungsmaßnahmen und Programmen, die Selbstversorgung zu festigen, versucht das sozialistische Kuba, in der durch den Wegfall der Hilfen durch die realsozialistischen Länder und der anhaltenden Wirtschaftsblockade des imperialistischen Lagers entstandenen schwierigen Situation die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung zu verteidigen. Die Zeitung „Bauernstimme“ veröffentlichte im Oktober einen informativen Bericht, aus dem wir einige Passagen dokumentieren.

Um den Import von teurem Rohöl so schnell wie möglich zu senken, sollen beispielsweise nach einer Ankündigung Fidel Castros am 9. August im kubanischen Fernsehen schon in den nächsten Monaten 100 000 Ochsen und Büffel anstelle der mit Benzin getriebenen Traktoren in den landwirtschaftlichen Betrieben eingesetzt werden. Castro: „Es gibt allerdings Sachen, die wir versuchen werden beizubehalten: Die Zuckerrohrerntemaschinen z.B., denn sie ersetzen 300 000 Arbeiter ... Es gibt Dinge, die jetzt ungeheuer wichtig werden: z.B. ist die Herstellung von Fahrrädern eine Frage ersten Ranges. Wir haben bereits 200 000 Fahrräder gekauft, und wir sind dabei, weitere 500 000 zu kaufen, ebenso wurden Anweisungen gegeben, umgehend die Maschinen für fünf Fahrradfabriken zu beschaffen, für fünf Betrie-

be! Es gibt Länder, die leben ohne all die Busse und anderen Dinge, die wir haben, und die sich jetzt per Fahrrad fortbewegen. Jetzt muß also auch hier die Ära des Fahrrades einsetzen, und ich glaube, wir werden nicht die einzigen sein, denn in der Welt ist der Teufel los, und was auf die Dritte Welt zukommt, ist noch sehr viel schlimmer.“

Um die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung einigermaßen sicherzustellen, wird alles immer stärker rationiert. „So stehen jedem Kubaner täglich 80 Gramm Brot zu, wöchentlich ist ein halbes Pfund Fleisch vorgesehen. Auch die zweieinhalb Kilo Butter, die es monatlich pro Person gibt, reichen nicht aus. Der Schwarzmarkt blüht ...“

Dafür gab es früher eine zwar bescheidene, aber kostengünstige Versorgung der Grundbedürfnisse auf Bezugsschein. Staatliche Überlebensgarantie für alle Menschen auf der Karibikinsel. Für lateinamerikanische Verhältnisse traumhafte Bedingungen“, heißt es in dem Zeitungsbericht an anderer Stelle. Die Sowjetunion, die bereits vor einiger Zeit ihre Zahlungen für kubanischen Zucker von 40 Cents pro Pfund (ca. 1,50 DM je kg) auf 25 Cents (ca. 94 Pfg.) verringert habe, werde von den USA bedrängt, ganz auf Weltmarktpreis herunterzugehen. Dieser liegt für Zucker jetzt bei 9,4 Cents pro Pfund (35 Pfg./kg).

Quelle: Bauernstimme, Oktober 1991 — (rül)

Schweiz: Rechtsruck bei Wahlen

Faschistische Parteien legen zu / Wahlbeteiligung nur 48 %

Bei den Schweizer Nationalratswahlen konnten rechte und faschistische Parteien deutliche Gewinne verzeichnen. Sie gingen auf Kosten der wirtschaftsliberalen FDP und der christlich-konservativen CVP. Die rechtspopulistische Autopartei konnte ihre Sitzzahl im Parlament von zwei auf acht steigern, die Schweizer Demokraten, eine Nachfolgeorganisation der faschistischen Nationalen Aktion, brachten es auf fünf Sitze (bislange 3) und ziehen damit ebenfalls in Fraktionsstärke ins Parlament ein. Im Tessin errang schließlich die Lega dei Ticinesi — ein Ableger der Autopartei, der sich gleichzeitig an den rechten Bündnissen Oberitaliens orientiert — auf Anhieb zwei Parlamentssitze. Die Regierungspartei SVP, in der es einen starken rechtsextremen Flügel gibt, konnte ihr Ergebnis mit 25 Sitzen halten. Bei einer selbst für die Schweiz niedrigen Wahlbeteiligung von rund 48 % mußten hauptsächlich FDP (44 Sitze statt bisher 51) und CVP (36 Sitze gegenüber 42) Federn lassen. Die rechtsextremen und faschistischen Parteien hatten sich im Wahlkampf ganz darauf konzentriert, nationalistische Ressentiments und Ausländerfeindlichkeit zu schüren. Nicht nur die faschistischen

„Schweizer Demokraten“ bestritten ihren Wahlkampf mit Ausländerhetze, auch die Autopartei — sie zog bei den letzten Wahlen mit dem Ein-Punkt-Programm „Freie Fahrt für freie Bürger“ ins Parlament ein — hat sich inzwischen zur rechtsextremen Partei gemausert und trommelte gegen Flüchtlinge und Ausländer. Auf der anderen Seite konnten Sozialdemokraten leichte Gewinne verzeichnen (42 Sitze statt bisher 41). Ebenfalls zugelegt hat die Grüne Partei GPS (14 statt bisher 9). Ein linksalternatives Bündnis DaCH, das aus der Bewegung gegen die Armee hervorgegangen war, schaffte den Sprung ins Parlament nicht, lediglich ins Kantonsparlament in Zürich zog eine Vertreterin ein. In den Kantonen Waadt und Genf erreichte die sozialistische PdA je einen Sitz.

Die Bedeutung von Wahlen ist in der Schweiz eingeschränkt, weil die stärksten bürgerlichen Parteien zusammen mit den Sozialdemokraten nach der sogenannten Zaubersformel die Regierung bilden — unabhängig von Wahlergebnissen. Außerdem sieht das Regierungssystem des Landes in wichtigen Fragen Volksabstimmungen vor, wenn eine bestimmte Anzahl von Stimmbürgern dies fordert. — (jug)

Türkei: Auch nach der Wahl Krise

22 kurdische Abgeordnete der HEP sind im neuen Parlament

Die Neuwahlen zum türkischen Parlament haben keine Lösung der Krise für das Kolonialregime gebracht. Scheinbarer Wahlsieger ist die Partei des früheren Premiers Demirel. Sie wurde stärkste Partei, während die regierende ANAP-Partei schwere Verluste erlitt. Aber damit zeichnet sich weder eine Lösung der Wirtschaftskrise ab, noch ist das Regime einer Lösung seines schwersten Problems, der kurdischen Frage, in irgendeiner Weise nähergekommen. Im Gegenteil: 22 Abgeordnete der HEP-Partei, der „Partei der Arbeit des Volkes“, ziehen als Vertreter der 12 Wahlkreise in den kurdischen Gebieten in die neue Nationalversammlung ein.

Die HEP-Partei war schon vor einiger Zeit u.a. von ehemals sozialdemokratischen Abgeordneten gegründet worden, die aus der SHP unter İnönü ausgeschlossen waren, weil sie sich offen als Kurden erklärt hatten. Die HEP gilt als „separatistisch“ und „von der PKK unterwandert“, in den kurdischen Gebieten hat sie großen Anhang. Das türkische Regime hatte deshalb die absehbare Kandidatur der HEP durch eine Terrorkampagne mit Todesschwadronen gegen kurdische Politiker und durch ein unter formalen Vorwänden herbeigeführtes Kandidaturverbot zu verhin-

dern versucht. Beides mißlang, als die SHP, die ähnlich wie die anderen türkischen Parteien seit den kurdischen Aufständen im Frühjahr 1990 praktisch keine Organisation in den kurdischen Gebieten mehr hat, den Kandidaten der HEP anbot, auf ihren offenen Listen anzutreten. Ein Teil der SHP unter dem früheren Premier Ecevit hetzte wüst gegen dieses Bündnis als Paktieren mit „Separatisten und Terroristen“, trat aus der SHP aus und gründete eine zweite sozialdemokratische Partei, die auch bei den Wahlen antrat, aber schlechter als die SHP abschnitt. Die Kandidaten der HEP aber gewannen fast durchweg die Wahlen und sitzen nun als Vertreter der Kurden im türkischen Parlament.

Wie gefährlich das Regime die Lage einschätzt, zeigte sich schon unmittelbar nach den Wahlen mit den neuen Terrorangriffen der Luftwaffe gegen kurdische Siedlungen in Südkurdistan (Nordirak). Das Kolonialregime will mit allen Mitteln verhindern, daß sich in den kurdischen Gebieten der Türkei und des Nordirak eine kurdische Selbstverwaltung und Selbstregierung herausbildet. Genau dies anzustreben, hatte die PKK schon vor Monaten angekündigt.

Quelle: Kurdistan-Rundbrief, div. Ausgaben — (rül)

In diesem 12. Oktober ist es 499 Jahre her, daß Columbus Amerika für Europa „entdeckt“ hat. Diese Eroberung brachte den indigenen Völkern Amerikas Krieg, Ausplünderung und Völkermord und eine bis heute andauernde Leidensgeschichte unter wechselnden Kolonialregimen und Militärdiktaturen.

Für Abermillionen Afrikanerinnen und Afrikaner bedeuteten diese unheilvollen Jahrhunderte Verschleppung aus den entwickelten Kulturen ihrer Heimat und die Plantagen Süd- und Nordamerikas. Bis heute leben die Nachfahren der afrikanischen Sklaven in den USA bis auf wenige Ausnahmen wie ein kolonisiertes Volk in den Ghettos der Großstädte oder in den verarmten Landstrichen der Südstaaten. Die wachsende ökonomische Ungleichheit und Verelendung wird begleitet vom Rassismus als dem bestimmenden Verhältnis zwischen Schwarz und Weiß. Die Erfolge der Black Power- und Bürgerrechtsbewegung in den 60er Jahren werden aufgegeben in einem gesellschaftlichen Ausnahmezustand totaler Entrechtung für die große Mehrheit derer, die nicht mit dem Privilegien weißer Hautfarbe ausgestattet sind.

Das weiße Amerika sitzt zu Gericht über seine neuen Sklaven und verdammt sie wegen Verletzung der herrschenden sozialen Ordnung zu jahrelanger Zwangsarbeit in Gefängnisfabriken und auf den Feldern des Agrobusiness. Es verurteilt die, die aufbegehren, zu jahrzehntelangen Strafen unter einem politischen Sonderhaftstatut und schickt sich nun an, mit der beabsichtigten ersten Hinrichtung eines politischen Gefangenen seit den 50er Jahren einen Präzedenzfall zu schaffen und die Möglichkeit zu eröffnen, im Angesicht drohender Unruhen politische Gegner künftig durch den Henker effektiv auszuschalten.

10 Jahre in der Todeszelle

Mumia Abu-Jamal, schwarzer Journalist, der sich seit frühester Jugend gegen den Rassismus und für soziale Gerechtigkeit in den USA eingesetzt hat, befindet sich am 9. Dezember 1991 seit 10 Jahren in der Todeszelle des Huntingdon-Gefängnisses in Pennsylvania. 1982 war er nach einem Indizienprozeß, in dem es keine Beweise, sondern nur rassistische Vorverurteilungen des Staatsanwalts gab, für den Tod eines Polizeibeamten verantwortlich gemacht worden, obwohl es selbst in diesem unfairen Prozeß Anhaltspunkte gab, mit denen man die Mordversion der Staatsanwaltschaft hätte ins Wanken bringen können. Diese Beweise wurden aber unterdrückt und stattdessen Jamals 12 Jahre zurückliegende Mitgliedschaft in der Black Panther Party und seine engagierte journalistische Arbeit für Radiostationen und Zeitungen als „Beweise“ dafür angeführt, daß er schon immer ein „potentieller Polizistenmörder“ gewesen sei. Vor einer fast ausschließlich weißen Jury hatte der Staatsanwalt leichtes Spiel. Jamal wurde am dritten Prozeßtag schuldig gesprochen und zum Tode verurteilt.

In seiner Heimatstadt Philadelphia war Jamal seit Jahren als ein scharfer Kritiker der berüchtigten Brutalität der Polizei gegenüber Einwohnern afrikanischer bzw. hispanischer Abstammung bekannt. Insbesondere seine Berichterstattung über Verfolgung, Mißhandlung und Ermordung von Mitgliedern der schwarzen MOVE Kommune schaffte ihm viele Gegner in der für ihren ausgeprägten und offenen Rassismus bekannten politischen Elite dieser Stadt und ihrer Polizei.

Diejenigen, für die sich Jamal einsetzte, honorierten seine radikale Position und machten ihn USA-weit als „Stimme der Unterdrückten“ bekannt. Noch kurz vor seiner Verhaftung wählten ihn 1981 seine Kolleginnen und Kollegen zum Vorsitzenden der *Association of Black Journalists auf Philadelphia*.

Ein unbeugsamer Kritiker

Jamal hat die von ihm so oft attackierte Brutalität von Polizei- und Gefängnisbeamten am eigenen Leib erfahren. Bei seiner Verhaftung war er von der Polizei durch einen Schuß schwerverletzt und danach mehrfach geschlagen und mißhandelt worden. Man ließ ihn eine Dreiviertelstunde in der Gasse liegen, bevor er in ein Krankenhaus geschafft wurde. Aber auch dort wurde er in Tötungsabsicht noch schwer mißhandelt. Man hegte die Hoffnung, sich eines unbeugsamen Kritikers auf diese Weise endgültig entledigen zu können.

Wie allen Insassen der Todestrakte in Pennsylvania werden ihm Kontaktbesuche verweigert. Auch seine Frau und Kinder sieht er immer nur durch die Trennscheibe. Weil er an seinen politischen Überzeugungen festhält und sich weigert, seine Dreadlock-Haare abschneiden zu lassen, unterliegt er seit Jahren permanenter disziplinarischer Bestrafung. Das heißt, er befindet sich in Isolationshaft, erhält keine Bücher und Zeitungen, darf nicht mit seiner Familie telefonieren und kein Radio oder Fernsehen empfangen.

In den letzten Jahren haben sich die Obersten Gerichtshöfe Pennsylvanias und der USA mehrfach geweigert, Berufungsanträge anzunehmen, obwohl darin jeweils ausführlich dargestellt war, daß Jamals Verfahrens-, Verfassungs- und Menschenrechte seit der Verhaftung und durch den Prozeß mehrfach gravierend verletzt wurden und er zu Unrecht zum Tode verurteilt worden ist.

Der Gouverneur von Pennsylvania, Robert Casey, an den sich von überall auf der Welt schon Zehntausende mit Petitionen und Protestschreiben gerichtet haben, hat bisher den Hinrichtungsbefehl nicht unterschrieben. Nicht zuletzt die große Unterstützung, die Jamal zuteil geworden ist, hat den Gouverneur veranlaßt, seine Entscheidung zurückzustellen, bis die juristischen Instanzen in diesem Verfahren endgültig ausgesprochen sind. Auch die für Juni und Juli 1991 angeordneten Hinrichtungen zweier anderer Gefangener in Pennsylvania sind aufgeschoben worden.

An der Gefahr einer möglichen Hinrichtung hat sich trotz allem nichts geändert, nur die Methode: Im November 1990 hat die Regierung von Pennsylvania beschlossen, die Todesstrafe nicht mehr auf dem elektrischen Stuhl, sondern per tödlicher Injektion zu vollstrecken.

Wiederaufnahmeverfahren gegen die legale Lynchjustiz

Als nächsten Schritt bereitet Jamal mit seinen RechtsanwältInnen einen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens vor. Darin soll nachgewiesen werden, daß es im ersten Prozeß nicht den leinsten Versuch gegeben hat, entlastenden Beweisen nachzugehen. Das soll nun für diesen Antrag nachgeholt werden, wofür monatelange Nachforschungen und Zeugenvernehmungen notwendig sind. Am Ende sollen all jene Fakten in einem beweisführenden Schriftsatz zusammengefügt sein, die einen neuen Prozeß zwingend erforderlich machen. Das Team seiner VerteidigerInnen ist schon nach jetziger Aktenlage fest überzeugt, daß dieser Antrag Erfolg haben wird — ähnlich wie in den Fällen von Johnny Imani Harris und Patrick „Hoody“ Croy, die beide in vergleichbaren Fällen nach 14 bzw. 12 Jahren in der Todeszelle im vergangenen Jahr in erneuten Prozessen freigesprochen wurden und ihre Freiheit zurückerlangten.

Damit die Untersuchungsarbeiten für diesen Antrag durchgeführt werden können, soll mit Beginn des neuen Jahres der ganze Stab eines Anwaltsbüros ausschließlich für diese Tätigkeit freigestellt werden. Das wird mindestens für die Dauer eines halben Jahres, möglicherweise aber für länger sein. Das bedeutet, daß dieser Antrag nur dann zustande kommt, wenn es die im letzten Jahr beträchtlich angewachsene Solidaritätsbewegung für Jamal fertig bringt, bis Anfang 1992 einen Betrag von 150 000 Dollar aufzubringen.

Ein Jahre- bis jahrzehntelanges Verfahren, an dessen Ende ein Todesurteil zu Fall gebracht werden soll, kostet nach bisherigen Erfahrungen in den USA durchschnittlich 1 Million Dollar an Gebühren und Honoraren. Das macht nachvollziehbar, daß so wenige Todesurteile erfolgreich juristisch aufgehoben werden. sich stattdessen die Zahl der rechtskräftigen Verurteilungen und Hinrichtungen mehrt. Wer arm ist und keine massenhafte finanzkräftige Unterstützung hat, geht in diesem Justizsystem unter. Angesichts der richtungsweisen Funktion des Verfahrens gegen Jamal wäre es fatal, wenn man diese Rechnung aufgehen lassen würde.

Wer das Geld hat, hat die Macht, und wer die Macht hat, das das Recht . . . ?

Zusammen mit der Solidaritätsbewegung in den USA haben wir aber die Hoffnung, daß es möglich sein wird, das Geld aufzubringen. Wir eröffnen ein neues Sonderkonto und starten es mit einem Betrag von 3 225 DM. Das Spendenkonto dient ausschließlich dem Zweck, Spenden für die Verteidigungskosten zu sammeln. Die eingegangenen Spenden werden garantiert und nachprüfbar ohne Abzüge überwiesen an den Mumia Abu-Jamal Defense Fund, P.O. Box 19709, Philadelphia, PA 19143, USA.

Dieser Aufruf hat zum Ziel, dem Defense Fund bis zum 31.12.92 eine größtmögliche Summe zu übergeben, um sicherzustellen, daß das Verteidigungsteam ab Januar '92 seine Arbeit am Wiederaufnahmeantrag uneingeschränkt beginnen kann. Alle, die Mumia Abu-Jamal seit Herbst 1989 in dieser Kampagne unterstützt haben, sind dazu aufgerufen, sich intensiv an dieser Spendensammlung zu beteiligen.

Wir fordern Euch konkret dazu auf:

— Gründet in Euren Städten oder Regionen Solidaritätskomitees „Freiheit für Mumia Abu-Jamal!“ Schließt darin VertreterInnen verschiedener Gruppen, Organisationen, Verbände etc. zusammen, organisiert auf der Basis der Minimalplattform:

„Freiheit für Mumia Abu-Jamal / Abschaffung der Todesstrafe / Solidarität mit allen politischen Gefangenen in den USA: Freedom now!“

gemeinsam die Arbeit, deren nächstes konkretes Ziel die finanzielle Absicherung des Wiederaufnahmeverfahrens ist. Organisiert Konzerte, Theateraufführungen, Veranstaltungen mit dem Jamal-Video oder anderen Filmen etc., deren Erlös auf das Spendenkonto fließt. Übernehmt Patenschaften für feste Beiträge von 500 DM, 1 000 DM oder mehr, deren Zahlung ihr vor Ende Dezember '91 garantiert, auch wenn Ihr den ganzen Betrag noch nicht beisammen habt.

Entscheidend für das Wiederaufnahmeverfahren ist, daß wir bis Ende des Jahres den Grundstock zur Finanzierung der Untersuchungsarbeit nachweisen können, damit die konkrete Arbeit beginnen kann!

— Laßt uns in naher Zukunft ein erstes überregionales Treffen dieser Komitees ins Auge fassen, auf dem die Arbeit koordiniert und die Öffentlichkeitsarbeit und die internationalen Kontakte intensiviert werden.

— Juristinnen und Juristen, gründet ein Verteidigungskomitee, das es sich zur Aufgabe macht, den Fortgang des Verfahrens zu beobachten, justizkritische Öffentlichkeit durch demonstrative Knastbesuche bei Jamal herzustellen und die nordamerikanischen KollegInnen des Verteidigungsteams dadurch zu unterstützen, daß der Fall in juristisch und humanitär relevanten Kreisen diskutiert und zum Gegenstand geeigneter Vorstöße gemacht wird.

— JournalistInnen und SchriftstellerInnen, tretet in Euren Gewerkschaften, Verbänden, Gremien, auf Konferenzen und Tagungen und mit den Mitteln Eurer alltäglichen Arbeit dafür ein, den Fall Eures Kollegen Jamal und seine journalistische Arbeit aus der Todeszelle heraus (in Form seiner Kolumnen) in allen relevanten gesellschaftlichen Kreisen publik zu machen und auf der Basis des humanitären Eintretens für *free speech* (deutsch: Redefreiheit) und die Abschaffung der Todesstrafe für breitestmögliche Unterstützung zu sorgen. Die Petition der Bundesdelegiertenkonferenz der *Deutschen Journalisten-Union (dju)* im November '89 und die Erklärung des *PEN American Center* vom Juli '91 mögen als gute Beispiele dafür gelten.

Wir fordern alle dazu auf, besonders in den Bewegungen gegen Rassismus und Neo/Faschismus und in der Kampagne gegen die 500-Jahrfeiern der „Entdeckung“ Amerikas 1492/1992, Jamals Fall als zugeschnittenes Beispiel für den institutionellen Rassismus in den Metropolengesellschaften zu begreifen und sich zu eigen zu machen, was Assata Shakur im Dezember 1990 vor dem In-

ternationalen Tribunal über politische Gefangene in den USA erklärt hat:

„Wir können (Jamals Hinrichtung) auch deshalb nicht zulassen, weil es ein Präzedenzfall wäre, der Tür und Tor öffnet. Wenn wir nicht mit Zähnen und Klauen dafür kämpfen, den Staat daran zu hindern, ihn hinzurichten, dann erlauben wir, daß eine Situation entsteht, in der die Regierung jede und jeden von uns irgendeines Verbrechens beschuldigen kann. In der sie uns zum Tode verurteilen kann, ohne daß eine Massenbewe-

gung entsteht und ohne daß sie überhaupt in Erwägung ziehen müssen, daß sie einen verdammt hohen Preis dafür zu bezahlen haben, wenn sie versuchen, unsere Revolutionäre zu töten.“

Ich denke, daß das wirklich sehr wichtig ist: Wenn wir es zulassen, daß sie ihn töten, dann sind wir es, die den Weg dahin öffnen, daß viele unserer jungen Menschen zum Tode verurteilt werden können.“

Freiheit für Mumia Abu-Jamal! Abschaffung der Todesstrafe! Spendet gegen die legale Lynchjustiz!

Sonderkonto „Mumia Abu-Jamal“, Bank für Gemeinwirtschaft Bremen, Konto Nr. 1005 87 76 01, BLZ 290 101 11.

Quelle: Amerika Gegeninformationspresse, Eichenberger Str. 53, 2800 Bremen 1, Tel. 0421-354029.



Ein Staat des Todes, ein Staat der Repression

Wie die US-Wirtschaft insgesamt befindet sich auch die Wirtschaft Pennsylvanias in der Krise.

Angesichts eines Defizits von fast 1 Mrd. Dollar, verursacht von fehlendem Steueraufkommen durch fehlende oder abgewanderte Industrien, gerät der Staat ins Taumeln. Schulen und Hospitäler werden geschlossen, um Kosten einzusparen.

Nur ein Industriezweig scheint noch profitabel zu sein — Gefängnisse.

Und während Schulen ihre Pforten schließen müssen, werden neue Gefängnisse in Betrieb genommen, Fabriken der Gescherteiten und Reservoirs der Repression.

Ein im Januar 1991 veröffentlichter Bericht (1) des in Washington D.C. arbeitenden *Sentencing Projekts* deckte auf, daß die Inhaftierungsrate der USA auf eine nüchterne Realität hinweist: die USA führen nun die Weltrangliste an, und die Menschen hinter den Zahlen sind in ihrer Mehrheit schwarze Männer. Die Gefangenensrate ist viermal so hoch wie die in Südafrika. Gegenwärtig sind über eine Million Menschen in den USA inhaftiert.

Von dieser unglaublichen Anzahl sitzen 2475 in den Todestrakten der USA, davon allein 130 in Pennsylvania.

Für zwei von ihnen ist der Todestag schon festgesetzt, für den einen im Juni, für den anderen im Juli. Wenn es nicht zu einem gerichtlich angeordneten Aufschub kommt, wird der juristisch sanktionierte Mord an gefangenen BürgerInnen wieder Einzug in Pennsylvania halten.

Wenn kein Gericht etwas anderes anordnet, werden in wenigen Wochen zwei Staatsgefangene auf eine Pritsche gekettet und festgebunden werden, geschultes medizinisches Personal wird eine Nadel in die Vene einführen, durch die Barbiturate fließen werden.

Von der Injektionsstelle aus wird ein Plastikschlauch an einen verborgenen Platz geleitet, wo anonyme Exekutoren sitzen. Auf ein Zeichen des Anstaltsleiters hin werden sie den Kolben ihrer Spritze herunterdrücken, aber nur einer von ihnen wird ein lähmendes Gift durch den Schlauch und schließlich in die menschliche Vene schicken.

Langsam aber sicher wird das Gift die Gliedmaßen lähmen, dann die Organe, das Herz, die Lungen, und man wird verfolgen können, wie sich die Lungen in Stein verwandeln.

Nach Erfüllung ihres Auftrages werden die Exekutoren ihren tödlichen Lohn von etwa 250 Dollar entgegennehmen und in der Anonymität verschwin-

den, ihre Identität vom Staat maskiert. (Keiner von den geheimen Exekutoren weiß, wer den Tod des Gefangenen verursacht hat, denn keiner weiß, welche Spritze Gift und welche Placebo enthielt.)

Dies ist nur einer der *American Ways of Death*.

In Kalifornien werden die Gefangenen auf einen fest im Boden einer luftdichten Kammer verankerten Stuhl gefesselt. Dann werden Zyanidkapseln in Säurebehältern versenkt, und das Todesgas entsteht. Mit jedem todbringenden, vergiftenden Atemzug dringt es in die Atemwege ein. Und der Tod erwürgt den Lebenden.

In Florida werden Gefangene auf mit Elektrogeneratoren verbundene Holzstühle gefesselt, die auf Zeichen 2000 Volt durch Menschenhand hergestellten Strom durch ein vor Schmerzen zusammenzuckendes menschliches Wesen jagen und Fleisch und Organe förmlich kochen.

Die Befürworter dieser Art von US-Schwerverbrechen nennen es „*Ridin' the Lightning*“ (deutsch etwa: den Blitz reiten, d. Red.)

Einige Staaten, wie z.B. Delaware und Washington, bedienen sich immer noch altertümlicher Methoden des legalisierten Mordens wie Hängen am Galgen.

Alle diese Methoden stellen nach der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofes der USA keine Verletzung des 8. Artikels der Verfassung dar, der „*grausame und außergewöhnliche Bestrafung*“ ausdrücklich verbietet.

Wie auch immer die Methode aussieht, das System beschleunigt sein Ende durch die Beschränkung von Berufungsmöglichkeiten, ohne Rücksicht auf Verletzungen der Verfassung, und die Manipulation der Ergebnisse, durch die es sicherstellt, daß nur die Armen, niemals die Reichen, und meistens Schwarze, selten die Weißen, Erfahrungen mit der furchtbaren Unterwelt in Amerikas Todestrakten machen.

Aus den krassesten und himmelschreiendsten politischen Gründen leben tausende Männer und Frauen in 36 US-Bundesstaaten in der Hölle und verfallen in Erwartung des Todes, den die Regierung für sie vorgesehen hat.

Das ist also das wahre Gesicht eines „freundlicheren und netteren“ Amerikas.

— Mumia Abu Jamal, Juni 1991, aus dem Todestrakt von Huntingdon.

(1) „*Americans behind Bars: A Comparison of international Rates of Incarceration*“, Sentencing Project, herausgegeben von Marc Mauer

„Dieses Verfahren muß eingestellt werden!“

In Celle, Düsseldorf und Karlsruhe fanden Demonstrationen zum zweiten Jahrestag des Kurden-Prozesses statt

Am 26. Oktober beteiligten sich an Demonstrationen und Kundgebungen gegen die jetzt seit zwei Jahren stattfindenden PKK-Prozesse in Celle 2500 Leute, in Düsseldorf 2000 Leute und in

Karlsruhe ebenfalls 2000. Die deutsche Beteiligung an den Demonstrationen war gering. Wir dokumentieren im folgenden eine gemeinsame Erklärung der Angeklagten in den PKK-Prozes-

sen vom 28. Oktober vollständig und zwei Redebeiträge aus der westdeutschen Solidaritätsbewegung von der Demonstration in Karlsruhe in gekürzter Fassung. — (jöd, rub, rül)

Erklärung der Angeklagten anlässlich des 2. Jahrestages des Kurdenprozesses

Wir haben viele Erklärungen zu den seit vier Jahren gegen die PKK geführten Untersuchungen und zum politischen Charakter dieses seit zwei Jahren andauernden Verfahrens abgegeben.

Genauso, wie sich seit zwei Jahren nichts am Charakter dieses Verfahrens geändert hat, genauso haben sich auch unsere Feststellungen bestätigt.

Dieses Verfahren macht in Form einer Gruppe von kurdischen Politikern den Unabhängigkeits- und Freiheitskampf des Volkes von Kurdistan zum Verfahrensgegenstand. Dieses Verfahren wurde auf Grund der gemeinsamen Bemühungen der deutsch-türkischen Geheimdienste und Regierungen entwickelt. Die Behauptung von „einer terroristischen Vereinigung innerhalb der PKK“ ist nur ein Vorwand für die Angriffe gegen die PKK.

Man wollte unser politisches Arbeitsgebiet in Deutschland einengen, indem versucht wurde, die PKK als terroristische Vereinigung abzustempeln. Obwohl das Verfahren bislang zwei Jahre dauert, ist man zu keinem Ergebnis gekommen. Die gekauften Zeugen haben ihren Offenbarungseid geleistet. Der von der Bundesanwaltschaft aus der Türkei importierte Zeuge Nusret Arslan

gebiete in Südkurdistan (Nordirak). Seitdem wurden über 100 Zivilisten massakriert. Deutschland jedoch führt das Verfahren als 2. Front gegen die PKK. Wir sind der Überzeugung, daß dieses Verfahren und die feindselige Haltung gegen den nationalen Befreiungskampf Kurdistans nur Schaden erzeugen kann und fordern, daß — dieses Verfahren eingestellt wird, — die Inhaftierten freigelassen werden und — der geistige und materielle Schaden wieder gutgemacht wird.

Düsseldorf, den 28. 10. 1991

Grüße der politischen Gefangenen an den kurdischen Befreiungskampf

Auf der Demonstration gegen die Kurdenprozesse am 26. 10. in Karlsruhe wurde eine Grußbotschaft von Adelheid Schulz, einer Gefangenen aus der RAF, von ihrer Mutter vorgelesen.

Ich überbringe Grüße von meiner Tochter für alle politischen Gefangenen in der BRD.

Die Zukunft gehört denen, die um die grundlegenden Interessen der Völker kämpfen. Nicht denen, die dagegen Rassismus und Faschismus neu mobilisieren.

der Kampf darum, die Rationalität antagonistischer Politik dagegen zu setzen, sie immer wieder damit zu konfrontieren, solange, bis konkrete Lösungen unentrinnbar werden.

Dafür muß in der Metropole um ein Bewußtsein gekämpft werden, das eine Perspektive gegen die ganze zerstörerische Entwicklung ausdrückt und fassen kann.

In diesem Sinn haben die Worte von Che nicht weniger, sondern eine größere und neue Aktualität — und in dieser Weise:

Solidarische Grüße an das kämpfende kurdische Volk — in den Bergen, in den Städten und in den Gefängnissen, wie an alle kämpfenden Bewegungen und Völker.

Karlsruhe, den 26. 10. 1991

Kurdistan-Komitee aus Karlsruhe auf der Karlsruher Demonstration

Vier angeklagte Kurden aus dem Düsseldorf-Prozeß sitzen nunmehr seit über dreieinhalb Jahren, drei aus dem Celler Prozeß und jetzt einer für einen neuen Stuttgarter Prozeß in Untersuchungshaft unter Isolationsbedingungen.

Die BRD, und dafür stellvertretend die Bundesanwaltschaft und die Oberlandesgerichte Düsseldorf und Celle, verfolgen weiter die Kriminalisierung einer ausländischen Befreiungsbewegung und damit des ganzen kurdischen Volkes mit Hilfe des berühmten § 129 a.

Die Bundesrepublik unterstützt unbeeinträchtigt weiter den Staatsterror und den Völkermord der Türkischen Republik in Kurdistan.

Das sind zwei Jahre PKK-Prozesse, seit dem 24. 10. 1989 in Düsseldorf, seit Januar 1991 in Celle. Das sind mehr als sieben Jahre Verfolgung der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in Europa und dort hauptsächlich in der Bundesrepublik.

Zwei Jahre Kurden-Prozesse sind auch die erstmalige Anwendung der Kronzeugenregelung in dem — so der damalige Generalbundesanwalt Rebmann — „größten Terroristenprozeß auf deutschem Boden“. Dieser Prozeß hat einen Etat von 250 Millionen DM. 160 Verhandlungstage und der Umbau des Düsseldorf-Oberlandesgerichtes sollen schon 80 Millionen DM gekostet haben. Diese Unsummen sollten von Anfang an klarstellen, eine Verurteilung der Kurdinnen und Kurden ist unumgänglich.

Heute kann jeder sehen, daß die PKK die Bewegung ist, die das Widerstandsrecht des kurdischen Volkes zur Er kämpfung von Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung wahrnimmt. Die Bundesrepublik verletzt internationales Recht, wenn sie dieses Widerstandsrecht bekämpft, sie ist offene Kriegspartei gegen den kurdischen Befreiungskampf an der Seite der Türkei geworden.

Die Sicherung dieser Politik, die Sicherung des Milliardenkapitals deutscher Konzerne in der Türkei — das liegt der Bundesregierung am Herzen.

Die deutschen Kredite und Kapitalanlagen in die Türkei haben sich seit dem Militärputsch 1980 fast verdreifacht. Die BRD ist der größte Handelspartner und Kapitalgeber, der größte Investor der Türkei. Die Liste der Firmen ist lang, ob Daimler Benz, Siemens, AEG, MBB, MAN, Klöckner, Degussa — alle sind sie im Geschäft. Um die Sicherung dieses Kapitals geht es auch im Krieg der Türkei gegen Kurdistan.

Parallel zu den steigenden Krediten, Kapitalanlagen und Waffenlieferungen steigt die Zahl der Flüchtlinge und Emigranten aus der Türkei und aus Kurdistan. Wo Konzerne die Lebensgrundlage der türkischen und kurdischen Familien zerstören, wo deutsches Giftgas in der Türkei und im Irak die kurdischen Menschen massakrieren, wo deutsche Waffenbrüderschaft im Staatsterror gegen die Kurden wirkt, wo von staatswegen gefoltert und gemordet wird (der Mord an dem kurdischen Politiker Vedat



26. 10.: Demonstration in Celle (Bild: res)

Aydin im Juli dieses Jahres durch Todeschwadronen ist nur ein Beispiel) — da fliehen Menschen.

In der BRD stellen türkische und kurdische Flüchtlinge die drittgrößte Gruppe dar. Die von dieser Politik vertriebenen Arbeitsemigranten aus dem Staatsgebiet der Türkei sind die größte Gruppe ausländischer Arbeiterinnen und Arbeiter in der BRD. Die Bundesregierung, die führenden Parteien und die bundesdeutschen Medien schüren Rassenhaß und fördern die Pogrome gegen die ausländische Bevölkerung in der BRD, wenn sie die Ergebnisse ihrer Völkermordpolitik mit „Überfremdung“, „Überflutung“ und „Scheinasylanten-tum“ oder „Wirtschaftsflüchtlingen“ kaschieren.

Die Zustimmung der BRD für die Aufstellung der Schnellen Eingreiftruppe der Nato in Kurdistan ist die Zustim-

mung für die Intensivierung des Krieges gegen den kurdischen Befreiungskampf. Die Bereitstellung von Transportmitteln, von Waffenmaterial in Milliardenhöhe, der offizielle von Botschafter Eickhoff in Ankara verkündete gemeinsame Kampf gegen die PKK ist die direkte Beteiligung an diesem Krieg. Die EG- und Natostaaten wollen in der Türkei retten, was sie ihre „neue Weltordnung“ nennen. Die krampfhaftige Suche der bundesdeutschen Regierungspolitik nach kurdischen Exilpolitikern, die „kurdische Volksgruppenrechte“ vertreten sollen, ist wie die PKK-Prozesse Teil dieser Politik.

Wir erklären uns hier solidarisch mit dem Kampf des kurdischen Volkes, mit der Arbeiterpartei Kurdistans PKK, mit der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans ERNK!

Karlsruhe, den 26. 10. 1991

Türkei erklärt Kurdistan den Krieg! Stellungnahme des Kurdistan-Komitees

Bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen der türkischen Armee und den Guerillaeinheiten der Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK) in Nordwest-Kurdistan (türkisch besetzter Teil unseres Landes) dauern in voller Härte noch an. Sicherer Informationen zufolge sind in den letzten sieben Tagen durch Angriffe der Guerillaeinheiten auf verschiedene türkische Militärstellungen insgesamt 208 türkische Soldaten getötet und nach türkischen Angaben vier Soldaten von der Guerilla gefangen genommen worden.

Seit dem 25. Oktober 1991 bombardieren ca. 40 türkische Kampfflugzeuge des Typs F-4 und F-104 zivile kurdische Siedlungen im Nordirak. Berichten zufolge, die unser Komitee aus dem Gebiet erhielt, setzten sie Napalm, Phosphor und biologische Giftstoffe ein, die ihre Auswirkungen erst nach drei bis vier Monaten zeigen werden.

Obwohl die in Nordwest-Kurdistan aktiven Guerillaeinheiten ihre Stützpunkte in Nordwest-Kurdistan haben und die Europavertretung der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) in einer Presseerklärung vom 25. Oktober deutlich darauf hinwies, daß sich die Guerillaeinheiten nach ihrem Angriff auf die türkischen Militäreinheiten in ihre Stützpunkte in Nordwest-Kurdistan zurückgezogen haben, versucht der türkische Staat, sich mit der Behauptung: „Sie haben sich nach Nordirak zurückgezogen“ eine rechtliche Legitimierung zu schaffen.

Der wahre Grund für die Bombardierung des als Behdinan bezeichneten Gebietes im Nordirak ist die beabsichtigte Entvölkerung dieses Gebietes. In Botan und Behdinan (Botan und Behdinan ist das Gebiet nördlich und südlich der „irakisch-türkischen“ Grenze) finden die schärfsten Ausein-

andersetzungen zwischen der Guerilla und der türkischen Armee statt. Dieses Gebiet spielt für die Guerilla eine strategisch wichtige Rolle. Da die PKK über eine breite Autorität in diesem Gebiet verfügt, plant sie dort die Errichtung einer provisorischen Kriegsregierung für die nähere Zukunft (Erklärung der PKK vom 7. August 1991).

Der Hauptgrund der bisherigen Angriffe der türkischen Armee und der Angaben des Generalstabschefs Dogan Güres: „Wir werden bis zur Vernichtung der PKK weiter angreifen“ ist die Absicht, die geplante Errichtung dieser Regierung verhindern zu wollen.

Obwohl der türkische Staat kurdische Dörfer bombardiert, berichtet die türkische Presse, daß Talabani heute in der Türkei mit türkischen Vertretern zusammenkommt und daß er die militärischen Angriffe begrüßt.

In Bezug auf die Lösung der Kurdenfrage und angesichts der Stärkung der PKK befindet sich der türkische Staat in einer Krise. Die Angriffe auf die kurdische Zivilbevölkerung zeigen, daß versucht wird, das mit den letzten Wahlen bestehende Regierungsvakuum durch eine „Kriegsregierung“ zu ersetzen, obwohl die PKK sich seit längerer Zeit für politische Lösungen bereit erklärt. Der politische Einfluß der PKK hat sich bei den letzten Wahlen noch einmal gezeigt, als über zwanzig Abgeordnete kurdischer Herkunft durch die Basis der PKK gewählt wurden.

Wir rufen die europäischen Regierungen und Parteien dazu auf, gegenüber der Vernichtung des kurdischen Volkes durch die von der NATO unterstützte Türkei nicht zu schweigen und fordern die Entsendung von Untersuchungskommissionen.

Kurdistan-Komitee, 27. Oktober 1991



26. 10.: Demonstration in Düsseldorf. (Bild: af/mz)

ist während der Befragung der Verteidiger geflohen.

Der erste Kronzeuge der BRD flüchtet sich in den 33 StPO und beantwortet Fragen der Verteidigung nicht. In zwei Jahren sind höchstens acht Zeugen angehört worden, auf der Zeugenliste stehen noch weitere 150 Zeugen. Wenn es so weiter geht, wird das Verfahren noch Jahre dauern.

Das Gericht will mit den Steuergeldern dieses Verfahren noch Jahre durchschleppen, um so seine politischen Ziele zu erreichen. Die Entwicklung in Kurdistan und die von der PKK erreichte Machtdimension jedoch ließ alle Pläne gegenstandslos werden. Die PKK repräsentiert in Kurdistan und im Ausland den Willen von Millionen Kurden. Die PKK hat eine Lösung für die Kurdenfrage und erhält Unterstützung des Volkes. Trotzdem wird die PKK in der Anklageschrift als eine vom Volk isolierte „Terrorgruppe“ dargestellt.

Die PKK hat die Proklamation einer Kriegsregierung, die auf ihrer eigenen Macht basiert, auf die Tagesordnung gesetzt. Bei den letzten Wahlen in der Türkei haben die von der PKK unterstützten Kandidaten bis zu 70 % der Stimmen erhalten. All diese Entwicklungen lassen diese Verfahren des Senats und der Staatsanwaltschaft ins Leere laufen. Der deutsche Staat nutzt unsere Freunde als Geiseln und als Mittel zur Erpressung. Diese Herangehensweise ist unglaublich häßlich.

Seit dem Freitag bombardieren die türkischen Streitkräfte zivile Siedlungs-

Der Kampf um gerechte gesellschaftliche Verhältnisse und um gerechte Verteilung der Reichtümer der Erde für alle Völker ist untrennbar miteinander verbunden — muß jetzt und immer miteinander verbunden werden; damit eine wirklich internationalistische Bestimmung dieses Kampfes neu zum Tragen kommen kann — gegen alle Formen von Rassismus und gegen die weltweiten Entwicklungen von Faschismus.

Damit internationalistische Solidarität als Politik und als permanente kontinuierliche Initiative ein konkretes starkes Gegengewicht überall sein kann, mit dem neue revolutionäre Umbrüche und konstruktive Entwicklungen erkämpft werden müssen. Gegen die Unmenschlichkeit und Irrationalität imperialer Machtpolitik, die keine Lösungen für die Menschen zulassen will und eine Ursache von Rassismus und Faschismus ist.

Gegen die tagtäglich stattfindenden Angriffe und Überfälle gegen Menschen aus anderen Ländern; gegen grundsätzliche Opposition; und gegen Menschen, die dem Kapitalismus nicht ins Konzept passen, wird eine neue Entwicklung von konkreter internationalistischer Politik gebraucht.

Es reicht nicht aus, zu demonstrieren und „dagegen zu sein“, der Kampf um revolutionäre Veränderung ist gerade in dieser geschichtlichen Situation auch der Kampf gegen die Irrationalität der Macht und gegen die Zerstörung — mit einer eigenen internationalistischen Orientierung ist das auch immer wieder

Gegenstimmen mehrten sich

Öffentlicher Druck gegen Aufmarsch der Deutschen Liga

München. Nachdem bereits in Köln eine faschistische Veranstaltung vor der Zentralen Anlaufstelle für Asylsuchende (ZAS) verboten wurde und nun in München eine ähnliche Vorhaben geplant ist, wächst der Druck auf die Stadt München, endlich ein Verbot dieser faschistischen Umtriebe auszusprechen.

So heißt es in einem Brief des Ausländerbeauftragten der Evang. Kirche in München, Werner Simon, an den OB: „Ich bitte Sie nachhaltig, daß diese Aktion der Deutschen Liga vom Kreisverwaltungsreferat untersagt wird. Die Ausländerarbeit des Evang.-Luth. Dekanatsbezirks München und die Münchner Flüchtlingsinitiativen können und werden es nicht hinnehmen, daß durch eine derartige Aktion Flüchtlinge verhöhnt werden und in eklatanter Weise die öffentliche Sicherheit erheblich gestört werden wird.“

Klaus Hahnzog MDL (SPD), dessen Bürgerbüro im Stadtteil der ZAS liegt, fordert ebenfalls ein Verbot. „Im derzeitigen Klima der Gewaltbereitschaft“ sollten solche Hetzaktionen strikt untersagt werden.

Bürgermeisterin Csampai (die Grünen) schreibt an das Kreisverwaltungsreferat: „... Sicherlich hätte die Durchführung einer solchen Mahnwache auch eine erhebliche Auswirkung auf das Ansehen der Stadt München. Meiner Meinung nach muß sich die LH München schützend vor die ausländischen MitbürgerInnen stellen. Ich bitte Sie deshalb dringend, zu prüfen, inwiefern hier ein Verbot der Veranstaltung ausgesprochen werden kann.“

Mitte Oktober hatte der Stadtrat in einer von allen Fraktionen verabschiedeten „Erklärung zur Solidarität mit Ausländern“ an die Münchner appelliert, auch weiterhin dazu beizutragen, daß in München ein „ausländerfreundliches Klima“ erhalten bleibe: „Die Bundesrepublik Deutschland ist derzeit Schauplatz von Ausschreitungen und Gewaltakten gegen Ausländerinnen und Ausländer. Wenngleich die vor allem gegen Asylbewerber gerichteten ... Straftaten lediglich einer kriminellen Minderheit ... zuzurechnen sind, darf dennoch nicht geschwiegen werden.“

Geschwiegen wird nicht: Nach einem faschistischen Überfall auf ein Münchner Asylbewerberwohnheim wurde darauf mit einer Spontandemonstration vor das Innenministerium reagiert, an der rund 500 Menschen, unter ihnen viele Schüler einer vorangegangenen Antifaschistischen-Demonstration der Münchner Schülerkoordination, teilnahmen.

Für den 9. November ruft ein breites Bündnis zu einer Demonstration „Heraus gegen Pogrom und Rassismus“ auf. Die Ortsvorstände der IG Medien und von HBV beteiligen sich mit eigenem Aufruf. Der Betriebsrat Kaut-Bullinger hat Kontakt mit der ZAS aufgenommen, um ein Gespräch mit Asylbewerbern aus verschiedenen Regionen mit Betriebsrat und HBV-Mitgliedern des Betriebs zu organisieren, die Presse wird dazu eingeladen. Der Betriebsrat hat ausdrücklich diese Initiative ergriffen, um dem Protest gegen die Provokation der Deutschen Liga Ausdruck zu geben. — (ecg)

Kritik von Gefangenenvvertretung an Antwort des Justizministers

Karlsruhe. Die Gefangenenvvertretung der Justizvollzugsanstalt Bruchsal hat Äußerungen des baden-württembergischen Justizministers widersprochen, daß die zu lebenslanger Haft verurteilten und nach durchschnittlich 18 bis 20 Jahren Freiheitsentzug Entlassenen körperlich und psychisch nicht gebrochen seien. Vielmehr träten irreparable Haftschäden ein, jeder fünfte Gefangene sterbe sogar hinter Gittern. Die Gefangenenvvertretung forderte den Minister auf, für die Abschaffung der lebenslangen Strafe einzutreten. 174 Männer und vier Frauen sitzen derzeit in Gefängnissen in Baden-Württemberg mit lebenslangen Freiheitsstrafen. 18 von ihnen sind seit mehr als 20 Jahren inhaftiert. Die seit 1975 entlassenen männlichen Gefangenen mit lebenslanger Freiheitsstrafe saßen durchschnittlich 18 bis 20 Jahre, Frauen 15 Jahre. — (map)

Protest gegen Diskriminierung von Widerstandskämpfern

Essen. Wie andere Organisationen hat auch die bundesweite Initiativgruppe für die Rehabilitierung der Opfer des kalten Krieges gegen die Diskriminierung antifaschistischer Widerstandskämpfer in der ehemaligen DDR protestiert. In einem Schreiben an Bundesinnenminister Schäuble heißt es: „Die Kürzung bzw. Aberkennung der Renten antifaschistischer Widerstandskämpferinnen und -kämpfer ... wird seitens der Bundesregierung auch deshalb rigoros betrieben, weil sie alle treffen will, die den Versuch wagten, eine gesellschaftliche Alternative ... entgegen dem herrschenden kapitalistischen System zu errichten. Mit dieser Maßnahme setzt die Bundesregierung fort, was sie ... schon in der Hochzeit des kalten Krieges tat ... Mit dem kalten Krieg sollte endlich auch innenpolitisch Schluß sein. Die Opfer des kalten Krieges in der Bundesrepublik Deutschland der 50er und 60er Jahre ... sind zu rehabilitieren und zu entschädigen.“ — (wof)

Schüler demonstrieren gegen Ausländerhaß und Rassismus

München. Am Donnerstag, den 24. Oktober versammelten sich ca. 500 Schüler auf dem Marienplatz, um gegen die Überfälle auf Asylsuchende und Immigranten zu demonstrieren. Die von einer Schülerkoordination „gegen Rassismus und Ausländerhaß“ als „Schweigemarsch“ organisierte Demo, endete mit einigen Schweigeminuten, was allerdings auf Widerstand eines Teils der Teilnehmenden stieß. In dieser Situation sei Schweigen unangebracht! Nach der Schüler-Demo, um ca. 1700 Uhr, fand wegen eines faschistischen Überfalls auf ein Asylantenwohnheim eine weitere Demo mit ca. 1000 Menschen vom Stachus zum Bayer. Innenministerium statt. — (jh, rolin)

Totale Manövereinstellung in der Heide erst 1994

Soltau. Im Rahmen der Truppenreduzierung wollen die britischen NATO-Truppen, die auf Grundlage des Soltau-Lüneburg-Abkommens in einem 345 qm großen bewohnten Areal zwischen Lüneburg und Schneverdingen ganzjährig üben, dort ihre Manövertätigkeit bis Mitte 1994 einstellen. Die Übungen sollen dann auf die Truppenübungsplätze in Bergen-Hohne, Münsingen (Baden-Württemberg), Grafenwöhr (Bayern) und Putlos (Schleswig-Holstein) verlagert werden. Die Entscheidung ist sicherlich u. a. auf den jahrelangen Protest gegen das Abkommen zurückzuführen. Der geforderte sofortige vollständige Rückzug wird verlangsamt. Jahr für Jahr will die britische Armee nur Teilgebiete aufgeben, westlich von Lüneburg beginnend. Die Roten Flächen westlich der Autobahn Hannover/Hamburg sollen erst zuletzt geräumt werden. Hier aber wüten sie besonders heftig. Erst Anfang Oktober verunglückten vier Menschen tödlich, als sie auf einer öffentlichen Straße gegen einen unbeleuchteten britischen Panzer fuhren. Sowohl der Kreisdirektor des Landkreises Soltau-Fallingb. als auch die Schneverdinger Vertreter der Bürgerinitiative gegen noch mehr militärische Belastungen befürchten bei der kommenden Teilräumung eine stärkere Verlagerung der Übungen in den verbleibenden Raum zwischen Schneverdingen und Soderstorf. Die Bürgerinitiative fordert weiterhin sofortige Einstellung der Übungen und plant Aktionen. Andrea Hoops, friedenspolitische Sprecherin der Grünen im Landtag, forderte Klarheit von Bonn über den „Kuhhandel“ mit der britischen Regierung. — (sts)

Bosch-Vertrauensleute: Kein Platz für Ausländerfeindlichkeit!

Stuttgart. Gegen die zunehmenden ausländerfeindlichen Schmierereien an öffentlichen Gebäuden verabschiedete die Vollversammlung der Vertrauensleute des Bosch-Standorts Feuerbach am 16. Oktober 1991 folgenden Antrag: „Die Vertrauensleute werden aufgerufen, sich an einer Reinigungsaktion zu beteiligen. Die Reinigung wird zu einem Zeitpunkt durchgeführt, wo sie von möglichst vielen wahrgenommen wird und wird als unsere Aktion gekennzeichnet.“ Von 10300 Beschäftigten im Werk haben 4000 nichtdeutsche Nationalität. Die Ortsverwaltung der IG Metall Stuttgart unterstützte auf ihrer folgenden Sitzung die geplante Aktion. Als die Stadt Stuttgart die Dringlichkeit der Aktion begriff, ließ sie schnell die provokatorischen Sprüche von einer Reinigungsfirma entfernen. — (rkw)

BI als Anlaufstelle für bedrohte Menschen gegründet

Norderstedt. Wyk auf Föhr: Rund 60 Leute haben Ende Oktober auf der Insel Föhr eine Bürgerinitiative gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit gegründet. Anlaß für das Treffen in Wyk-Boldixum waren vermehrt aufgetretene Ausländerfeindlichkeit und Gewalttätigkeiten auf der Insel in den zurückliegenden Wochen. Wer den Fremdenhaß und die Ausschreitungen nicht hinnehmen will, muß sich zusammenschließen, betonten die Veranstalter. Die Bürgerinitiative will nicht nur eine Gruppe darstellen, die sich gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit ausspricht. Vielmehr soll sie zu einer Anlaufstelle für bedrohte Menschen werden und dementsprechend Hilfe anbieten. — (hel)



Am 10. November wird der Münchner Ausländerbeirat erstmals direkt durch die nicht-deutschen Einwohner gewählt, die über 17 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Von den insgesamt 221 388 Leuten sind 164 335 (74 Prozent) wahlberechtigt. 21 Listen stellen sich zur Wahl, darunter eine Liste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im DGB, mehrere türkisch-kurdische Listen, griechische Listen, eine jugoslawische, eine kroatische und eine serbische Liste.



Köln. Über 60 Gruppen und Organisationen rufen zum Jahrestag der Reichspogromnacht zur Demonstration in Köln auf und unterzeichneten den Aufruf „Kölnerinnen und Kölner gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit.“ Bereits am 9. Oktober (Bild) hatten 6000 Leute gegen faschistische Überfälle und Bedrohungen gegen Asylbewerber protestiert. — (jöd; Bild: af/mz)

Gesamteuropäische Strategie für Endlager

Preußenelektra in Schweden, Frankreich und Osteuropa

Norderstedt. Zum Standort Gorleben ließ die Bundesregierung bereits 1979 verlauten: „Die Verfahren zur Behandlung, Zwischenlagerung und Endkonditionierung radioaktiver Abfälle sind so weit entwickelt, daß an der Mög-

lichkeit ihrer Vervollkommenung zur termingerechten großtechnischen Anwendungsreife kein Zweifel besteht ... Der hochradioaktive Abfall kann so ... angepaßt werden, daß er auch endlagerfähig ist.“

Die Atomindustrie ist noch immer auf der Suche nach dem endgültigen Endlager. Nach den Worten des Vorstandsvorsitzenden Hermann Krämer von dem Elektrizitätskonzern Preußenelektra, dem führenden Hersteller von Atomstrom in der BRD, wird neuerdings eine „gesamteuropäische Strategie“ verfolgt. Die erste Stoßrichtung zielt auf Skandinavien, die zweite auf Frankreich und die Beneluxländer, später komme Osteuropa.

Für Schweden wurden bereits Nägel mit Köpfen gemacht: Vor einigen Monaten hat Preußenelektra ein Aktienpaket des schwedischen Energiekonzerns Sydkraft gekauft, der Miteigentümer des bereits bestehenden Endlagers Forsmark bei Uppsala ist. Dieses Lager habe, so Krämer, im Granitgestein unter der Ostseeküste solche Ausmaße, daß es den Atom Müll ganz Europas fassen könne. Außerdem sei das Problem der Endlagerung dort „hervorragend gelöst“.

Mit dem französischen Staatskonzern Electricité de France (EdF) will Preußenelektra neue Atomkraftwerke in Frankreich bauen und sich so an der staatlich monopolisierten Energiewirt-

schaft beteiligen. Umgekehrt wird der EdF ein 15%-Anteil an dem ostdeutschen Gemeinschaftsunternehmen von Preußenelektra, Bayernwerk und den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken (RWE) angeboten. „Vielleicht in zehn Jahren, vielleicht schon früher“ solle ein gemeinsam entwickelter Reaktor für Greifswald installiert werden. Aber erst einmal müsse das alte Atomkraftwerk sowjetischer Bauart abgerissen werden — so auch nach Gesprächen zwischen Bundesumweltminister Töpper (CDU) und der CDU-geführten Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern. Preußenelektra errichte dann kurzfristig ein Gaskraftwerk und schließlich ein Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle. Das Lager werde so groß sein, daß es unter anderem auch für den Wiederaufbereitungsmüll aus Frankreich ausreiche, den die BRD nach geltenden Verträgen von 1996 an wieder aufnehmen müsse.

Bisher sollte dieser plutoniumhaltige besonders gefährliche Müll in Gorleben in Niedersachsen zwischen- und später endgelagert werden. Das Erzbergwerk Schacht Konrad ist weiterhin für

schwach- und mittelaktive Abfälle vorgesehen, das — so wiederum Krämer — noch „um Stufen sicherer sei“ als z.B. Forsmark in Schweden, wo Wasser eindringt und ständig abgepumpt werden muß. Daß für Herrn Krämer bei so viel Sicherheit und Größe „Kernenergie die Option der Zukunft“ bleibt, ist un schwer zu verstehen. Zu vermuten ist allerdings, daß es um die Durchsetzbarkeit eines End- und Zwischenlagers im eigenen Lande nicht gut bestellt ist.

Zur Zeit wird das Atommüllager Morsleben in Sachsen-Anhalt auch für Westdeutschland als Endlager genutzt. Das Darmstädter Ökoinstitut forderte inzwischen den Bundesumweltminister Töpper „dringend auf“, Morsleben auf keinen Fall weiter zu betreiben, da es undicht und einsturzgefährdet sei. Schwere Vorwürfe gingen auch an die Reaktorsicherheitskommission (RSK), die im Juni dieses Jahres noch den Weiterbetrieb empfohlen hatte und damit gegen ihre eigenen Sicherheitsanforderungen aus dem Jahr 1983 verstoße. Ihr müsse wegen „erwiesener Inkompetenz in Fragen der Endlagerung“ das Mandat entzogen werden. — (cdl)

Unterstützung von Flüchtlingen

Zahlreiche Initiativen — politische Bündelung gewünscht

Berlin. Nach den Vorfällen in Hoyerswerda formierte sich der Widerstand gegen die Angriffe auf Flüchtlinge. Den vertriebenen Asylbewerbern wurde durch Flüchtlingsinitiativen geholfen nach Berlin zu kommen. Sie wurden zunächst in einem Haus der evangelischen Kirche untergebracht. Gegenüber dem Innensenator wurde durchgesetzt, daß sie bleiben können und nicht in andere Lager der ex-DDR verschoben werden.

Zu den regelmäßigen Sammeltransporten zwecks Zwangsverlegung von der Ausländerbehörde aus, finden seit Wochen Aktionen statt. Die Transporte wurden behindert. Durch Information über Widerspruchsrechte konnten Flüchtlinge den Abtransport zumindest hinauszögern. Mit massivem Polizeieinsatz und Verfrachten der Flüchtlinge in Polizeiwagen wurde die Verlegung teilweise gewaltsam durchgesetzt. Darauf erfolgte Anschläge auf ein beteiligtes Busunternehmen rückten in gefährliche Nähe zu faschistischem Vorgehen.

Seit dem 24. Oktober haben zunächst 30 Flüchtlinge mit Unterstützung deutscher Gruppen Seminarräume im Mathegebäude der TU besetzt. Gleichzeitig wurde ein antirassistisches Zentrum in nahegelegenen ASTA-Räumen eingerichtet. Das Zentrum organisiert die vorübergehende Unterbringung von Asylbewerbern, die gemäß dem in der

BRD geltenden Unrecht gegen ihren Willen verschoben werden sollen. Das Zentrum soll für die Flüchtlinge Anlaufstelle sein und gleichzeitig die notwendige Koordination zwischen verschiedenen antirassistischen und antifaschistischen Kräften verbessern. Das Zentrum setzt sich ein für: Bleiberecht und menschenwürdige Unterbringung! Freie Wahl des Aufenthaltsortes! Keine Kasernierung in Sammelagern! Keine Abschiebungen!

Bisher konnte die Umnutzung der Uni-Räume gehalten werden, weil es auch Unterstützung in den Uni-Gremien gibt. Die Uni-Leitung versucht ohne Räumungsdrohung Ersatzangebote zu machen.

Aus verschiedenen Bereichen wurden weitere Aktionen organisiert, so demonstrierten am 17. Oktober über 1000 Studenten aus den Vorlesungen heraus, und am 24. Oktober zogen etwa 700 Schüler nach der Schule in einer Demonstration durch die Stadt. Verschiedene Gewerkschaften hatten zu Aktionen vor Asylheimen aufgerufen. Unter dem Motto „Keine Festung Europa“ protestierten über 500 Teilnehmer gegen die europäische Innenministerkonferenz (30. Oktober in Berlin), die abgestimmte Maßnahmen gegen Flüchtlinge beschlossen hat. — (ard)

Faschistische Presse im Aufwind?

Veranstaltung von Gewerkschaftern und Antifaschisten

Köln. Am 29. 10. fand von der Volkshochschule Köln-Ehrenfeld eine Veranstaltung zum Thema „Auschwitzlüge“ und Großdeutschlandpropaganda — Faschistische Presse im Aufwind? statt. Die Veranstaltung hatte die Volkshochschule (VHS) in Zusammenarbeit mit dem Antifaschistischen Forum, der Fachgruppe Journalismus der IG Medien und der Fachgruppe Buchhandel und Verlage der HBV organisiert. 60 Leute kamen, Gewerkschafter, Antifaschisten, aber auch etliche sachlich interessierte Leute. Die Diskussion leitete D. Haas von der IG Medien.

Der Publizist Matthias von Hellfeld wies in seinem Redebeitrag auf die Parallelen zwischen DVO und CDU während des Bremer Wahlkampfes zum Thema Asylrecht hin und berichtete dann über die Tätigkeiten rechter Blätter wie „Mut“, „wir selbst“, „Junge Freiheit“ und anderen Zeitungen. Er berichtete über die Herausbildung kapitalkräftiger rechter Verlage, in denen auch bürgerliche Autoren veröffentlichten.

Die Vertreterin des Antifaschistischen Forums setzte sich mit der in Köln erscheinenden und bundesweit vertriebenen Zeitschrift „Europa Vorn“ auseinander. Sie berichtete über zahlreiche Artikel und Interviews in dieser Zeitung, die die Massenmorde insbesondere im KZ Auschwitz leugnen. Sie setzte sich

mit den Argumenten auseinander und wies nach, daß die Zeitschrift Europa Vorn inhaltlich keinen Unterschied zu den rassistischen und völkischen Positionen der Nationalsozialisten von 1933 habe.

In der Diskussion gab es eine Kontroverse, ob es nicht richtig sei, Faschisten ihre Standpunkte umfassend darlegen zu lassen, nachdem ein älterer Herr Massenmorde in Auschwitz bestritt und er nach Protesten den Saal verließ. Die Teilnehmer stellten den Referenten verschiedene Nachfragen. Ein Teilnehmer schlug vor, daß sich die Journalisten darum bemühen sollten, Redaktionsstatuten zu erwirken, in denen die Verwendung von rassistischem Vokabular wie z.B. „Asylant“ untersagt werden. D. Haas von der IG Medien unterstützte diesen Vorschlag. Ein Mitglied des PEN-Club forderte dazu auf, sich mit der Hetze gegen Asylbewerber auseinanderzusetzen. Er verwies auf eine Resolution des PEN-Club, die dazu auffordert, Asylbewerber zu schützen.

Weitere Vorschläge wurden gemacht. Ein Großteil der Teilnehmer unterstützte die Rednerin des Antifaschistischen Forums darin, daß auch Widerstandsaktionen gegen faschistische Aufmärsche sehr wichtig sind. D. Haas hielt ähnliche Veranstaltungen wie diese für die zukünftige Zeit für wichtig. — (jöd)

IG Metall-Demonstration für Streichung des §218

Essen. Mitte November findet in Essen die 14. Bundesfrauenkonferenz der IG Metall statt. In diesem Rahmen ruft die IG Metall — unterstützt vom DGB-Landesbezirk NRW — am Freitag, 15. 11. 1991, zu einer Demonstration gegen den §218 auf. In dem kurzen Aufruf heißt es: „Im Parlament liegen Gesetzentwürfe vor, die jeglichen Schwangerschaftsabbruch erschweren und das derzeit geltende Recht noch verschärfen wollen. Wir denken, es ist höchste Zeit, daß Frauen selbst bestimmen und entscheiden können, ob sie ein Kind wollen oder nicht ... Wir fordern: Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs; Streichung des §218 aus dem Strafbuch; Eigenverantwortung und keine Zwangsberatung; Schutz des geborenen Lebens durch eine kinderfreundliche Gesellschaft und Umwelt.“ — (wof)

Gewerkschaft unterstützt Aktionen gegen Rassismus

München. Die Ortsvorstände der IG Medien und von HBV in München beteiligen sich mit einem eigenen Aufruf an der Demonstration gegen Rassismus am 9. 11. Der Ortsvorstand der HBV unterstützt das Aktionsbündnis mit DM 500,- und hat für die Delegiertenversammlung einen Antrag beschlossen. Darin werden alle Betriebsräte von HBV aufgefordert, gegen Rassismus in ihren Betrieben den Widerstand aufzubauen und alle HBV-Mitglieder, sich an Aktionen und Bündnissen gegen Rassismus und Neofaschismus zu beteiligen. Der Betriebsrat von Kaut-Bullinger hat wegen des angekündigten Aufmarsches von Faschisten vor der ZAS Asylanten zu einem Gespräch im Beisein der Presse geladen. — (dar)

AEG-Olympia-Werk Roffhausen wird geschlossen

Wilhelmshaven. Das am 25. 10. veröffentlichte Konzept des AEG-Konzerns sieht eine Schließung des Olympia-Werkes Roffhausen zum 31. 12. 1992 vor. Die 2700 Beschäftigten sollen bis dahin schubweise entlassen werden. Vertriebsnetz und Marke werden verkauft, eine Beteiligung des Landes Niedersachsen wurde abgelehnt. Landeshilfen erwartet Daimler-Benz-Vorstandsvorsitzender Ezzard Reuter allerdings für eine „sozialverträgliche Lösung“ der Massenentlassungen. Eine Delegation von 150 Wilhelmshavener Olympia-Beschäftigten demonstrierte am 18. 10. vor der AEG-Zentrale und der Deutschen Bank, dem Daimler-Benz-Hauptaktionär. Sie forderten, Arbeitsaufträge aus dem Daimler-Konzern in das Olympia-Werk zu verlagern und auf „zukunfts-trächtige Produkte“ umzuorientieren. Am 25. 10. fuhren 1500 Olympia-Beschäftigte in 450 Autos geschlossen von Wilhelmshaven zum Bremer Daimler-Benz-Werk, um dort die Verlagerung von Produkten des Daimler-Konzerns nach Wilhelmshaven zu fordern. Auf einer Betriebsversammlung am 28. 10. kündigte der Betriebsratsvorsitzende Kampfmaßnahmen an. Reuter deutete unterdessen vor dem Club der Frankfurter Wirtschaftsjournalisten eine Dividenderhöhung der Daimler-Benz AG an. Die Schwachstelle des Konzerns, die AEG, könne bald „abgehakt“ werden. Der damalige AEG-Vorstandsvorsitzende, Heinz Dürr, hatte am 14. 11. 88 öffentlich eine Bestandsgarantie für das Werk in Roffhausen verkündet. Nach Mitteilung der Stadt Wilhelmshaven wird sich bei einer Schließung des Werkes die Arbeitslosenquote von 15 auf 28 % erhöhen. — (jot)

Jungheinrich: Mitarbeitererfolgsprämie vereinbart

„Soziale Komponente“ gegen Arbeitgebertabu durchgesetzt

Hamburg/Norderstedt. Am 26. September 1991 fanden mit der Unterzeichnung eines Protokolls zwischen dem Gesamtbetriebsrat und dem Vorstand der Jungheinrich AG die Verhandlungen über die Eckpunkte einer neuen Mit-

arbeitererfolgsprämie (MEP) ihren vorläufigen Abschluß. Die redaktionelle Ausformulierung der gesamten Betriebsvereinbarung zog sich noch über den gesamten Monat Oktober hin. — (hel)

Kurz nach der Umwandlung des Gabelstaplerkonzerns Jungheinrich in eine Aktiengesellschaft im Sommer 1990 schlug der Vorstand dem Gesamtbetriebsrat vor, die Berechnungsgrundlage der bestehenden Mitarbeitererfolgsprämie (MEP) zu verändern. Im Kern ging es um folgende Eckpunkte:

1. Berechnungsbasis sollte das „Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit“ sein, das ist der veröffentlichte Jahresüberschuß vor Abzug der Steuern. 2. Bei einer Ergebnisrendite von 1 bis 4 % gäbe es eine flach ansteigende Mitarbeitererfolgsprämie. Zum Beispiel bei 4 % Rendite wären das 18 % vom persönlichen Einkommen.

3. Bei einer Ergebnisrendite über 4 % gäbe es danach eine steiler ansteigende MEP, z. B. bei 60 Mio DM gäbe es 43 % MEP.

Der Vertrauenskörper der IG Metall hat sich im Zusammenhang mit den MEP-Verhandlungen für eine deutliche Verbesserung der Mitarbeitererfolgsprämie stark gemacht. Er konnte durch Berechnungen nachweisen, daß dieses MEP-Modell des Vorstandes, auf das Geschäftsjahr der durch die DDR-An-

nexion explodierten Gewinne bezogen, einen durchschnittlichen Verlust von DM 740,- MEP bedeutet hätte.

Ein Faktor war stillschweigend geändert worden. Sodann forderte der Vertrauenskörper die Einbeziehung der Auszubildenden und der Rentner in die Mitarbeitererfolgsprämie. Vor allem aber die Schaffung einer sogenannten „sozialen Komponente“, z. B. eines einheitlichen Sockels, damit nicht durch eine rein prozentuale Anbindung der Mitarbeitererfolgsprämie an Lohn und Gehalt die Schere zwischen höher und niedrig Verdienenden weiter auseinanderklafft.

Das Verhandlungsergebnis sieht nun wie folgt aus:

Grundlage der MEP-Berechnung ist der Netto-Umsatz des Konzerns sowie das „Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit“. Die Mitarbeitererfolgsprämie hat drei Bestandteile:

a) Eine Garantieprämie von 8 % des monatlichen Einkommens wird unabhängig von Gewinn und Verlust der Firma mit dem Weihnachtsgeld ausbezahlt. b) Bei einer Rendite von 1 bis 4 % werden 18 % der Jungheinrich Lohn- und

Gehaltssumme zu gleichen Teilen ausgeschüttet. Das sind auf der Basis der Hochrechnung von 1991 für alle gleich DM 840,-. Diese Basisprämie wird mit der Garantieprämie verrechnet.

c) Steigt die Rendite über 4 %, werden in Abhängigkeit vom Mehrergebnis zusätzlich bis zu 37 % vom persönlichen Einkommen ausgezahlt. Für 1991 werden das 27,4 % Mehrergebnisprämie.

Auszubildende des zweiten und dritten Lehrjahres werden in die Mitarbeitererfolgsprämie einbezogen. Ebenfalls werden diejenigen Mitarbeitererfolgsprämien erhalten, die im Laufe des Jahres in Rente gehen.

Bemerkenswert ist an diesem Verhandlungsergebnis die für alle gleiche Basisprämie. Sie widerspricht total der Arbeitgeberverband-Philosophie der „leistungsbezogenen“ Prämien:

Wer z. B. nur 3000,- DM Lohn hat, bekommt so DM 1676 statt nur 1330,- DM. Wer DM 4000,- verdient, erhält so immerhin noch 1950,- statt 1800,-; erst bei DM 5000,- Gehalt bezieht, hätte bei reinen 45 % MEP 2700,- erhalten und muß sich nun mit 2498,- begnügen. — (hel)

Wirtschaftsminister Möllemann will Entlassungen im Bergbau

Essen. Als eine „ganz böse Provokation“ hat die IG Bergbau den von Wirtschaftsminister Möllemann vorgelegten Entwurf eines Energiekonzepts der Bundesregierung bezeichnet. Das Papier läßt die Frage der Fördermenge für Steinkohle weiterhin offen, auch wenn Möllemann sich in Gesprächen bereits auf eine Senkung von heute 68 Mio. auf 50 Mio. Jahrestonnen festgelegt hat. Dafür wird der Entwurf an anderer Stelle deutlich: Möllemann tritt dafür ein, den Begriff der „sozialverträglichen Anpassung“ neu zu definieren und meint damit ausdrücklich Entlassungen. Von den Bergleuten, deren Durchschnittsalter heute bei 33 Jahren liegt, erwartet er „mehr Flexibilität und Mobilität“, konkret die Arbeitssuche in anderen Branchen (was für viele Lohnverlust bedeuten würde) und die In-Kaufnahme weiterer Fahrtwege. — (wof)

Betriebsversammlung VW Wolfsburg

Hannover. Auf der Betriebsversammlung des Wolfsburger VW-Werks am 9. 9. forderte GBR-Vorsitzender Volkerts, daß auch in Zukunft 4000 Fahrzeuge täglich im Werk gefertigt werden müßten und eine echte Zweifertypenflexibilität für den Standort. Volkerts wandte sich gegen eine „Fremdvergabe um jeden Preis“, vor allem in strategischen Geschäftsfeldern (z.B. Entwicklung) sollte der Konzern eigenständig handlungsfähig bleiben. Zur MIT-Studie über die Weltautomobilproduktion sagte Volkerts, daß dort die Arbeitsorganisation angemahnt werde, die der Betriebsrat seit langem verlange. Bei Arbeit in Gruppen brauche die Gruppe wirkliche Kompetenzen von der Arbeitsaufteilung über die Abwesenheitsplanung bis hin zur Arbeitsplatzgestaltung. Der Vorstand solle einer Verlängerung der VW-Altersregelung (58er-Regelung) zustimmen, und es solle vom Angebot an Belegschaftsaktien Gebrauch gemacht werden. — (gka)

Tarifforderungen Gewerkschaft Leder für die Lederbranche

Weinheim. Rahmenforderungen der Tarifkommission: 10 %, mind. 1,20 DM/Std., bzw. 200 DM/Monat, Azubis 100 DM; zügige Angleichung des Tarifniveaus Ost auf 100 %; Arbeitszeitverkürzung (bis 31. 12. gelten 39 Stunden in der Lederwaren- und Ledererzeugenden, bis Ende '92 in der Schuhindustrie). „Das Einkommen hat höchste Priorität ... Die Arbeitgeber sind sowohl wirtschaftlich als auch finanziell in der Lage, diese Forderungen zu erfüllen, denn immer weniger Arbeitnehmer müssen immer mehr leisten ... Deshalb müssen wir den Widerstand brechen, notfalls mit Arbeitskämpfmaßnahmen — dazu ist die Gewerkschaft Leder bereit.“ Quelle: Tarinfo 29. 10. 91 — (bef)

Kurzarbeit, Entlassungen

Metallindustrie in der Region Schweinfurt

Schweinfurt. Nach Rekordjahren bei Produktion und Gewinnen wird seit Frühjahr 1991 die BRD-Wälzlagerindustrie mit Schwerpunkt in der Region Schweinfurt von einem krisenhaften Einbruch erfaßt. Auf der IG Metall-Vertreterversammlung am 10. 11. 91 wurde über die Situation berichtet:

Die zum Teil gravierende Kurzarbeit seit Frühjahr 1991, verbunden mit einer hohen Zahl von vorzeitigem aus dem Arbeitsleben ausscheidenden Arbeitern und Angestellten (57 Jahre plus vier Monate und jünger) hat die Beschäftigungssituation in den Betrieben nicht nachhaltig entschärft. Die erbrachten Opfer über Kurzarbeit und verlustreiches Räumen des Arbeitsplatzes reichen den Geschäftsleitungen nicht aus, es werden zusätzlich betriebsbedingte Kündigungen gefordert.

Bei FAG ist beabsichtigt, ab Oktober 91 weitere 1090 Arbeitsplätze in einigen Werken der KGaA abzubauen. Dieses soll durch Nichtersetzen der natürlichen Fluktuation sowie durch 540 betriebsbedingte Entlassungen, Bereich Lagertechnik, davon alleine 280 Personen in Schweinfurt, schnellstens realisiert werden. Der Antrag auf Massenentlassungen ist von der Geschäftsleitung bereits gestellt. Als Gründe für die geplanten personellen Maßnahmen werden in allen betroffenen Betrieben Auftragsrückgang, besonders stark im Export angegeben. Die Kurzarbeit wird nach wie vor z.T. verstärkt fortgesetzt.

Bei der SKF GmbH eine ähnliche Situation: Kurzarbeit und vorzeitiges Ausscheiden (665) aus dem Betrieb reichen der Geschäftsleitung zur Konsolidierung des Geschäftsablaufs nicht aus. Der hohe Auftragsrückgang sei so entscheidend, daß die Beschäftigung im bisherigen Umfang nicht aufrecht erhalten werden kann. Die Geschäftsleitung hat jetzt angekündigt, 600 Leute über anmeldepflichtige Massenentlassungen loswerden zu wollen.

Bei der Firma Star (Gleitlager) ist für einen Teil der Belegschaft Kurzarbeit angeordnet worden (im Nov. 993 Personen).

Die krisenhafte Entwicklung zeigt sich auch in weiteren Bereichen der regionalen Metallindustrie:

Bei Fichtel & Sachs (Automobil- und Zweiradzulieferer) hat es in einigen Produktionsbereichen (Zulieferung zur Zweiradindustrie, Wandlerbau) Auftragsrückgang gegeben, die, wenn sich kurzum keine positiven Veränderungen ergeben, zu großen Problemen führen können. Nach heutigen Erkenntnissen ist die Einführung von Kurzarbeit wahrscheinlich, es muß vielleicht sogar mit Entlassungen gerechnet werden.

Bei Preh (Elektroindustrie) in Bad Neustadt hat sich der Auftraggeber IBM zurückgezogen. Durch die Herausnah-

me eines IBM-Produkts stehen 50 Arbeitsplätze, die überwiegend von Frauen besetzt waren, nicht mehr zur Verfügung. Über Versetzungen usw. kann zumindest bis März '92 eine Entlassung der Arbeiterinnen rausgeschoben werden.

Konkurs bei der Firma Jopp in Bad Neustadt. Die Firma Jopp ist ein Industriebetrieb, der Präzisionspress- und drehteile, vorrangig für den KFZ-Bereich, herstellt. Zur Zeit sind dort 350 Personen, überwiegend Metallfacharbeiter, beschäftigt. Vordergründiger Anlaß des Konkurses: Am 10. 09. 91 hat die zuständige Hausbank das laufende Konto gesperrt und die fälligen Löhne für den Monat August an die gewerblichen Arbeitnehmer nicht mehr ausgezahlt. Der Konkursverwalter hat jedoch die Überzeugung gewonnen, die Firma kann mit der vorhandenen Struktur weitergeführt werden. Es wird der Belegschaft vorgeschlagen, auch ohne Aussicht auf Lohn für September, der sei durch das Konkursausfallgeld abgesichert, weiter zu arbeiten, bis ein ihm bekannter, von ihm aber nicht benannter Übernehmer, den Betrieb weiterführen werde.

Fa. Heym. Münnerstadt (Jagdwaaffen, Übungsgrenaten für die Bundeswehr), ca. 90 Beschäftigte. Auch hier droht die Einstellung des Betriebs.

Von den Großbetrieben ist bekannt, daß parallel an umfassenden Kostensenkungsprogrammen gearbeitet wird. Insbesondere der indirekte Bereich scheint verstärkt ins Visier zu geraten. Verringerung der Fertigungstiefe (Fremdvergaben) steht auf der Tagesordnung, bei SKF ist z.B. die Schreinerei praktisch aufgelöst, der Werksschutz soll von einer Wach- und Schließgesellschaft übernommen werden. Bei F&S wird das Rechenzentrum zu Mannesmann verlagert.

Die Wälzlagerkonzerne planen große Investitionsprogramme in den nächsten Jahren. In der Automobilzulieferung zeichnet sich eine starke Zentralisation des Kapitals ab. Nach Fichtel & Sachs hat der Mannesmann-Konzern mit Boge einen weiteren Stoßdämpferproduzenten und mit VDO eine Ergänzung zu Kienzle auf dem Sektor Autoelektronik aufgekauft.

Nach innen und außen wird von den Konzernen eine Propaganda geführt, die Lohnerhöhungen 1991 zur Ursache der Krise abstempeln und die vereinbarten Arbeitszeitverkürzungen in 1993 und 1995 zur Verhinderung noch schlimmerer Entwicklungen nicht in Kraft treten zu lassen. Druck auf die Tarifrunde 1992 wird so bereits aufgebaut.

Betriebsräte und IG Metall setzen bisher vor allem auf Verzögerung und Proteste auf Betriebsversammlungen — (pes, cls)



Karlsruhe. Anfang Oktober traten in Baden-Baden erneut die Konzernspitzen von Daimler-Benz und Mitsubishi zusammen. Das Treffen diente vor allem dazu, die Aufteilung der Märkte im Osten sowie gemeinsame Expansionsvorhaben in Osteuropa und der Sowjetunion abzustimmen. Damit knüpfen die beiden Konzerne wieder nahtlos an der Politik der faschistischen Achsenmächte an. — (map)



Köln. Die Proteste gegen die bevorstehenden Haushaltskürzungen gehen weiter. Am 31. Oktober protestierten 500 Jugendliche während der Ratssitzung gegen die Einsparungen im Jugendbereich. Sie übergaben Ratsmitgliedern eine Torte: „Eßt den Kuchen, nicht die Kinder“. — (jöd)

Aus Ländern und Gemeinden

Keine Kontrollen von Asylbewerber

Köln. Der örtliche Caritas-Verband protestiert dagegen, daß Kölner Regierungspräsident Antwerpes und die Kölner CDU überlegen, Asylbewerber beim Bezug von Sozialhilfe besonders zu kontrollieren, z.B. durch regelrechtes Antreten: „Unseres Erachtens ist es unsinnig, bezüglich der Sozialhilfeauszahlung irgendwelche Sonderregelungen für Asylbewerber/innen einzuführen, da der Schaden den Nutzen überwiegt. Der Mißbrauch von sozialen Leistungen liegt bei dieser Gruppe nicht höher als bei anderen Bevölkerungsgruppen ... Tendenzen, diese Menschen zu diskriminieren, müssen entschieden zurückgewiesen werden.“ In Aachen hatte es solche Kontrollen gegeben. Sie sind inzwischen auch wegen zahlreicher Proteste eingestellt worden. Auf Nachfrage beim Büro der Sozialdezernentin der Stadt Köln, Frau Dr. Christiansen, teilte ein Sachbearbeiter mit, daß bisher an solche Regelungen seitens der Stadt Köln nicht gedacht sei. Ob Asylbewerber besonders kontrolliert werden, ist nach Auskunft des Büros nicht Landersache, sondern ausschließlich Recht der Kommunen. — (jöd)

Kein Stadtrat der Rep im KDV-Prüfungsausschuß

Ulm. Rep-Stadtrat Holzner bekam im Gemeinderat keine Zweidrittelmehrheit für seine Wahl als Beisitzer in den Prüfungsausschüssen zur Anerkennung von Kriegsdienstverweigerern. Gegen ihn stimmten Grüne, SPD und die FDP-Bunte-Fraktionsgemeinschaft. Unterstützt wurde er von CDU und Freien Wählern, die völlig unkorrekt behaupteten, daß Holzner das Amt durch den Fraktionsstatus der Rep zustehe würde. Gefordert sind jedoch geeignete, „erzieherisch befähigte“ Personen. Der Vorschlag für seine Wahl stammt aus dem Jugendwohlfahrtsausschuß, wo kein Stadtrat Einspruch gegen Holzner erhoben hatte. Eine Stadträtin der Grünen forderte jedoch in der Gemeinderatsitzung die Abstimmung. — (elr)

Gewerbesteuer: Einnahmen sinken weiter

Stuttgart. Auf der nächsten Gemeinderatssitzung wird der Haushaltsentwurf für 1992 vorgelegt. Der Anteil der Gewerbesteuer an den Einnahmen der Stadt sinkt weiter, 1992 voraussichtlich um 35 Mio. DM. Maßgeblich verantwortlich sind Umstrukturierungen der Konzerne, so hatte beispielsweise die AEG-Übernahme durch Daimler 1989 Mindereinnahmen für die Stadt von 100 Mio. DM zur Folge. Jede Neugründung und Verlagerung — wie die jetzt von Bosch betriebene Verlagerung der Scheinwerferfertigung in die ehemalige DDR — verursacht weiter sinkende Einnahmen. Für Großprojekte wie die IGA oder die Leichtathletik-Weltmeisterschaft 1993, die die Bedeutung der High-Tech-Weltstadt Stuttgart unterstreichen sollen, ist dennoch kein Aufwand zu hoch. Solche Vorhaben sind nicht gemeint, wenn der CDU-Fraktionschef von den Gemeinderäten „Entschlußkraft zum Neinsagen“ fordert: vielmehr scheinen Gebühren-erhöhungen zu Lasten der lohnabhängigen Haushalte schon ausgemacht. Einzig die Grünen wollen über eine Erhöhung des Gewerbesteuer-Hebesatzes sprechen. — (evc)

Braunschweig: Grüne mit FDP im Bündnis

Braunschweig. SPD, FDP und Grüne haben in Verbindung mit der Oberbürgermeisterwahl eine „Vereinbarung für die Wahlperiode 1991 bis 1996“ getroffen. Unter der Überschrift „Stärkung der Wirtschaft“ heißt es: ... konstanter Gewerbesteuerhebesatz, Erschließung der gesamten Fläche „Hafen-Nord“ für Ansiedlungen ... An anderer Stelle: Unterstützung des Baus einer Mehrzweckhalle durch einen privaten Investor. Solche eindeutigen Festlegungen zugunsten von Kapitalinteressen waren in der letzten Vereinbarung zwischen SPD und Grünen noch nicht zu finden. Zu einer zentralen Forderung der Grünen, wie der Errichtung einer dritten Integrierten Gesamtschule, wurde nur die „prinzipielle Absicht“ festgeschrieben. — (hah)

Mieterbund fordert Erhöhung des Wohngeldes

Oldenburg. Der Vorstand des Mieterbundes, Landesverband Niedersachsen-Bremen, forderte auf seiner Oldenburger Tagung die Erhöhung des Wohngeldes, da die Mieten seit der letzten Anpassung um mindestens 10 Prozent gestiegen sind. Der Mieterbund kritisierte auch die Bestimmung, daß nicht die Mieter, sondern die Vermieter die Anträge stellen müssen. Das Wohnungsbauprogramm der Bundesregierung wird vom Mieterbund als völlig unzureichend eingeschätzt, unter anderem wegen der Bevorzugung der Spitzenverdiener beim Eigenheimbau. — (jot)

CSU will Neugestaltung der Selbsthilfeförderung

München. Nach der Pressekampagne der CSU gegen eine Reihe von Selbsthilfegruppen und Projekten wurde nun von ihr ein Stadtratsantrag zur Neugestaltung der Selbsthilfeförderung gestellt. Danach soll es nur drei Förderbereiche geben:

1. Unterstützung bei Sach- (z.B. Miet- und Bürokosten) und Personalkosten für Eltern-Kind-Initiativen aufgrund des Defizits an Kindergarten-, Krippen- und Hortplätzen in München.
2. Förderung der Sachkosten und in begründeten Einzelfällen von Personalkosten für Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich.
3. Unterstützung bei Sachkosten für soziale Selbsthilfeprojekte, die im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe Unterstützung benötigen und für die soziale Situation in München von herausragender Bedeutung sind. Dabei soll es sich ausschließlich um folgende Gruppen handeln:
 - Förderung des Zusammenlebens gesunder und kranker, behinderter und nichtbehinderter Menschen
 - Förderung des Miteinanders von alten und jungen Menschen
 - Initiative von ausländischen für ausländische Mitbürger und Mitbürgerinnen sowie solche zur Förderung des Zusammenlebens mit ausländischen Personen.

Personalkosten werden nicht gefördert. Begründet wird dieser Antrag u.a. damit, daß statt echter Hilfe zur Selbsthilfe die „Entfaltung von sozialen Nischen und Subkulturen unterstützt wird, während die eigentlich Benachteiligten auf der Strecke bleiben“.

— (acr, ccc)

Gebühren-Coup und Streichkonzert

Stadtverwaltung Konstanz legt Haushaltsentwurf für 1992 vor

Konstanz. Obwohl die Stadtverwaltung in den vergangenen Jahren die Gebührenschraube immer enger gezogen hat, will sie in diesem Jahr die Bevölkerung weiter schröpfen. Ein Blick in den jüngst vorgelegten städtischen Haushaltsentwurf 1992 ist geeignet, einen das Gruseln zu lehren. Wenn das, was die Verantwortlichen bei der Stadt ausgeheckt haben, im Gemeinderat eine Mehrheit findet, könnte Oberbürgermeister Horst Eickmeyer (er rechnet sich den Freien Wählern zu) in Sachen Gebührenplünderung einen neuen traurigen Rekord für sich reklamieren.

Stützen kann sich der OB bei diesem Vorhaben auf die Landesregierung, die nach Aussagen von Sozialdezernent Hansen (CDU) erst jüngst wieder kommunale Fördermittel gekürzt hat und weitere Kosten nach unten abwälzen will. In ihrem Haushaltsplan-Entwurf, so gibt das lokale Monopolblatt *Südkurier* die Äußerungen der Verwaltung wieder, sei man der Aufforderung des Finanzausschusses nachgekommen, „alle denkbaren Einnahmeverbesserungen aufzuzeigen, um die finanzielle Situation der Stadt zu verbessern“. In aller Deutlichkeit zeigt sich inzwischen, daß die Werktätigen nicht nur durch die Erhöhung zentraler Steuern und Abgaben für die Usurpierung und Ausgestaltung der ehemaligen DDR nach den Wünschen des BRD-Monopolkapitals zahlen, die Sache wälzt sich bis auf kommunale Ebene herunter: Das Land enthält den Kommunen Gelder vor, um sie für die Kolonisierung der DDR zu verwenden; gleichzeitig feuert es die kommunalen Verwaltungen an, diese Kürzungen durch Gebührenerhöhungen wieder reinzuholen.

In Konstanz soll dies die Bevölkerung erneut Millionen kosten. Einnahmen von insgesamt 245 Mio. DM will die Stadt im kommenden Jahr für den Verwaltungshaushalt kassieren; 1991 waren es noch 224 Mio. An Ausgaben sieht er 216 Mio. DM vor (1991: 199 Mio.), 28

Mio. sollen in den Vermögenshaushalt fließen, in dem die städtischen Investitionen zusammengestellt sind. Davon verschlingen erneut Luxussanierungen den Löwenanteil, bei denen es sich entweder um Großprojekte handelt, die Konstanz für den Tourismus attraktiver machen sollen, oder um Projekte, die direkt Kapitalisten zugute kommen, wie etwa eine Kundentiefgarage in der Innenstadt für den Hertie-Konzern. Die 6,84 Mio. DM Mehreinnahmen, die der Verwaltungshaushalt '92 vorsieht, will die Stadt wie folgt hereinholen: 2,3 Mio. DM soll die Anhebung des Zinssatzes bei der Verzinsung des städtischen Eigenkapitals von sechs auf acht Prozent bringen. Rund 2,6 Mio. DM zusätzlich will die Eickmeyer-Verwaltung über Gebühren- und Steuererhöhungen hereinbekommen, die zu ihrem Gros die werktätige Bevölkerung zu berappen haben wird. Anheben will die Stadt die Bestattungsgebühren (plus 565 000) und die Eintrittspreise für die Bäder (226 000). In die Höhe gehen sollen die Feuerwehrabgabe (100 000) und die Grundsteuer (705 000), die von den Wohnungsbesitzern voll auf die Mieter überwälzt wird (— auch ein Beitrag zur Bekämpfung der Wohnungsnot). Neu einführen will die Verwaltung Eintrittsgebühren in den vier (700 000) Strandbädern sowie eine Kurtaxe (300 000). Schließlich gehts auch den Hundebesitzern an den Geldbeutel, die bei der Hundesteuer für ein Plus von 40 000 DM sorgen sollen.

Doch damit nicht genug. Der kommunale Versorgungsbetrieb Stadtwerke will ebenfalls zulangen: Im Busverkehr sind höhere Preise für Mehrfach- und Monatskarten vorgesehen. Teurer werden sollen auch die Tarife der Fähre Konstanz-Meersburg, auf die viele Pendler angewiesen sind. Für Gas und Wasser soll die Bevölkerung ab nächstem Jahr ebenfalls tiefer in die Tasche greifen müssen. Und um das Maß voll zu machen, plant die städtische Wohnungsbau-genossenschaft WOBAK Mieterhö-

hungen. Da ist es nur ein schwacher Trost, daß der Verwaltungsentwurf in diesem Jahr auch eine Erhöhung der Gewerbesteuer um 20 Punkte vorsieht, die mit 1,9 Mio. DM Plus zu Buche schlagen soll.

Ob es sich dabei um mehr als eine Absichtserklärung handelt, muß sowieso dahingestellt bleiben. Denn es ist nicht der erste Vorstoß der Stadt, die einzige Steuer zu erhöhen, die die Kapitalisten direkt belastet. Meistens machte die Bürgerblockmehrheit diesen Versuchen ein schnelles Ende. Die Chancen, daß diese Steuererhöhung auch 1992 auf der Strecke bleibt, sind groß, gerade auch wegen der flauen Konjunktur.

Parallel zu den Gebührenerhöhungen hat man im Rathaus kräftig den Rotstift angesetzt. Die Stadt habe im Entwurf „angesichts der schon frühzeitig erkennbar gewordenen Zuspitzung der Finanzlage die Ausgabenansätze einer sehr strengen Prüfung unterzogen“. Fast 2 Mio. DM sollen so von den ursprünglich angemeldeten Anforderungen gekürzt worden sein. Die Verwaltung will offenbar — womöglich um größeren Krach zu vermeiden — den Haushalt früh unter Dach und Fach bringen. Schon am 17. Oktober hat sich der Finanz- und Wirtschaftsausschuß mit dem Zahlenwerk befaßt, der *Südkurier* registrierte dabei mehr „Gemeinsamkeiten als Gegensätze“. SPD und Freie Grüne Liste haben jedoch angekündigt, sie wollten den Haushalt ablehnen. Die Grünen fordern den Verzicht auf noch nicht begonnene Großprojekte und bei den Gebühren die Einhaltung des Verursacherprinzips. Die SPD-Fraktion erklärte das Scheitern des Haushalts gar zur „Notwendigkeit“. Fraktionsvorsitzender Leipold forderte eine „Generalsanierung der städtischen Finanzen“, bei der es ohne „harte unpopuläre Maßnahmen“ nicht abgehen werde. Für wen, hat er nicht gesagt. Schön wäre es, wenn sich außerhalb des Rathauses so etwas wie Protest rühren würde. — (jög)



Auf die Fähre Konstanz-Meersburg sind viele Pendler angewiesen; Auch sie soll nach den Plänen der Stadtverwaltung Konstanz teurer werden.

Essen: Privatisierung bei der Stadtverwaltung

Widerstand unter den Betroffenen und in der ÖTV nach wie vor stark

Essen. Seit mehreren Jahren tritt die Spitze der Essener Stadtverwaltung — angefeuert von CDU und FDP — für weitreichende Privatisierungsmaßnahmen ein. Die städtische Wirtschaftsförderung wird inzwischen von einer GmbH wahrgenommen, an der die Sparkasse und die im Verein zur Förderung der Essener Wirtschaft zusammengeschlossenen Kapitalisten beteiligt sind. Jetzt geht es um Dienstleistungen wie Reinigung, Rathaus-Kantine, Stadtgärtnerei und das Kinderkurheim Borkum.

Anscheinend soll bei den Haushaltsberatungen für 1992 eine Entscheidung vor allem für den Reinigungsdienst herbeigeführt werden. Etwa 500 000 DM will der Oberstadtdirektor durch die Fremdvergabe jährlich einsparen, ein Drittel der 1 200 städtischen Putzfrauen soll abgebaut werden. Zwar soll niemand entlassen werden, abgesehen von den zu erwartenden Umsetzungen werden die Dumpingbedingungen privater Putzfirmen jedoch auf die bei der Stadt verbleibenden Putzkräfte zurückwirken.

Ein wesentliches Anliegen der Stadt ist die Senkung des Krankenstandes von

bis zu 18 % bei den Reinigungskräften im Rathaus. Obwohl ein hoher Krankenstand auf eine hohe Arbeitsbelastung hinweist, soll letztere erhöht werden. So muß eine Reinigungskraft bei der Stadt heute 170 qm pro Stunde reinigen. Nach Verträgen mit Privaten, die die Stadt in einigen Teilbereichen bereits hat, dürfen bis zu 240 qm verlangt werden. Hinzu kommt: Der von privaten Reinigungsfirmen angewendete Tarifvertrag der IG Bau sieht niedrigere Löhne vor, als der der ÖTV. Erst Anfang des Jahres konnte die ÖTV Strukturverbesserungen für Reinigungskräfte durchsetzen, u.a. bei Teilzeitarbeit.

Entsprechend hartnäckig ist der Widerstand der Putzkräfte. Sie nutzten mehrere Personalversammlungen, rund 400 demonstrierten im Juli bei einer Ratssitzung. Die ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz bekräftigte am 18.9.1991 ihre grundsätzliche Ablehnung von Privatisierung und forderte die Rückführung bereits privatisierter Bereiche in die Eigenverantwortung der Stadt.

In der Begründung des Beschlusses der Kreisdelegierten heißt es: „Die Fol-

gelasten einer solchen Politik (der Privatisierung, d.Red.) werden nicht in die Betrachtungen einbezogen. Bei schlechterer Arbeitsleistung leidet das öffentliche Eigentum mit der Folge höherer Investitionsaufwandes ... Bei Ausbeutung von Beschäftigten ergeben sich schwere gesundheitliche Schäden, die zur Arbeitslosigkeit bei nicht vorhandener Einsatzfähigkeit führen. Die nicht vorhandene soziale Absicherung wegen geringfügiger Beschäftigung oder Schwarzarbeit in diesen Bereichen führt zu erhöhten Sozialhilfaufwendungen.“

Mitte Oktober wollte der Arbeitskreis Personal der SPD-Mehrheit die Privatisierung des Reinigungsdienstes dennoch absegnen. Er schob seine Entscheidung auf, nachdem die Mitglieder der SPD im Personalrat der Stadt mit Parteiaustritt drohten. Sie erinnerten die SPD auch an ihre eigenen Leitlinien zur letzten Kommunalwahl 1989, in denen es heißt: „Der Weg in die Privatisierung kommunaler Dienstleistungen ist für Sozialdemokraten kein geeignetes Mittel zur Konsolidierung der Gemeindefinanzen.“ — (wof)

Land ohne Bauern?

Beiträge aus Thüringen, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern zur Lage der Landwirtschaft

Thüringen. Nach über einem Jahr „deutscher Vereinigung“ und fast einhalb Jahren Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion wirkt der Ausspruch des Bundeskanzlers „Keinem soll es schlechter gehen als vorher“ für breite Bevölkerungsschichten in den fünf neuen Bundesländern schlicht und einfach grotesk. Zwar wurde die Währungsunion vollzogen, von der Wirtschafts- und Sozialunion bleiben nach wie vor im Prinzip Appelle an die Bevölkerung, daß alles besser werden würde, und an die Industrie der alten Bundesländer, doch endlich im Osten zu investieren.

Dazu tut die Treuhand ihr Übriges, um Volksvermögen der ehemaligen DDR zu verschleudern und den Grundsatz, soviel sanieren wie möglich und soviel privatisieren wie notwendig, ins Gegenteil zu verkehren und die soziale Situation in den fünf neuen Bundesländern zu verschärfen.

Auch die ostdeutsche Landwirtschaft bleibt von den „Selbstregulierungsmechanismen des Marktes“ nicht verschont. Einkommensverluste in Millionenhöhe, niedrige Erzeugerpreise, spärlicher Fluß von Förderungsmitteln und Arbeitskräftefreisetzung mit allen negativen sozialen Folgen sind nur einige Schwierigkeiten, mit denen die Bauern bei der ohnehin schleppenden Umstrukturierung zu kämpfen haben. Diesen

Schwierigkeiten sind im Prinzip sowohl Genossenschaften als auch Wiedereinrichter (I) ausgesetzt. Von dem oft zitierten Augenmaß im Prozeß der deutschen Vereinigung spricht heute keiner mehr.

Vor diesem Hintergrund fand vor einigen Tagen in Kauern (Thüringen) ein Forum mit dem Bundestagsabgeordneten der PDS, Dr. Fritz Schumann, zu Problemen der Landwirtschaft statt, das sich in seinem Verlauf als außerordentlich interessant und die konkreten Probleme der Bauern berührend erwies.

Neben einer Lagebestimmung ging es vor allem auch um mögliche konzeptionelle Ansätze zur Perspektive der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes, insbesondere in Ostdeutschland. Das erscheint gegenwärtig schwer genug, ist aber unseres Erachtens dringend geboten.

Diskutiert werden z. B. solche Fragen wie:

- Sind die eingetragenen Genossenschaften eine generelle Lösung oder ein Schritt auf dem Weg zu einem neuen Agrarkonzept für die Bundesrepublik?
- Kann die stetige Steigerung der Arbeitsproduktivität alleiniger Maßstab für die Entwicklung der Agrarproduktion, insbesondere einer ökologisch orientierten, sein?

— Geht es in der jetzigen Agrarpolitik gegenüber den fünf neuen Bundesländern um wirkliche Schaffung wettbewerbsfähiger Strukturen oder um Ausschaltung von Konkurrenz?

Weiterhin wurden solche Probleme wie Pachten, bürokratische Hemmnisse bei der Umstrukturierung, die Möglichkeiten der Schaffung von alternativen Arbeitsplätzen im ländlichen Bereich usw. diskutiert. Interessant war in diesem Zusammenhang die Bemerkung von Fritz Schumann, daß ein Antrag im Agrarausschuß des Bundestages zur Verlängerung von Pachtfristen bei der Pacht treuhänderisch verwalteten Bodens durch LPG über ein Jahr hinaus an der Ablehnung der ostdeutschen Vertreter in diesem Ausschuß und nicht ihrer Kollegen aus den Altbundesländern scheiterte. Hier sei die Frage erlaubt, wer eigentlich wessen Interessen vertritt.

Die PDS jedenfalls wird in den nächsten Wochen ihr Agrarkonzept in der Öffentlichkeit zur Diskussion stellen.

Zu wünschen wäre es, daß sich alle, die an einer Perspektive der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern, an der Gestaltung durch die ostdeutschen Bauern selbst interessiert sind, über parteipolitische Grenzen hinweg verständigen.

Wir werden uns im Kreistag für ein solches Herangehen einsetzen.



Die sozialen Folgen der Umstrukturierung treffen die Landfrauen besonders hart.

Eines steht jedenfalls fest: Eine Interessenvertretung der ostdeutschen Bauern, die nicht ihr aktives Mittun bei der Klärung der sie betreffenden Fragen beinhaltet, bringt keine Lösung für die Probleme der Menschen auf dem Lande.

Burkhard Michaelis, Kreistagsabgeordneter Gera-Land, Fraktion der PDS

(I) Bauern, die jetzt den Versuch machen, sich aus den Genossenschaften herauszulösen und privat zu wirtschaften.

Zum zweiten Mal enteignet

Aktuelle Debatte zur Lage in der Landwirtschaft Sachsens auf der 29. Sitzung des Landtags

In Vorbereitung der aktuellen Debatte diskutierte die Fraktion LL-PDS vor Ort mit Vertretern der LPG „Schönfelder Hochland“ sowie des Sächsischen Bauernverbandes Situation und Perspektiven landwirtschaftlicher Unternehmen. Die so angereicherte Analyse legte Detlef Wehnert, landwirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion, dem Landtagsplenum am 24. Oktober 1991 dar (Auszüge):

Der Streit um „das Erbe der Genossenschaften“ ist mit dem Landwirtschafts- anpassungsgesetz zum „offenen Krieg“ zwischen Landeigentümern und landlosen LPG-Mitgliedern ausgebrochen. Sie fühlen sich um ihre gerechten Anteile

am Vermögen geprellt. Ungeklärte Eigentumsansprüche, ungeklärte Rechtslage, einstweilige Verfügungen und Strafanzeigen stehen auf der Tagesordnung und bestimmen den Alltag. Alle gemeinsam werden von westdeutschen Agrarunternehmen und der Nahrungsmittelindustrie von bestem Boden und Marktanteilen verdrängt und um den gerechten Preis für ihre Produkte betrogen. Der Versuch, mit dem Landwirtschafts- anpassungsgesetz altes Unrecht mit neuen Gesetzen zu tilgen, ist gründlich mißlungen. Recht und Gerechtigkeit liegen weiter auseinander als jeher. Anwälte und Unternehmensberater haben Hochkonjunktur, nicht immer sind es die seriösesten.

Auszahlungsansprüche bleiben eine meist leere Versprechung, da erst der Ausgleich der Altschulden zu tilgen ist. Diese sogenannten „Altschulden“ sind nun Fremdkapital, demgegenüber das „Eigenkapital“ (Inventarbeiträge und Anteile der Mitglieder) zurückzustehen habe. Das heißt, wo Altschulden auf den Betrieben sind, werden die Bauern jetzt ein zweites Mal enteignet — diesmal von den Banken.

Konsequenz: Der Staat entlastet nicht, um die Bauern und ihre Betriebe überleben zu lassen, sondern um den Banken langfristig ihre Kunden zu sichern. Es wundert denn auch nicht, wenn die Fraktion der CDU im April dieses Jahres den von mir und meiner Fraktion gestellten „Dringlichen Antrag zur Wertberichtigung der Produktionsmittelkredite und Besserungsscheinregelung nach § 16, Abs. 3 des DM-Bilanzgesetzes“ mehrheitlich ablehnte.

Wenn der Amtskollege des Herrn Staatsministers in Brandenburg erwartet, daß „bei drei Viertel aller LPG-Nachfolger noch in diesem Jahr der Konkurs angemeldet wird und damit das

Chaos ausbricht“, mutet es verwunderlich an, wenn in Sachsen die Euphorie Einzug hält.

Auf einem nichtöffentlichen Hearing bzw. einer internen Anhörung der Treuhand zur Schuldenfrage landwirtschaftlicher Betriebe in den neuen Bundesländern am 18. September 1991 erklärte der Vertreter aus dem sächsischen Staatsministerium, daß von 500 vorliegenden Entschuldungsanträgen mit einem Kreditvolumen von 1,1 Mrd. DM nur 231 Anträge mit einem Kreditvolumen von 249 Millionen DM — das sind 22,6 Prozent des angemeldeten Bedarfs — genehmigt wurden. In allen anderen vier neuen Bundesländern liegen die Quoten der Antragsgewährung durch die Länder bei 50 Prozent.

Parallel dazu aber wies der gleiche Vertreter aus Sachsen auf die Konsequenz der Nichtentscheidung hin: „In diesem Falle würden per 1. Januar nächsten Jahres 80 000 Menschen arbeitslos, es werde einen Preisbruch infolge des Marktzuganges von Konkursinventar und eine Krise von Neugründern sowie große Brachflächen geben.“

Angesichts der fast unüberwindlichen Hemmnisse, die aus ungeklärten Eigentumsfragen, fehlender Strukturkonzeption der Regierung, fehlenden Rechtskenntnissen, Mängel an Information, fehlendem Entschädigungsgesetz, aber

auch Umstrukturierung der Ämter und Behörden resultieren, waren und sind ein Teil der Genossenschaften nicht in der Lage, gesetzliche Bedingungen und Fristen einzuhalten. Das hat zur Folge, daß Möglichkeiten der Entschuldung, Finanzhilfen über Landesbürgschaften, Ausreichung von Fördermitteln, aber auch in Millionenhöhe noch nicht bezahlte Exportgelder für die Lieferung von Kartoffeln und Schweinen aus dem Jahre 1990 nur eine unzureichende Bilanz zulassen.

Viele Bauern und Landeigentümer sind sich nach wie vor der Tragweite von Liquidation und Konkurs nicht bewußt. Sie erkennen zu spät, daß nicht die Eröffnungs-, sondern die Liquidationsbilanz den Wert ihres Eigentums bestimmt.

Deshalb fordern wir als Fraktion die Staatsregierung auf — entgegen der CDU-Fraktion —, gegenüber dem Bund den Antrag des Landtages Brandenburg zu unterstützen, daß den Genossenschaften zur Umstrukturierung und damit dem bäuerlichen Eigentum auch nach dem 31. 12. 1991 eine gesetzliche Chance gegeben wird. Nur so wird eine ungeordnete Auflösung ohne Rechtsnachfolge verhindert.

(Aus: Informationsdienst der PDS Sachsen, 7. 11. 91)

Kommentiert

Die Geschichte hat mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion wahrscheinlich eine schnellere Gangart eingeschlagen. Der äußere Eindruck zeigt an, daß alles zum Kapitalismus zurückdrängt, er eine Dominanz erreichen wird, wie er sie noch nie vorher hatte.

Aber die Entwicklung geht weiter, sie kann nicht stehenbleiben. Die Frage aller Fragen ist, ob der Kapitalismus auch in der Zukunft in der Lage ist, das erforderliche Entwicklungsgleichgewicht zu halten. Die sichtbaren Disproportionen zwischen den Arbeitssuchenden und den Arbeitsplätzen, der landwirtschaftlichen Produktion und dem Verbrauch landwirtschaftlicher Produkte, zwischen der Anzahl der produzierten Autos und den Erfordernissen des Umweltschutzes usw. usw. zeigen Tendenzen an, die Schlimmes befürchten lassen.

Ungelöste Probleme im Innern eines Landes können nie ohne Einfluß auf die äußeren Faktoren bleiben. Im Nahen Osten scheint sich jetzt, trotz aller Gegensätze, eine Möglichkeit zu bieten, den Frieden etwas sicherer zu machen. Land gegen Frieden, lautet die Devise. Da es keine andere Lösung ohne die Vernichtung einer der sich bekämpfenden Seiten geben kann, wird sich früher oder später nur eine Lösung in der Richtung des Interessenausgleiches finden lassen. Die Möglichkeit, ein den realen Bedingungen angepaßtes Gleichgewicht zu schaffen, besteht, ob sie genutzt wird, ist noch offen. Einsicht in die Notwendigkeit, lautet eine Formel, die die Situation ziemlich genau beschreibt.

Krieg gibt es gegenwärtig auch in Jugoslawien. Die Ursachen dieses

Krieges unterscheiden sich bei genauerem Hinsehen nicht wesentlich von den Ursachen des Krieges im Nahen Osten. Die Dominanz, die Vorherrschaft, der Kampf darum, besser als andere zu leben, ist der treibende Hebesatz, der alle Vernunft beiseite schwemmt, das Entwicklungsgleichgewicht aus der Bahn wirft. In Jugoslawien brechen nach 40 Jahren nationalistisch geprägte Verhältnisse wieder auf, die längst begraben schienen. Die Wiederauferstehung des Nationalismus — nicht als nationale Befreiung, sondern als Bereitschaft zu nationaler Unterdrückung — ist keine Erscheinung, die im Selbstlauf entstanden ist. Er bildete auch einen wesentlichen Schlüssel bei der praktischen Veränderung der Machtverhältnisse in den Ländern des „realen“ Sozialismus.

Orte, Regionen in der Welt, in denen sich ähnliche Verhältnisse wie in Jugoslawien anbahnen oder schon vorhanden sind, gibt es nicht wenige. Allein in der zerfallenden Sowjetunion sind ähnliche nationalistische Erscheinungen eher verstärkt zu erwarten als auszuschließen. Und es wäre wahrscheinlich ein sehr verhängnisvoller Fehler, die Augen zu schließen und zu glauben, daß die Verhältnisse von Krieg und Zerfall nur auf die Länder beschränkt bleiben werden, die jetzt vordergründig davon betroffen sind. Zu begegnen ist der Herausforderung an das Entwicklungsgleichgewicht nur mit Augenmaß, exakter Kenntnis dessen, was wirklich vorgeht, und der Bereitschaft, die Maßnahmen zu treffen, die zu wirklichen Veränderungen führen. Gegenwärtig kann man allerdings den Eindruck gewinnen, daß die Menschheit alle schon gemachten Erfahrungen nur dann zur Kenntnis nehmen will, wenn sie neu gemacht worden sind! — (W.T.)

Die Lage der ostdeutschen Landwirtschaft ist katastrophal

Mecklenburg-Vorpommern. Mit der Einführung der DM wurde die nicht wettbewerbsfähige DDR-Landwirtschaft von heute auf morgen in das Wirtschafts- und Währungsgebiet der BRD und damit in den EG-Agrarmarkt einbezogen. Es kam zwangsläufig zu verheerenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen, die nachstehend zusammengefaßt sind:

Die Liquiditäts- und Vermögenslage der Landwirtschaft ist durch radikalen Preisbruch von weit mehr als 50 %, den rapiden Verfall der Märkte unmittelbar nach der Währungsunion und den noch immer niedrigeren Auszahlungspreisen für Agrarprodukte so geschwächt, daß in den meisten Betrieben eine tiefe Existenzkrise und außerordentlich ungünstige Startbedingungen für leistungs- und wettbewerbsfähige landwirtschaftliche Produktion besteht. Trotz beträchtlicher eigener Anstrengungen der Landwirtschaftsbetriebe zur Herstellung der Effizienz, vor allem durch Arbeitskräfteabbau, Ausgliederung nicht landwirtschaftlicher Bereiche und Einsparung von Vorleistungen, und trotz des Einsatzes staatlicher Anpassungs- und Liquiditätshilfen erwirtschafteten die meisten Betriebe im ersten Jahr der offiziell gepriesenen Währungsunion keinen Gewinn. Die Mehrzahl der Betriebe lebt

von der Substanz, sie finanzieren das Nötigste durch den radikalen Tierbestandsabbau, die Aussetzung von Abschreibungen und den Einsatz des Geldvermögens. Damit fehlt es an Eigenkapital für die Umstrukturierung und Modernisierung. Massenhafte Konkurse wegen Zahlungsunfähigkeit wurden bisher durch die Aussetzung der Zins- und Tilgungsleistungen abgewendet.

Ein Jahr Währungsunion war auch ein Jahr der Vernichtung ostdeutschen Agrarpotentials, Produktion und Absatz wurden drastisch verringert. Anbauflächen und Tierbestände weitgehend dem Markt angepaßt. Belege sind dafür unter anderem die Stilllegung von 600 000 ha landwirtschaftlicher Fläche sowie eine um 32 % niedrigere Milchlieferung.

Nur noch 36,5 % der 1989 bzw. 40 % der am Tag der Währungsunion in der Landwirtschaft Beschäftigten haben in ihr auch noch Arbeit. Damit fand in ein- einhalb Jahren eine Reduzierung von Arbeitskräften in einem Ausmaß statt, wofür in der Alt-BRD über 20 Jahre benötigt wurden, und das Ende ist noch nicht in Sicht.

Die sozialen Folgen dieses Kurses sind katastrophal. Es gibt kaum alternative Erwerbsquellen und Arbeitsplätze in den Dörfern. Hier greift kein „Aufschwung Ost“. Auch muß der Zeitfaktor

in Rechnung gestellt werden. Hinzu kommt, daß die Arbeitslosigkeit auch in den Städten zunimmt. Es liegt auf der Hand, daß unter solchen Bedingungen die Fortschritte im Prozeß der Umstrukturierung der Landwirtschaft unzureichend sind. Auch deswegen, weil man in Bonn zu lange oder gar noch immer auf die Wiedereinrichtung von Familienbetrieben als Hauptweg setzte. Hinzu kommt, daß durch die Propagierung realitätsfremder Konzepte der Aufteilung der LPG-Vermögen auf die Mitglieder ein beträchtliches Konfliktpotential zwischen Landbesitzern und Landlosen geschaffen wurde, was zur Entsolidarisierung der Bauern, zu unvermeidbarem Kapitalabflüssen aus der Landwirtschaft, zur Selbstzerstörung der LPG und so zu Vernichtung bäuerlichen Eigentums und bäuerlicher Existenz führte. Die Novellierung des Landwirtschafts- anpassungsgesetzes im Juli dieses Jahres ist diesbezüglich auch kein Fortschritt, sie verursacht im Gegenteil größere Rechtsunsicherheit.

(AK Landwirtschaft der Fraktion Linke Liste PDS im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Auszug aus einem Beitrag für das 2. gemeinsame Seminar linker Organisationen Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Hamburg am 19. 10. 91 in Schwerin)

Dokumentiert: Wie weiter mit der PDS?

Am 7. Dezember findet der Landesparteitag der PDS Sachsen statt. In der Vorbereitung des Parteitags findet eine 1. T. heftige und gegensätzliche Diskussion über Strukturen und weitere Richtung der Arbeit statt. Im Informationsdienst des Landesvorstandes der PDS Sachsen sind ver-

schiedene Standpunkte und Meinungen abgedruckt, so auch das folgende Dokument, das eine Meinungsrichtung in der PDS (wohl nicht nur in Sachsen) repräsentiert. Der Verfasser ist Geschäftsführer des Landesvorstandes der PDS Sachsen. — (Red.)

Ganz sicher haben wir uns schon ein Stück vom Parteityp einer KPD oder einer SED entfernt.

Dennoch: Tradition, Mitgliedschaft, geistiges Erbe und programmatische Unsicherheit verbinden uns noch zu stark mit der Partei Lenins.

Immer wieder wird das auch deutlich in Stellungnahmen, die zum Ausdruck bringen, daß innerparteilicher Streit nun endlich zu beenden ist. Unbequeme und zugespitzte Äußerungen werden verdammt. Wenn wir nicht zuspitzen, streiten wir uns nicht; wenn wir uns nicht streiten, verändern wir diese Partei nicht.

In ihr geschieht nichts, wofür wir nicht selber aktiv werden.

Die Geschichte hat gezeigt, die Partei neuen Typus war ein Fehler, der sogar verbrecherische Konsequenzen hatte, der den Zivilisationsfortschritt erheblich aufgehalten hat.

Die kommunistischen Parteien haben vor der Geschichte nicht nur jämmerlich versagt, sondern auch ungeheure Schuld auf sich geladen. Nicht nur unzählige Tote haben sie auf dem Gewissen, sondern auch eine wohl noch lange nachwirkende geistige Verkrüppelung ganzer Völker.

Sie konnten weder den kalten Krieg verhindern noch die Zerstörung der Umwelt, weder die grassierende Armut in der Dritten Welt noch das Zurückbleiben der geistig-kulturellen und moralischen Entwicklung der Menschheit hinter ihren technischen Möglichkeiten.

Selbst große zivilisatorische Errungenschaften der DDR — soziale Leistun-

gen auch in Krisensituationen stabil zu halten — erweisen sich angesichts des abenteuerlichen Wirtschaftskurses als trügerisch.

Letztendlich haben die kommunistischen Parteien die Gesellschaft, die sie eigentlich aufheben wollten, noch einmal geschaffen, nur nahezu in fast allen Punkten schlechter.

Der real existierende Sozialismus war wirtschaftlich ineffektiver und in den meisten Fällen weniger demokratisch als die bürgerliche Gesellschaft. Er brachte keine neue Stufe der Menschheitsentwicklung hervor; er ist zu Recht, aber zu spät untergegangen.

Das gilt ungeachtet der Tatsache, daß natürlich auch im Sozialismus/Kommunismus große Leistungen vollbracht worden sind und Millionen von Menschen fleißig gearbeitet haben und mit ehrlicher Überzeugung Opfer gebracht haben für die Entwicklung einer — wie sie glaubten — humanistischen Gesellschaft.

Die Probleme unserer Welt sind nach wie vor ungelöst, sie verschärfen sich, und die Chance für eine Lösung wird immer geringer. Deshalb müssen wir neue Ansätze suchen, für neue Demokratieformen eintreten und als ersten Schritt dazu diese selbst praktizieren.

Was oft als unsere Schwäche erscheint, die Vielfalt der Ansichten in der PDS und ihre Zerstrittenheit, ist vielleicht eine Stärke. Wir müssen nur lernen, damit umzugehen.

Die Lösung liegt eben nicht in der Straffung und Zentralisierung der Partei; eben nicht in einer starken ordnen-

den Hand im Inneren, sondern in der Verwirklichung direkter Demokratie.

Der Streit Partei oder Bewegung ist in diesem Zusammenhang keine abstrakte Debatte, sondern notwendiger Diskussionsansatz, ohne den neue Inhalte nicht transportiert werden können.

Wir haben uns auf den Weg gemacht, aus den orthodoxen Organisationsstrukturen, wie sie heute noch in anderen Parteien vorherrschen, auszubrechen.

Wir müssen nur erreichen, daß das „Zusammenhalten“ verschiedener Kräfte in der PDS nicht allein dem Druck von außen zu verdanken ist.

Bei aller berechtigten und unberechtigten Prügel, die wir einstecken müssen, bei allen persönlichen und familiären Opfern, die wir bringen — eins gibt uns die PDS:

Die Mitgliedschaft in ihr ist eine der Möglichkeiten, nicht erneut der politischen Trägheit, dem Duckmäusertum und der demokratischen Verarmung zu erliegen.

Es geht nicht darum, der Partei zu dienen, sondern darum, uns und die Partei zu verändern und die eigenen Auffassungen einzubringen.

Wie wollen wir künftig für das Miteinander gegensätzlicher Kräfte in der enger werdenden Welt streiten, wenn wir es jetzt nicht in der PDS schaffen?

Die innerparteiliche Auseinandersetzung kann meiner Meinung nach — ja muß sogar — auch öffentlich sein und ist zu verbinden mit Angeboten, Vorschlägen, Aktionen nach außen.

Uns treiben keine Machtambitionen, sondern die Überzeugung, daß die jetzige Gesellschaft nicht das Ende der Gesellschaftsentwicklung ist.

Wir treten für mehr Demokratie, mehr Öffentlichkeit, mehr Transparenz ein.

Wir kämpfen dafür, den heute vorhandenen Problemen zu Stimme und Macht in der gegenwärtigen Gesellschaft zu verhelfen und diese somit mit ihren eigenen Mitteln zu verändern.

„Dabei müssen wir für lange versuchen, nichts weiter zu sein als der Platz, zu dem man seine Sorgen trägt, weil man weiß, dort sind Leute, die machen diese Sorgen öffentlich. Wenn wir das schaffen, zeigen wir den Sinn unserer Existenz.“ (H. Kant, JW, 14. 9. 1991)

Martin Harnack

Kurz berichtet

Jetzt reicht's!

In dieser Woche wurde bekannt, daß die Ehrenpensionen für die in der ehemaligen DDR lebenden Verfolgten des Nazi-Regimes drastisch gekürzt werden sollen. Davon sind besonders viele Juden betroffen, aber auch andere alte Mitbürger. Deshalb brachte die Fraktion LL-PDS am 25. 10. 1991 einen Antrag im Landtag ein, der darauf hinzielte, daß sich die Abgeordneten des Sächsischen Parlaments zur Verhinderung dieses Unrechts an die sächsischen Abgeordneten des Bundestages und an den Bundesrat wenden.

Während wenigstens eine Vertreterin der SPD-Fraktion das Grundanliegen des Antrages mittrug, lediglich seine Dringlichkeit ablehnte, damit gründlich darüber beraten werden könne, sprach sich der Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion unter dem massiven Beifallsgejohle der Mehrheitsfraktion strikt gegen den Antrag aus. Solange nichts für die Opfer des Kommunismus getan worden ist, sei es noch nicht an der Zeit, über die Ehrenpensionen der Opfer des Naziregimes weiter zu beraten. Welch' löbliches Geschichtsbegreifen! Zweifelt Herr Kröber etwa an, daß es in Deutschland KZ, Ermordete, Gequälte gab? Wenn nicht, kann er dann Widerstandskämpfer dafür bestrafen, daß es noch keine Rehabilitierung der Opfer des Stasi gibt. Skandalös mutet die darauffolgende mehrheitliche Ablehnung des dringlichen Antrages im Parlament an, die de facto das Unrecht im faschistischen Deutschland mit dem der DDR gleichsetzt. Nicht zuletzt, weil man weiß, daß in der BRD Beamtenpensionen ehemaliger Nazis ohnehin höher liegen als bei den Gepeinigten durch das Naziregime. Beschwerde sich da einer über neonazistische Ausfälle in diesem Deutschland, wenn noch nicht einmal die Machtträger damit umgehen können! Dem Debakel in Bonn folgt das Debakel in Dresden. So wenig das verwunderlich ist, irgendwo gibt es eine Schmerzgrenze. Es reicht. (Aus: Informationsdienst der PDS Sachsen, 7. 11. 91)

Berufskrankheiten-Liste: Verschlechterung droht

Laut Einigungsvertrag Artikel 30, Nr. 6 ist ein ärztlicher Sachverständigenausschuß damit beauftragt zu prüfen, inwieweit die Berufskrankheiten-Verordnung der ehemaligen DDR in einer Verordnung für die ganze BRD berücksichtigt werden könne. Bis Ende des Jahres 1991 gelten in den fünf neuen Bundesländern noch die Bestimmungen der DDR-Verordnung vom 22. 3. 1988. Ab 1. 1. 92 soll ein einheitliches Recht gelten. Weil die ärztlichen Sachverständigen sich nicht in der Lage sehen, eine Neufassung der Berufskrankheiten-Liste rechtzeitig vorzulegen, ist zu befürchten, daß die Bundesregierung einfach die Bestimmungen der alten BRD auch der ehemaligen DDR verordnet. Prof. Theodor Peters vom Institut für Arbeitsmedizin in Dortmund und ehemaliges Ausschußmitglied weist auf fatale Folgen hin:

Rentner der ehemaligen DDR, die nach altem DDR-Recht eine Rente für Berufs-krankheit erhalten, müssen z. T. eine Streichung dieser Rente befürchten. Zum anderen sind im alten DDR-Recht Bestimmungen enthalten, um die die Gewerkschaften in den alten Bundesländern schon jahrelang kämpfen: Z. B. sind Verschleißkrankheiten der Wirbelsäule und degenerative Gelenkerkrankungen, bösartige Tumore durch Asbest als Berufskrankheiten anerkannt. — (sul)

Einige Zahlen, die für sich sprechen

Die Auswirkungen der so viel gepriesenen „sozialen Marktwirtschaft“ im Ostteil Berlins sind eindeutig — negativ: So sank die Anzahl der Geburten von 17000 im Jahr 1989 auf 15400 im Jahr 1990. Im ersten Halbjahr 1991 sind es nur noch 4750. Als Hauptursache wird ein vermutterter Wegzug junger Menschen im „gebärfähigen“ Alter genannt. Viel wahrscheinlicher dürfte jedoch die sich zunehmend verschlechternde soziale Situation Ursache des Geburtenrückgangs sein: drohende Arbeitslosigkeit, steigende Mieten usw.

Und noch eine „Errungenschaft“: Der jetzt weitgehend freie Zugang zu den Hochschulen in den östlichen Bundesländern hat zu einem rapide gesunkenen Frauenanteil bei den Studienanfängern geführt: Betrug der Anteil der Frauen 1989/90 noch 47,3 %, sank er 1990/91 auf 38,6 %. — (har)

Auch von Erwerbslosigkeit sind Frauen überproportional betroffen. Ihr Anteil lag im August bei 58,5 %, in Thüringen gar bis zu 70 %. Außerdem werden weniger Frauen als Männer in neue Stellen vermittelt. Nur knapp 35 % der ABM-Stellen gehen an weibliche Bewerber. (Nach: UNZ, 3. 10. 91)

Mecklenburg/Vorpommern: In den Seehäfen neuer Tarif

Am 29. 9. 1991 wurde zwischen der ÖTV und den Arbeitgebern folgender Tarifvertrag abgeschlossen: 1. Erhöhung der Löhne für gewerbliche Arbeitnehmer der Seehäfen MVP vom 1. 10. 1991 bis 31. 12. 1991 auf 65 % des Niveaus des Zentralverbandes deutscher Seehäfen; 2. Erhöhung der Löhne ... vom 1. 1. 1992 bis 31. 3. 1992 auf 70 % des Niveaus des Zentralverbandes deutscher Seehäfen; 3. ab 1. 1. 1992 wird ein Urlaubsgeld in Höhe von 350 DM gezahlt, das sind 35 % des in den West-Häfen gezahlten Urlaubsgeldes; 4. für alle gewerblichen Arbeitnehmer in den Seehäfen MVP werden ab 1. 1. 1992 vermögenswirksame Leistungen von 52 DM im Monat gezahlt; wie in den übrigen BRD-Häfen. Das Ziel der Hafenarbeiter in der ehemaligen DDR sind 100 % des Lohnniveaus und der sonstigen Rahmentarifbedingungen, wie er in den Seehäfen der alten BRD gezahlt wird. In diese Richtung sind sie jetzt ein Stück weitergekommen. Nach diesem Abschluß sind die Arbeitgeber des Hafens Wismar aus dem Zentralverband der deutschen Seehafenbetriebe ausgetreten, weil sie keine Möglichkeit gesehen haben, die abgeschlossenen Tarife zu zahlen. — (Flugblatt der ÖTV, obj)

Werner Thümmel

Demnächst in
zweiter Auflage

Der Zerfall des »realen« Sozialismus, das Werk von Marx und Engels?

Der »reale« Sozialismus zerfällt, und die einfachen Leute, die eine bessere, hellere, menschenwürdigere Gesellschaft vom Sozialismus erwarteten, wurden enttäuscht. Der Kampf, die Opfer, die Leiden, die die Menschen für die Idee des Sozialismus auf sich genommen haben, waren die alle umsonst? Das Buch ist der Versuch, Antwort auf diese Fragen zu finden.

216 Seiten, Preis: 16,80 DM. Bestellungen an:
GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, Postfach 260226, 5000 Köln 1

Dem Realsozialismus fehlte alternatives Wertesystem

Von der Bezirksmitgliederversammlung der südbayerischen DKP

An der Versammlung nahm als Gast Dieter Hausold teil, PDS-Fraktionsvorsitzender aus Gera-Stadt (Thüringen). Von ihm der folgende Bericht:

Vom Suchen nach neuen Inhalten und einer an marxistischen Grundsätzen orientierten Politik war die Bezirksmitgliederversammlung der DKP Südbayern am 12. Oktober in München geprägt. Dabei spielten in der Diskussion sowohl übergreifende politische Themen wie Fragen einer an den Tagesinteressen der Werktätigen orientierten Parteiarbeit eine wichtige Rolle.

Heinz Stehr, einer der Sprecher der DKP, stellte die Programmatik der Partei in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Wobei nicht zu überhören war, daß der Arbeitsstand vor allem in einer Analyse des Niedergangs des Realsozialismus besteht. Ein Diskussionsangebot nicht nur für die DKP ist dabei mit Sicherheit nicht nur die Wertung: Der reale Sozialismus ist nicht zuletzt daran gescheitert, daß er nicht in der Lage war, ein alternatives Wertesystem zum Kapitalismus zu entwickeln. Nachdenklichkeit auch in den Reihen der DKP über die Eigentumsfrage in einer wie auch immer gearteten sozialistischen Gesellschaft. Dem privaten Eigentum an Produktionsmitteln — selbstredend nicht in den Schlüsselindustrien — wird unter der vergesellschafteten Produktion nicht mehr jegliche Existenzberechtigung ab-

gesprochen. Offenkundig unter den DKP-Genossen Südbayerns: Mit Demokratie hatte der real existierende Sozialismus wenig zu tun.

Am meisten auseinander gingen die Meinungen zum Selbstverständnis der Partei. Vor dem Hintergrund partieller Wahlerfolge bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen, dort zogen Kandidaten von linken Wahlbündnissen, unter anderem mit Beteiligung von DKP und PDS, in die Stadträte von Göttingen und Nordhorn ein, stand ein weiteres Mal die Bundesproblematik auf der Tagesordnung. Diese ist nicht unumstritten. Viele Genosseninnen und Genossen sind der Auffassung, daß das Engagement der Partei z. B. in der Friedensbewegung der vergangenen Jahre das Profil der Partei eher verwaschen hat und ihre Wählbarkeit untergrub. Solchen Einschätzungen schließt sich dann gelegentlich — so von einigen Genossen auf der Mitgliederversammlung in München — die Forderung nach der Rückkehr zur einheitlich geführten und geschlossen handelnden Kampfpartei an. Spätestens an dieser Stelle stellt sich dem Betrachter die Frage, wie real die Einschätzungen in der DKP sind, die den Niedergang des osteuropäischen „Sozialismus“ betreffen. Deutlich wird eine gewisse Verknennung ebenso in bezug auf die Ereignisse in der Sowjetunion. Zugespitzte Formulierungen wie: „Ich würde mir wünschen, der Putsch in der SU wäre der letzte Versuch

gewesen, etwas in Richtung Sozialismus auf den Weg zu bringen“, stehen der realeren Einschätzung gegenüber, daß der Staatssozialismus auch in der SU nicht zu reformieren war.

Die gleiche Problematik zeigt sich in der Haltung zu Kuba. Neben der nur zu befürwortenden Solidarität mit den Kubanern, die von Gorbatschow praktisch von einem Tag auf den anderen im Stich gelassen wurden, schwingt in den Einschätzungen zu diesem Land zugleich die Hoffnung mit, daß sich diese Art „Sozialismus“ dort halten könnte.

Für die nächste Zeit, so konstatierte die Versammlung, komme es für die DKP darauf an, um das Wirken der Kommunistinnen und Kommunisten in den Betrieben und Gewerkschaften neu zu ringen.

Als weitere Schwerpunkte politischer Betätigung wurden Aktivitäten gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit sowie das Streben nach antimonopolistischer Demokratie benannt.

Die DKP, so die Debatte, müsse sich auf Europa einstellen und eine gesamtdeutsche Partei werden. Letzteres wird allerdings von vielen skeptisch aufgenommen. Die Partei dürfe damit im Osten ähnliche Probleme haben wie die PDS im Westen.

Schon deshalb ist partnerschaftliches Nachdenken beider Parteien sicherlich angebracht denn je.

Dieter Hausold



Seit Montag, 28. 10. 91, führen Beschäftigte der Post in den östlichen Bundesländern Warnstreiks durch. Ziel ist die Erzwingung von sofortigen Verhandlungen über einen Rationalisierungsschutz-TV, wie er im Westen besteht und wie er schon seit Mai hätte verhandelt werden müssen. Die Post plant den Abbau von 8000 Stellen (gut 10 %) im Postdienst. Die DPG verweist demgegenüber auf ein um bis zu 1000 % gestiegenes Aufkommen an Postsendungen sowie auf massenhaft geleistete Überstunden (allein im September 46000 Überstunden in Berlin, 102000 in Brandenburg). DPG-Bezirksvorsitzender Lindenau: „In den neuen Bundesländern ist ein weit höheres Arbeitsmaß zu schaffen als in Westdeutschland“ — und das für 60 % der Einkommen und mit miserablen Arbeitsmitteln. (Bild: Kundgebung am 31. 10. in Berlin — har)

Armut ist nur selten Thema sozialwissenschaftlicher Untersuchungen, weil einerseits Selbstzeugnisse der Armenbevölkerung fehlen, weil andererseits Arme räumlich und sozial aus der Gesellschaft ausgegrenzt werden. Und wenn Arme doch Gegenstand der Sozialwissenschaften sind, dann zumeist, um deren tatsächliches Leben in Statistiken verschwinden zu lassen, um sie zu Objekten sozialstaatlicher Politik zu degradieren, um auf ihrem Rücken sozialdarwinistische Theorien zu propagieren, oder aber, um die Armenbevölkerung als politisches Subjekt zu überhöhen. Selten gelingt ein Blick auf die Armenbevölkerung, der Lebensverhältnisse und -strategien transparent macht.

Norbert Preusser ist dieses mit seinem Buch *Not macht erfindend* mehr als gelungen. Das in drei Teile gegliederte Buch behandelt im ersten Teil die Problematik von Armutsforschung. Die Frage, was Armut überhaupt sei, impliziert zugleich die Frage nach einer geeigneten Methode, um sich der Armenbevölkerung zu nähern, gerade weil Arme nicht nur sozial, sondern auch räumlich eine gesellschaftliche Randgruppe bilden.

Norbert Preusser beschreibt das sozialwissenschaftliche Verhältnis zur Armenbevölkerung als in keinsten Weise hinreichend, von daher ist eine Soziologie der Armut auch wissenschaftliches Neuland. Die Geschichte der Armutsforschung ist von der Tendenz getragen, sich „in angstvollen Horrordimensionen über die unbekannten und unverständlichen Welten der unteren

Armut hat Zukunft hierzulande

Norbert Preusser stellt umfassende Überlebensstrategien der Armenbevölkerung dar



Doch dieser Rückständigkeit der Geschichte der Armen fehlt es an „entwickeltem Traditionsbewusstsein wie am planenden Griff in die Zukunft“ (S. 227). Arme leben in der Unmittelbarkeit alltäglichen Überlebenskampfes. Sie haben keine Zukunft und auch keine Vergangenheit, keine Geschichte, auf die sie sich beziehen können, was für die Sozialforschung bedeutet, daß das Quellenmaterial hier sehr rar ist. Gerade durch den sozialstaatlichen Eingriff in die „Kultur der Armut“ verschwinden traditionelle Überlebensstrategien, wie etwa die handwerkliche Fähigkeit, aus Müll Brauchbares herzustellen, oder Subsistenzproduktion wie Gartenbau und Kleintierzucht. „Die Armenbevölkerung der Bundesrepublik tut gut daran, ... vergessenen Überlebensstrategien zu neuer Aktualität zu verhelfen ... Armut hat Zukunft hierzulande, präsentiert sich immer weniger als transitorische Phase im proletarischen Lebenszyklus denn als chronifizierter Zustand, der durch staatliche Sozialpolitik auf Dauer gestellt wird.“ (S. 228)

Massenarbeitslosigkeit nach dem Ersten Weltkrieg wurde die Kluft zwischen Arbeiterklasse und Armenbevölkerung wieder etwas geschlossen, einerseits durch die Notwendigkeit der Subsistenzsicherung, andererseits aber auch durch die Errungenschaften des Wahlrechts und der Armengesetzgebung. Doch schnell war die Kluft wieder da: Die Armengesetzgebung schlug in ein Repressionsmittel um, das über den Faschismus bis heute seine Wirkung nicht verfehlt.

Als ersten Schritt, Arme aus dem Status sozialer Ausschließung herauszuholen, schlägt Preusser eine allgemeine Reform der Armengesetzgebung vor. Preusser gibt jedoch selbst zu bedenken, daß dieses nur eine bescheidene Forderung ist: Die Armengesetzgebung wird weiterhin sozial Schwache zu oftmals nicht legalen Überlebensstrategien zwingen. Preussers Analyse, daß Armut Zukunft hierzulande hat, macht sein Buch nicht nur zu einem sozialwissenschaftlich zu würdigenden Werk, sondern ist gleichzeitig als ein politisches Werkzeug zu lesen im Kampf gegen Armut und Ausgrenzung der Armenbevölkerung. — (Rob. Bilder: af/miz)

Norbert Preusser, *Not macht erfindend. Überlebensstrategien der Armenbevölkerung in Deutschland seit 1807*, München: AG-SPAK-Publikationen 1989, 352 Seiten

Restkategorie der Arbeiterklasse

Im dritten Teil behandelt Preusser nun ein weiteres Problem der Armut: Arme werden nicht nur durch staatliche Maßnahmen ausgegrenzt, sondern auch die Arbeiterbewegung hat ihren Teil dazu beigetragen. Die Mystifizierung der Arbeit grenzte Arbeiter aus, die aus Lohnverhältnissen längerfristig ausschieden. „Die Armutsbevölkerung wandelte sich zur verachteten Restkategorie der Arbeiterklasse ...“ (S. 249) Erst durch die

Anmerkungen:

¹Die Chicagoer Schule legte in den 40er Jahren mehr oder weniger den Grundstein für eine qualitative Sozialforschung. In einer Untersuchung über Sozialzusammenhänge italienischer Einwanderer in den USA wurden erstmals Methoden der teilnehmenden Beobachtung, der offenen Frage etc. systematisch verwendet.

²Im Gegensatz zur quantitativen Sozialforschung, die ihre zu beforshenden Objekte in Zahlenverhältnissen begreift, fragt die qualitative Sozialforschung auch nach Bedeutung und Herkunft sozialer Phänomene. Als ein frühes Beispiel für eine qualitative Untersuchung könnte etwa Friedrich Engels *Zur Lage der arbeitenden Klasse in England* gelten.

Klassen“ zu erheben (S. 65). Schnell wurden die Armen zu „Objekten polizeilicher Observation, seuchenhygienischer Überwachung, pädagogisierender Versittlichung und klerikaler Dämonisierung“ (ebd.). Untersuchungen, die in der Tradition der Chicagoer Schule stehen, bilden die Ausnahme; Preusser selbst versucht nun, diesen

Strang der Forschung aufzugreifen, und bedient sich ethnographisch orientierter Methoden. Doch allein die Entscheidung für einen qualitativen Sozialforschungsansatz² schützt nicht davor, Arme zu marginalisieren oder zu heroisieren. Zur Methode zählt auch die Überwindung der räumlichen Distanz zu den Armen. Gerade anhand der Armenbevölkerung zeigt sich, daß Soziologie nicht am Schreibtisch stattfinden kann, wenn ihre Ergebnisse verlässliche Aussagen sein sollen: Gerade eine sich kritisch verstehende Soziologie braucht den unmittelbaren Zugang zum Forschungsfeld.

Überlebensstrategien

Daß dies Preusser gelungen ist, zeigt sich nicht nur in seinen autobiographischen Verweisen, sondern auch in der Materialfülle und Detailarbeit, die Preusser im zweiten Teil über „Überlebensstrategien und Widerstandsformen der Armenbevölkerung“ präsentiert. Dieser Hauptteil des Buches ist ein ausführlicher Streifzug durch die Literatur der Armutsforschung und zugleich deren Kritik. Es „finden sich kaum Untersuchungen, die sich der Entstehung neuer Konfliktzonen und neuer genuiner Erfahrungen aus dem Alltag in der voll entfaltenen Moderne widmen.“ (S. 71) Die Forschung, die mit der Zeit der Weimarer Republik endet und nur selten die Zeit des deutschen Faschismus erfaßt, hinterläßt eine Lücke, die Preusser ausfüllt: Die Überlebensstrategien der Armenbevölkerung zeichnet Preusser bis in die heutige Zeit exemplarisch an der Mühlthal-Siedlung nach. Überlebensstrategien der Armen-

bevölkerung sind von einer anachronistischen Tendenz geprägt: Menschen, die aus dem Lohnverhältnis des Kapitalismus herausfallen, leben nicht nach für den Kapitalismus üblichen Verhaltensmustern. Diebstahl, Bettelei oder Betrug verweisen auf vorbürgerliche Rechtsverhältnisse, mafiotische Praktiken bestimmen das Zusammenleben der Armen. Um dieses „kennen-zulernen, braucht man nicht nach Sizilien zu reisen; sie (die Mafia, d. Verf.) blüht an allen Orten historischer Rückständigkeit, lebt von der Schwäche staatlicher Exekutivorgane, den Nachlässigkeiten von Polizei und Verwaltung. Noch unerreicht vom lautlosen Funktionieren des Marktes, der stillen Gewalt der Ökonomie, herrschen in den Ghettos der Armen noch immer die Gesetze der ursprünglichen Akkumulation.“ (S. 223f)



Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

☐ im Jahresabonnement (52,— DM bei Einzelabo).

Straße:

☐ im Halbjahresabonnement (26,— DM bei Einzelabo).

Postleitzahl/Ort:

☐ Zahle nach Rechnungserhalt.

Konto-Nr./BLZ:

(Bank Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

23/91

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.
Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226, Tel.: 0221/21 64 42.
Die Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Hüseyin Celebi (über Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Cornides (über GNN, Waldparkstraße 9, 6800 Mannheim 1), Jörg Detjen (über GNN, Postfach 260 226, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über GNN, Holzstraße 2, 8000 München 5), Christiane Schneider (über GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Stascheit (über Arbeitsgemeinschaft Kommunale Nachrichten, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz).
Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 5000 Köln 1, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax 0221/21 53 73. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19 507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet

26,— DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 52,— DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Detjen; für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux; für Aus Verbänden und Parteien — Diskussion, Dokumentation, Spezialberichte: Alfred Küstler.
Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.
Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie, AG Medien in der Volksfront, AG Me, des NH Chemische Industrie, AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront, AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik, AGB, der AG für Kom-

munalpolitik, AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront, VF.
Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1 — Beilagenhinweis: Regelmäßig: Beilage: Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte mbH
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westfalen
Czernikstr. 5, 1000 Westfalen 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen
Grenzweg 4, 3000 Hannover 1
GNN Nordrhein-Westfalen
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1
GNN Verlag Hessen
Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1
GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Holzstr. 2, 8000 München 5